

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 9 (1980)
Heft: 11

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

DIE MONATSZEITUNG



Wohnen **WIR LIEBEN DIE ORDNUNG** Seite 3

Soldaten gegen **SCHARFE WACHE** Seite 6

Streik bei Fiat **TURIN IM REGEN** Seite 7

Polizeigewalt **Züri ohni Zensur** Seiten 9/10

In jeder Nummer **bücherservice** Seite 16

Eine Untersuchung über die Macht in der Schweiz

Wer regiert die Schweiz?

Von Silvio Spahn

Kritische Zeitgenossen haben es immer schon vermutet, jetzt belegt eine neue soziologische Studie stich- und hiebtest: In der Schweiz hat eine schmale Oligarchie politisch das Sagen. Bestimmenden Einfluss üben vor allem die Wirtschaftslobbies aus, während der Bundesrat und die Verwaltungsbürokratie sich damit begnügen, zwischen den organisierten Interessen zu vermitteln. Das Parlament ist mehr oder weniger zur politischen Folklore verkommen.

La réalité dépasse la fiction. Eine Untersuchung des Zürcher Soziologen Hanspeter Kriesi, die auf der Befragung von 298 zur politischen Elite der Schweiz gehörenden Personen beruht, kommt zu höchst unschönen Ergebnissen. Sie dürfte bewirken, dass auch der letzte Naivling seinen Rest Glauben verliert an den Schulbuchmythos von einer Schweiz, wo National- und Ständerat die höchsten Behörden darstellen und der Bundesrat landesväterlich regiert. Die Politiker im Klüngel hegen diesbezüglich jedenfalls keine Illusionen.

Auf die Frage, welche Phase bei der Gesetzgebung die wichtigste sei, nannten nur acht von 100 das Parlamentsplenum, weitere 14 Prozent wenigstens noch die parlamentarischen Kommissionen, 78 Prozent halten die vorparlamentarischen Entscheidungsphasen für weit wichtiger. Der harte Kern, die 27 mächtigsten der Mächtigen, stufte den Vorentwurf von Expertenkommission oder Verwaltung ausnahmslos am höchsten ein.

Das Parlament: Abteilung Folklore

Dem Parlament, offenbar die Abteilung Folklore des politischen Systems, «kommt bestenfalls die Funktion eines Korrektivs zu» (Kriesi). Bezeichnenderweise fehlt denn auch das Parlament unter jenen 16 Organisationen und Gremien, die nach Aussage des Klüngels «ganz allgemein am einflussreichsten» sind. Die Hitparade führen da die vier grossen Unternehmensverbände (Vorort, Zentralverband, Bauernverband, Gewerbeverband), der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), der Bundesrat, die drei grossen Bundesratsparteien und einige Verwaltungsabteilungen an. Diese Organisationen und Gremien, auf die der Bürger/die Bürgerin keinen direkten Einfluss hat, sind es, die offensichtlich die Schweiz AG verwalten.

Auch unter den 298 Mitgliedern des Klüngels machen die reinen Parlamentarier bloss 14,8 Prozent aus, Bundesräte und Bundesbeamte immerhin schon 25,5 Prozent; den Löwenanteil stellen indes

sen die Lobbyisten (aus Verbänden und Gewerkschaften) mit (je nach Berechnungsart) 30,5 bzw. 36,9 Prozent.

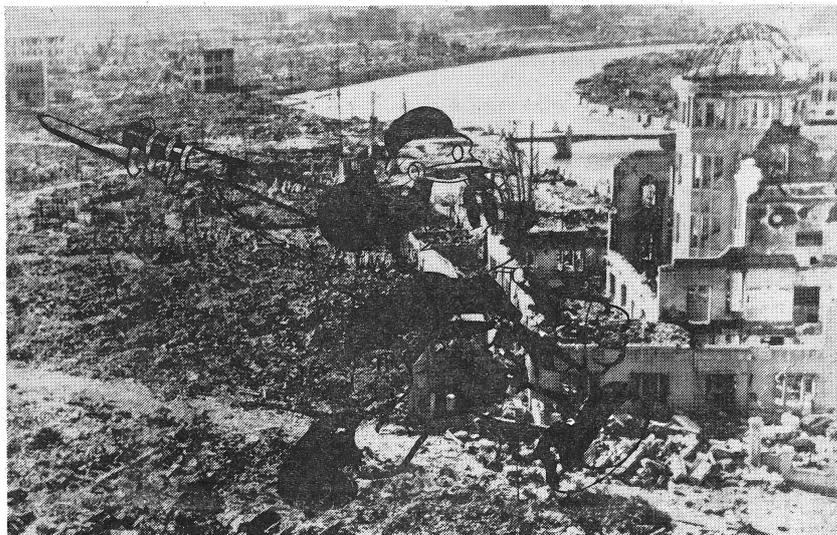
Die Lobbies haben viele Hände

Kriesi, der die 13 wichtigsten Geschäfte der Jahre 1971 bis 1976 unter die Lupe nahm, vermag ein äusserst differenzierendes und durchaus verallgemeinerungsfähiges Bild darüber zu liefern, wie politische Entscheide in der Schweiz zustande kommen. Diese fallen nicht immer in obskuren Hinterzimmern von Verbandspalästen oder bei einem Tête-à-tête zwischen Industrieboss Max Schmidheiny und Bundesrat Honegger, wie es sich eine linke Phantasie ausmalen könnte. Sie kommen je nach Typ des Geschäfts in unterschiedlichen Stadien und Orten des Entscheidungsprozesses zustande – konstant bleibt nur, dass die Wirtschaftslobbies (fast) immer dabei sind, sie haben viele Hände:

- «Grosse Reformwerke» wie Konjunkturartikel, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Raumplanung oder AHV-Revisionen werden vor allem bei der vorparlamentarischen Interessenvermittlung ausgehandelt. Hier können die Verbände und weitere Pressure-groups ganz legal «ihre Meinung äussern», werden höchst offiziell von der Bürokratie «konsultiert» oder hocken als «Spezialisten» in den Kommissionen.

- Die entscheidenden inhaltlichen Auseinandersetzungen über «expressive Initiativen» (etwa: Mitbestimmung, Überfremdung) finden demgegenüber im Parlament und in seinen Kommissionen statt. Die Lobbies haben dort ihre «Volksvertreter», von ihren Hausparteien auf sichere Listenplätze gehiebt und auf diese Weise problemlos gewählt.

- Dringliche Bundesbeschlüsse, Finanzpakete und dergleichen werden vor allem im Bereich von Bundesrat und Bürokratie gestaltet. Der Einfluss der Lobbies verläuft hier indirekter und vermittelte, sozusagen über die allgemeine Verfilzung. Etwa mittels informeller An-



US-Wahlen 1984: Wir gratulieren schon jetzt!

fragen, Informationsdikтата der hochspezialisierten Verbandsbürokratien gegenüber der zurückgebliebenen Milizverwaltung und, last but not least, über den Umweg sich überkreuzender Karrieren von Verwaltungs- und Verbandsfunktionären.

Die Träger und die Vermittler

Von den 13 wichtigsten Geschäften der Jahre 1971–1976 ist nach Aussagen des Klüngels jedenfalls nur ein einziges nicht «vorwiegend oder wesentlich» vom Verbandssystem geprägt worden!

Doch auch andere Instanzen haben Macht, aber Macht anderer Art. Mit der

wie jene für die Schweizer Politik kennzeichnenden Vorlagen genannt werden, die niemandem allzu leid tun, aber auch niemanden freuen. Kriesi fasst: «Im Bundesrat laufen die Fäden zusammen, auch wenn sie nicht dort ihren Ursprung haben.»

Ein kleiner verfilzter Klüngel

Ein kleiner verfilzter Klüngel verwaltet die Macht. Selbst unter den 298 Frauen und Männern des engeren Kreises müssen sich drei Viertel vorwiegend mit der Rolle als Dekorationsstücke und Sesselausfüller begnügen. Sie können im Schnitt auf weniger als ein halbes Geschäft tatsächlichen Einfluss ausüben. Der harte Kern der Macht besteht aus 27 Männern (vgl. Kasten), die durchschnittlich 2,7 Geschäfte prägen und von denen mehr als die Hälfte des Klüngels glaubt, sie seien «im allgemeinen sehr einflussreich». Die Verflechtungen, allein schon die formellen, mit der Wirtschaft sind enorm: Das Klüngelmitglied sitzt im Durchschnitt auf 3,2 Verwaltungsratssitzen und vertritt dabei 79 Millionen Franken. Die Repräsentanten der vier grossen Wirtschaftsverbände bringen es gar auf 8,4 Mandate und 280 Millionen Franken, noch fettere Tantiemen kassieren die Alt-Bundesräte.

Auch untereinander sind die politischen Einzelakteure und Körperschaften dermassen verflochten, dass Kriesi das Bild des aussenstehenden Bürgers von einer «verfilzten Struktur, in der alle unter einer Decke stecken», bestätigt sieht. Erst eine raffinierte Auswertung der Interviewantworten auf die Frage nach politischer und beruflicher Zusammenarbeit ermöglichte differenziertere Vorstellungen:

- Die Fäden laufen in einem «zentralen Block» zusammen, der sich aus den zentralen Einheiten des Staatsapparats und einem Kapitalunterblock zusammensetzt. Zum Zentralblock gehören einerseits Bundesrat, Nationalrat, parlamentarische Kommissionen, FDP, SVP; andererseits Vorort, Zentralverband der Arbeitgeber, Gewerbeverband, Bankiervereinigung etc.
- Im etwas abgesetzten «Arbeitsblock» lassen sich die beiden grossen Gewerkschaftsverbände, die SP sowie die kleineren Gewerkschaftsorganisationen, der

Mieterverband und der Konsumentenbund ausmachen.

- Weitere Vernetzungsschwerpunkte sind der «Gesundheitsblock» samt CVP, ein Verkehrs- und Planungsblock und der «Ausseinseiterblock».

Die Hauptergebnisse, auf die theoretische Ebene übertragen und generalisiert, liefern aber meines Erachtens keinen deutlichen Beleg für die Richtigkeit der Stamokap-These (Verschmelzung von kapitalistischer Ökonomie und bürgerlichem Staatsapparat). Die Führung liegt zwar deutlich beim ökonomischen System, doch bleibt dem spätkapitalistischen Staat eine relative Autonomie zugeteilt. Die Lenkung erfolgt vornehmlich durch Problemvorgaben und -beschränkung, speziell auch durch Beschränkung der Lösungsmöglichkeiten.

Die Zauberformel als Fassade

Bereits diese Topologie der Blöcke weist deutlich auf die Dominanz von Kapitalvertretern und politischer Rechter in der Schweizer Politik hin – ein Ergebnis, das allerdings niemanden verwundert. Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Bei einem Wähleranteil von 22 Prozent stellt die FDP 40 Prozent des Klüngels. In strategisch so wichtigen Positionen

Fortsetzung auf Seite 4

Frauen fehlen

Im Klüngel der 298 finden sich nur gerade 3 Frauen, die eine Hälfte der Schweiz ist also krass untervertreten. Wer es in der Schweizer Politik in die oberste Etage schafft, kommt aus gutem Haus, ist Akademiker und Offizier. Nur bei 8 Prozent der Mächtigen war der Vater gewöhnlicher Arbeiter, bei 42 Prozent nannte er ein Geschäft sein eigen. 53 der Top-Politiker studierten Jura, weitere 26 Prozent Ökonomie; 43 Prozent tragen den feinen feldgrauen Stoff.

Unterscheidung von «prägendem» und «vermittelndem» Einfluss vermag Kriesi die Arbeitsteilung in der Schweizer Politik treffend zu fassen. Prägendes allgemeines Einfluss auf Entscheide haben vor allem die vier grossen Unternehmensverbände und der SGB. Nur im Bereich von Gesundheitspolitik und Raumplanung (wahrscheinlich auch in der Bildungspolitik) werden sie von spezialisierten Lobbies konkurrenziert; bei einzelnen Geschäften üben auch Stellen der Bürokratie spezialisierten Einfluss aus. Der Bundesrat, nach Verfassung die oberste ausführende Stelle, und das Parlament, die gesetzgebende Behörde, figurieren weit hinten in der Rangliste der Träger.

Vermittelnden Einfluss schreibt der Klüngel vor allem dem Bundesrat, mit einem Abstand der Verwaltung und den Parlamentskommissionen zu. Diese Politiker im engeren Sinn besorgen das Aushandeln von «tragfähigen Kompromissen» und «konsensualen Lösungen»,

Die Pressefreiheit hat Konjunktur

Wenigstens dort, wo sie noch nicht abgewürgt wird. Zum Beispiel auf den 156 «konzept»-Seiten, welche Sie dieses Jahr erhalten haben.

Mehr als 5000 Abonnenten stärken uns beim Verbreiten von Fakten und Zusammenhängen, welche im Alltag unterdrückt werden.

100 000 in kürzester Zeit vergriffene Exemplare von «Züri ohni Zensur» zeigen, welche Information heute «knapp» ist. Wir bleiben dran – ziehen Sie mit!

In den nächsten Tagen werden wir Sie mit einem Brief zur Erneuerung Ihres Abos einladen.

INSERAT

EUROTRAIN

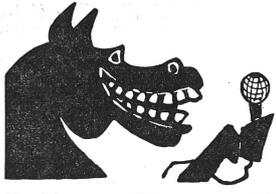
Fahren im Zug.
Sparen im Zug.

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen! Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

Das totale Interview!



Hier haben unsere Zeitgenossen aus Feld, Wald, unsere Dunkelkammern, Matscheibenleuchten und Glühdermannen das Wort frey.

Demagogisch, aber logisch

Heute mit Heinrich Oxtail, Medienboss von Ringiers Gnaden, Verwaltungsratspräsident der «Luzerner Nützlichen Narreteien» («LNN»), Oberst aus dem Reformhaus, vormals Maggi-Manager.

Frage: Herr Oxtail, man munkelt, dass Sie Ihren Lieblings-Maggi-Eintopf neuerdings weniger gut mögen als Toblerone.

Oxtail: Ein durch nichts bewiesenes Gerücht. Schnüff, ich bin in den letzten Wochen genug durch den Kakao gezogen worden. Wirklich, das mit Herrn Tobler läuft jetzt wie geschmiert: Wir zahlen ihm bis Ende 1981 den Lohn.

Frage: Und sein freches, äh... freisinniges Maul ist gestopft. Gratuliere. Werfen wir aber einen Blick...

Oxtail: ...«Blicks», genau da sind wir, chunnsch drus, beim springenden Punkt.

Frage: Sie meinen beim Springerschen Profitprogramm?

Oxtail: Wie Sie wollen. Also: Lüsterne statt Liberales, Personalisierung statt Pessimismus, Softoporno statt Sozialismus. Alles andere ist doch passé.

Sehr witzig.

Oxtail: Den wollen Sie mir auch noch in die Schuhe schieben? Eigentlich gar nicht so dumm. Nächste «Woche» werden wir diesen Mann schon ganz gut gebrauchen können.

Frage: Würden Sie uns noch Ihr Erfolgsrezept verraten?

Oxtail: Wer die Suppe nicht ehrt, ist der Pressfreiheit nicht wert.

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Verehrter Herr E. D. in A., Sie fragen an, wie es kommt, dass die schweizerischen Atomkraftwerke immer noch laufen, obwohl doch die Amerikaner und Kanadier wegen Atomexporten nach Pakistan und Argentinien so sauer auf die helvetische Wirtschaft sind. Sie sind nicht naiv! Die Uranlieferungen der Amerikaner an die Schweiz sind doch nicht eingestellt worden, weil die eidgenössischen Diplomaten sich so lieb für die amerikanischen Geiseln im Iran eingesetzt haben. Dies wiederum war nur möglich infolge des genialen Einfalls einiger iranischer «Studenten» in Teheran ein paar CIA-Agenten schamhaft zu setzen. Geht Ihnen das Licht endlich auf? Dank Ayatollah Khomeini, der die Geiseln partout nicht rauslassen will, können die Schweizer noch lange ein bisschen vermitteln. Und Atomanlagen in Diktaturen exportieren. Und Atomstrom, hergestellt aus US-Uran, konsumieren.

Sie sparen am falschen Ort, lieber Herr E. M. in D., wenn Sie sich nicht anstrengen, die Logik des Budgets 1981 des Bundesrates zu verstehen. Von «Missachtung der sozialen Frage», wie sie schreiben, kann keine Rede sein. Sollte nämlich durch die Kürzungen in der «Sozialen Wohlfahrt» und bei «Landwirtschaft und Ernährung» das Volk aufmühsam werden und zu protestieren anfangen und gar noch, weil bei «Unterricht und Forschung» auch gekürzt wird, von Studenten usw. unterstützt werden, kann der Bundesrat der Sache bald und mit Leichtigkeit Herr werden, mit der Armee nämlich, denn da werden knapp 200 Millionen mehr hineingebuttert. Wenn das keine Logik ist!

Reagen Sie sich nicht auf!

Sie haben die bessere Wahl. Zum Beispiel

Unglaubliche Verdrehung

«Die Stellvertreter», von Tobias Kästli, in «das konzept», Nr. 10/80.

Nach meinem auf Tonband gesprochenen Wunsch nach möglichst grosser Aktivität der gewerkschaftlichen Basis im Sinne einer Selbsthilfeorganisation habe ich im persönlichen Gespräch mit dem Autor auf das neueste Buch von André Gorz, «Adieux au prolétariat», verwiesen, wo Gorz die Möglichkeit einer permanenten Mobilisierung der Basismitglieder pessimistisch beurteilt, und meine Überzeugung anglosschlossen, dass wohl naturgemäss jede Gesellschaft zur Bewältigung des Macht- und Verantwortungsproblems auch auf das Prinzip der Gewaltendelegation angewiesen sei. Man kann eine halbe Million Mitglieder nicht in einer Halle versammeln.

Daraus hat der Autor in unglaublicher Verdrehung und in Unterschlagung des Ausgangsports der Überlegung (Gorz) eine Szene konstruiert, wonach ich sofort quasi nach Abschaltung des Tonbands das Gegenteil des Gesagten geäußert hätte. Nur schon die vom Autor gebrauchte Wortwahl zeigt, dass es sich um seine Terminologie und nicht um meine handeln muss. Ich fühle mich in wahrheitswidriger, perfider Weise hintergangen.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Beat Kappeler

Antwort des Autors

Lieber Beat

Als ich für die Radiosendung «Gesellschaft aktuell» einen Beitrag über das neue Arbeitsprogramm des SGB gestalten sollte, überlegte ich, ob ich ein Interview mit Benno Hardmeier machen sollte oder mit Dir. Mit dem Kollegen Hardmeier hätte ich den Radiohörern sozusagen den Inbegriff eines SGB-Sekretärs vorgestellt. Von Dir wusste ich, dass Du auch unkonventionelle Ideen hast. Ich dachte also, ein Gespräch mit Dir wäre interessanter. Es kam dann nicht zu einem echten Gespräch; ich hatte den Eindruck, dass Du Deine Statements zuhänden der Öffentlichkeit ins Mikrophon sprachst, ohne richtig auf meine Fragen einzugehen; ich dachte Dir nur sozusagen als Stichwortlieferant. Als Du nach Ausschalten des Aufnahmegeräts lockerer wurdest und interes-

Aversion gegen den Sozialismus

«Die Stellvertreter», von Tobias Kästli, und «Gesichtspfleger mit KPI-Grème», von Jean-Michel Berthoud, in «das konzept» Nr. 10/80 - und überhaupt.

In einer Zeit, in der sich die bürgerliche Hegemonie wieder immer offener auf jedem einermässen relevanten Gebiet äussert (erwähnt seien bloss - abgesehen von den sich häufenden Fällen unmittelbarer Repression - die Bestrebungen zur Sabotage unserer sozialpolitischen Errungenschaften, die finanzpolitischen Machenschaften, die medienpolitische Offensive, die breite Diffusion der primitivsten ideologischen Versatzstücke à la Wittmann usw. usw.), in einer solchen Zeit scheint es eine Binsenwahrheit zu sein, dass eine schlagkräftige, in den wesentlichen Punkten geeinte Linke, die sich nach aussen einermässen geschlossen zu artikulieren versteht, besonders nötig ist. «das konzept» - seinem Selbstverständnis nach ein integraler Teil der helvetischen Linken - verfolgt seit einiger Zeit in zunehmendem Mass eine Linie, die zu denken geben muss. Zwei Grundzüge fallen besonders auf:

- Erstens das Unvermögen bzw. die fehlende Bereitschaft zu Analysen, welche diesen Namen verdienen. Die Anstrengung des Gedankens weicht ganz offensichtlich der Reproduktion des Unmittelbaren. Dies ist grundsätzlich problematisch. Es wirkt sich dort verheerend aus, wo im Interesse der Sache Reflexion so dringend nötig wäre, wie etwa im Fall der Jugendunruhen.

- Zweitens die politische Observanz. Was kann wohl «das konzept» dazu bewegen, sich jetzt heute darauf zu kaprizieren, im Brustton einer offenbar höheren linken Überzeugung so ziemlich alles, was wir in Westeuropa an traditionellen linken Kräften besitzen, zu diffamieren? Gewerkschaften und PCI waren jüngst an der Reihe. Gewerkschaften: natürlich sind die Gewerkschaften in unseren Breitengraden das, was sie sind. Wer möchte sie missen? Dem linken «konzept» bleibt es vorbehalten, den 100jährigen Geburtstag des SGB zum Anlass für einen reichlich diffamierenden Leitartikel zu nehmen. Intellektuelle Redlichkeit? Wohl kaum. Im übrigen hat

sante Dinge zu erzählen begannst, da fragte ich Dich, warum du diese Dinge nicht auf Tonband gesprochen habest. Ganz erstaunt antwortetest Du, ich hätte Dich nicht danach gefragt. Ich habe aber am Schluss des Tonbandgesprächs gesagt: «Die Sozialdemokratische Partei baselt gegenwärtig an einem neuen Programm, in dem die Selbstverwaltung als zentra-



Lesebriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.» Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

ler Begrüß steht. Sie sucht nach einem grossen Entwurf. Vom SGB aus wird einem solchen Entwurf sehr viel Skepsis entgegengebracht. ... «Wir haben weiterhin den Kampf um die Mitbestimmung.» Erst im informellen Gespräch warst Du bereit, Deine Distanz zu den Vorstellungen der SP-Kommission zu formulieren. Gemäss dem Gedächtnisprotokoll, das ich unmittelbar nach dem Gespräch anfertigte, sagtest Du, in der SP glauben gewisse Leute immer noch an die Revolution, die dann den endgültigen Zustand schafft. «Demgegenüber meint Beat», ich zitiere jetzt mein Gedächtnisprotokoll, «... und er sieht sich einzig mit den neuesten Erkenntnissen von Gorz - das die Menschen delegieren und sich nicht mit allem selber befassen wollen, dass es professionelle Verwalter, dass es Eliten braucht. Diese Gedanken werde er demnächst in einem Artikel fürs «Profit äussern und nicht - zumindest noch nicht - im Radio.»

Ich habe im «konzept»-Artikel das Elitendebatt der SGB-Sekretäre herausgestrichen, gerade weil die SGB-Sekretäre selber es zu verschleiern wünschten. Warum eigentlich? Es gehört doch zwangsläufig zu ihrer Position! Was treibt Dich zur massiven Beschuldigung, ich hätte in «unglaublicher Verdrehung» «wahrheitswidrige Behauptungen» aufgestellt? Überweist Du nicht ein bisschen? Tobias Kästli

auch sie ihre Grenzen vor den konzentrierten Aktionen von Vorort, Gewerbeverband, bürgerlichen Parteien und Gruppierungen.

Traditionelle linke Parteien: Die Aversion des «konzept» gegenüber dem Sozialismus muss gross und von sehr grundsätzlicher Art sein, um bellischen Gründe zu suchen für eine Affinität zwischen PCI und Nestlé? Nein, für dieses Blatt bin ich armes Schwein offenbar inzwischen zu alt geworden. Halt eben auch so ein APO-Grossvaterchen, das sich vorstellt, seinen Weg weder im Buntten noch im Schwarzen oder Grünen gefunden zu haben. Natürlich kann ich es mir nicht leisten, nicht am Puls des alternativen Zeitgeists zu bleiben. Deshalb werde ich «das konzept» auch in Zukunft ganz eifrig lesen. Aber second hand. U. A.

Spöttisch-süffisant

«Gertrud ist Nummer 1. Siegfried ist glücklich», von unserem bekanntesten chinesischen Mitarbeiter U. Güng, im «Literatur-Konzept», Nr. 10/80.

Man kann zu Siegfried Unselds Marktaktik und zu seiner «neuen Folge» stehen, wie man will, eine Diskussion über den Zweck dieser Reihe ist sicher angebracht. Auch die Art und Weise, in der Unsel in diesem Artikel beschrieben ist, wird durch seinen Auftrittsstil herausgefordert. Soweit ist das Ganze ein Leservergnügen. Aber warum zieht der (die) Artikel(schreiber(in) den ironischen Bogen weiter zu Gertrud Leutenegger, um sie mit einer spöttisch-süffisanten Bemerkung über ihre «zirpende Stimme abzutun»? Wenn U. Güng ihr dramatisches Poem nicht gefällt, gibt es sicher Mittel, dies einermässen fundiert, ohne Seitenhieb auf die Persönlichkeit der Autorin zu begründen. So scheint es jedoch, dass U. Güng nicht einverstanden ist mit Gertrud Leutenegger als Nr. 1 in der «Neuen Folge», weil sie, bevor sie aus ihrem Buch vorlas - obwohl schon anwesend - sich nicht bemerkbar gemacht hatte; aus den bereits erwähnten anatomischen Gründen (Stimmglage) und weil sich nach der Lesung die Männer um die «Hauptdarstellerin gruppierten»... Schade, dass U. Güng nicht auf die wahre Ursache seiner spöttischen Distanz zu Leutenegger - und auch zu Müschig, wie sich in einem Seitenhieb ebenfalls erkennen lässt - eingetretten nämlich die Verquickung zwischen gepflegtem Kulturkommerz (den zweifellos Unsel repräsentiert) und den Schriftstellern, die ihm diesen Kommerz ermöglichen.

Indes, welcher deutschschreibende Schriftsteller kann schon auf die Ehre verzichten, bei Suhrkamp zu publizieren? Christa Weber

redaktionelles ++ redaktion

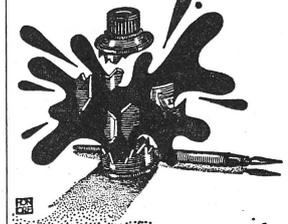
Fredi Hänni (Bern) und Daniel Wiener (Basel) sind nicht mehr in der Redaktion. Für die Einrichtung von vollen (und vollzeitlichen) Redaktionsstellen in Bern und Basel (und, wie wir planen, auch in anderen Städten), ist «das konzept» (noch) zu klein. Der Versuch mit Teilzeitarbeit (sogenannten Drittelstellen) war für alle letztlich nicht befriedigend. Daniel Wiener und Fredi Hänni werden aber als Mitarbeiter weiterhin dem «konzept» verbunden bleiben.

Die unheimlichen Leser und ihre Briefe

Im letzten Frühjahr fiel mir ein Leserbrief in der «Bündner Zeitung» auf. Der nahm sich die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) vor, und wie: das sei im wesentlichen ein Haufen von Kryptokommunisten und Revolutionären, eine bösartige Bande von Systemveränderern mit dem LDU-getarnten diabolischen Franz Jaeger an der Spitze, war da sinngemäss zu lesen. Absenderin: Gertrud Pfanzler, Zürich. Zwei Wochen später schlug ich den Tagi auf der Leserbriefseite auf. Da war nun vom WFF die Rede, Staunend erfuhr ich, dass auch dieser Verein in Unterwasterdteflern marschiert, und zwar stramm in Richtung Moskau. Noch mehr staunte ich, als ich den Namen der Autorin las: Gertrud Pfanzler, Zürich.

Ich setzte mich an die Schreibmaschine und schrieb dem «Tagi» einen Brief. Einen Leserbrief, um genau zu sein, worin ich die Vermutung äusserte, dass diese Leserbriefpflänzchen wohl am ehesten an Zürichs Oberdorfstrasse gediehen seien, genauer: bei der dort domizilierten Rudolf Farn PR-Agentur, wo nicht nur die Aktion Freiheit und Verantwortung, sondern auch die Schweizerische Informationsstelle für Kernenergie (SIK) stilsicher betreut werden. Man soll doch so gut sein und mal ein bisschen reherchieren, bat ich noch.

Der Tagi dankte mir herzlich für mein Schreiben, fand es sehr «aufschlussreich». Man wisse natürlich, dass es derlei gebe, könne es aber leider nicht immer verhindern. Und natürlich sei es



Aus «Le monde», 19. 10. 80

stossend, dass ausgerechnet jene Kreise, die ohnehin schon über genügend Geld und Macht für ihre Publizistik verfügten, das Medium Leserbrief derart missbrauchten.

Soweit der Tagi. Ich muss gestehen, dass mich der anderthalb Seiten lange Dank nicht sehr befriedigte. Denn abgedruckt hat der Tagi meinen Leserbrief nicht.

Ende August und Anfang September wurde ich wieder fündig. Wieder zuerst in der «Bündner Zeitung». (Logisch, weil die ja auf der Tagi-Redaktion kaum gelesen wird, wohl aber umgekehrt.) Da war also ein U. Schmetzler aus Ennetbaden mit einer Menge Zahlen und «Fakten» um sich, welche beweisen sollten, dass die Schweiz in Kürze in Sachen Energie völlig moskauhörig werde, wenn man nicht endlich vorwärtsmache mit den Schweizer AKW. Und Schuld am Problem wären diese Umweltschützer und AKW-Gegner, diese Helfershelfer Moskaus. Ein paar Tage später: fast wörtlich derselbe Brief im «Tages-Anzeiger», diesmal aber unterzeichnet von «A. Hürliemann, Dietikon».

Diesmal sicherte ich mich zuerst ab, telefonisch. Zuerst bei Herrn Bébié vom Tagi, der mir «im Prinzip» den Abdruck einer Antwort zusagte. Dann bei Jürg Passarge von der «Bündner Zeitung», einem SP-Genossen, der mir dasselbe versprach. Gestrotzt setzte ich mich also wieder an die Maschine.

Die Leserbriefe erschienen. Zuerst der im Tagi. Mit einem Schönheitsfehler allerdings: der Abschnitt über die PR-Machenschaften fehlte. Dann der Brief in der «Bündner Zeitung». Auch mit einem Schönheitsfehler. Zufällig mit dem gleichen.

Herr Bébié vom TA war in den Ferien, und Frau Keller vom Leserdienst tat das Ganze schrecklich leid, der Abschnitt müsse beim Umbruch herausgefallen sein. Genosse Jürg Passarge von der BZ war furchtbar beschäftigt, konnte

sich nicht erinnern, verband mich mit einer Kollegin, dem Fräulein Dedual, die sei zuständig. Sie versprach mir, die Sache abzuklären, zurückzurufen. Auf den Anruf warte ich noch heute.

Kürzlich nun ein drittes Erfolgserlebnis, wenn man so sagen kann, diesmal im «Neuen Bündner Tagblatt». Eine Yvonne Bachmann hatte Vielsagendes beobachtet und gab's nun der NBT-Lesergemeinde preis: Ursula Koch, SP-Kantonsrätin und SES-Geschäftsführerin (s. oben), war von der Dame beobachtet worden, an der neulichen Informationsdemo vor dem Globus. Ursula Koch sei mit ermutigenden Worten durch die Reihen der jugendlichen Kriminellen und Kravallanten geschritten, und überhaupt, unlängst habe sie auch öffentlich zur Anwendung von Gewalt gegen den Staat aufgerufen usw. usf.

Eigentlich eigenartig, sagte ich mir, dass eine Leserin des konservativen Bündner Lokalblättchens sich so nah (als «Gaffer»?) am zürcherischen Geschehen aufhielt, dass sie derlei Details aufsehen konnte, und andererseits der zürcher Jugendbewegung und Ursula Koch so fern steht, dass sie beide derart hunds-föttisch verleumdete.

Ein Anruf bei der SES ergab dann, dass Leserbrieffreiberin Yvonne Bachmann nicht nur das «Neue Bündner Tagblatt» liest und mit Zuschriften bedient, sondern auch den «Zürichbieter», den «Zürcher Oberländer», die «Andelfinger Zeitung», die «Neuen Zürcher Nachrichten» und die «Winterthurer Woche». Na ja.

Diesmal habe ich mir Leserbriefe erspart. Denn wenn ein «Tages-Anzeiger» und die auch nicht kleine «Bündner Zeitung» nicht den Mut haben, zumindest via Leserbriefspalten den publizistischen Pistoleros und Heckenschützen vom Schläge eines Farni, Däniker, Lauffer, Diethelm, Mori, Zehnder und Co. an den Karren zu fahren, wie soll man's dann von einer «Andelfinger Zeitung» erwarten? Peter Egloff



Die weisse Minderheit in Simbabwe (ehemals Rhodesien), wie lebt sie nach der Revolution? Sie hat «das Leben verloren». Und die schwarze Mehrheit?

«Schwarze Arbeiter in der Landwirtschaft erhalten jetzt den gleichen Minimallohn wie Industriearbeiter. Doch die Arbeitsmoral ist gesunken».

Die hätten lieber wieder weniger Lohn, wie vorher, und würden lieber wieder mehr ausgebeutet.

* Peter Schmid im Magazin «Plus» vom 1. Oktober 1980

Optik Iselin Rämistrasse 39, 8001 Zürich Telefon 01 69 44 41

das konzept DIE POMATZETZUNG

Redaktion: Marianne Fehr, Georg Hodel, Ruedi Kung, Liselotte Suter.

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon 02 (01) 47 75 30, PC-Konto 90-37626.

Redaktionsadresse Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern.

Redaktionsadresse Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel, Tel. (061) 22 41 41

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unerlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).

Ercheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschaftsschulen und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Abonnement: pro Jahr 22 Fr. (Ausl. 30 Fr.), PC-Konto 80-37626

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. 02 (01) 47 75 30, PC-Konto 90-36651 1-sp-mm-Zeile (27 mm) -68 Fr. Gültiger Tarif Nr. 81

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Redaktionschluss: Nr. 12/80: 24. 11. 80 Inserateschluss: Nr. 12/80: 28. 11. 80

Prostitution auf dem freien Wohnungsmarkt

WIR LIEBEN DIE ORDNUNG

Von Liselotte Suter

Der Leerwohnungsbestand in den Städten ist verschwindend klein. Und was dann schliesslich noch zur Miete ausgeschrieben ist, liegt an einer lärmigen Autostrasse, entpuppt sich als teures Luxusapartment oder als windige Abbruchbude. Bei den vereinzelt «normalen» Wohnungen wird dann hemmungslos um die Gunst des Vermieters gebuhlt. Die Wohnungsnot steigert den Marktwert der bürgerlichen Tugenden. Auch wenn es kaum zu glauben ist: die Bewerbungszitate sind alle echt.

Das Chiffre-Insert erschien diesen September im «Tagblatt der Stadt Zürich» (Auflage: 186 000): eine 3 1/2-Zimmer-Altwohnung für 650 Franken inkl. (dieser Betrag entsprach dem damals gültigen Mietkostenindex), mit Balkon, zentral gelegen, aber ruhig. Am nächsten Tag schon wurde - wieder per Inserat - bekanntgegeben «Vermietet».

In den 24 Stunden dazwischen haben sich 350 Bewerber hingesetzt und sich schriftlich um die Wohnung beworben.

verdacht. Was in den meisten Kantonen als «Tatbestand» aus den Gesetzesbüchern verschwunden ist, hält sich hartnäckig in der Vermieterormal und folglich auch in den Bewerbungsschreiben. Jeder Aussteuerverkäufer würde einen um die Adressen beneiden: alle sind sie Brautleute, wollen «demnächst» heiraten. Eine langjährige Beziehung ist das mindeste. Und die Seriosität der Verhältnisse spricht selbstverständlich für ihre Träger: Wir sind zwei ernsthafte jun-

Erlaube ich mir, mich um die von Ihnen ausgeschriebene Wohnung zu bewerben. Wir sind ein Schweizer Ehepaar mit einem ruhiger kleinen Hund. Meine Frau und ich wissen ein angenehmes Verhältnis mit den übrigen Hausbewohnern sehr zu schätzen.

Junge, die endlich von zu Hause weg wollen oder eine Ausbildung in der Stadt beginnen. Alte, die ihr lebenslang behohntes Haus wegen Renovation oder Abbruch verlassen müssen; sich «verkleinernde» oder «vergrössernde» Familien; vereinzelt Ausländer. Viele sind Opfer des Honeggerschen «Mobilismus», sie haben nach Bedarf der Wirtschaft ihren Arbeitsort gewechselt und suchen jetzt wieder eine Bleibe für den Eigenbedarf. Und alle versuchen, den Vermieter auf sich aufmerksam zu machen ohne aufzufallen.

Die Jungen

Sie haben's bei dem Unternehmen am schwersten, denn sie sind in der Zigarett- und Jeanswerbung weitaus beliebter als in der Wohnungsbranche. «Hoffentlich schrecken Sie vor jungen Leuten nicht zurück», meint ein leidgeprüfter Wohnungssucher bescheiden.

Jung sein und Student ist beinahe hoffnungslos, da kann man sich eigentlich nur noch für sein Dasein entschuldigen: «Bedenken Sie, auch Studenten brauchen eine Unterkunft - und schliesslich können wir ja nichts dafür, dass die Uni ausgerechnet in Zürich steht.» Genaugenommen ist das mit der Uni eigentlich gar nicht so schlimm: die hilft ja ganz schön mit, die Mietpreise hochzuhalten. - Aber die Studenten selber, die wollen schon doppelt und dreifach geprüft sein. «Wir als Studenten haben in dieser unruhigen Zeit schon sehr Mühe, eine Wohnung zu finden... wir wären daher gerne bereit, uns persönlich vorzustellen, da mit Sie sich persönlich von unserer Integrität überzeugen können.» Seinem Kollegen werde es zwar nicht ganz leichtfallen, persönlich zum Persönlichkeitstest zu erscheinen, lässt der Schreiber weit

Wir suchen für unseren jungen Mitarbeiter, Herrn [Name], eine solche Wohnung. Herr [Name] ist Schweizer-Bürger, verheiratet und wohnt in dieser Altwohnung wäre ideal, da sie nicht nur seinen Wünschen entspricht, sondern vorallem auch in der Nähe seines Arbeitsplatzes liegt.

nebenbei fallen, er leiste nämlich gerade seinen Militärdienst!

Die Jungen versuchen ihren unpopulären Status mit Vaterlandstreue und sonstigem Wohlverhalten abzugelten: «Da wir sehr viel lesen müssen und keine von uns ein lautes Instrument spielt, werden wir bestimmt nicht durch starken Lärm auffallen.» Auch nicht durch falsche Töne: «Wir mögen beide nur klassische Musik, Lärm ist daher nicht zu befürchten.»

Man trägt wieder so'nen Hang zum Klassischen, geht oft ins Theater usw. Seit dem Opernhauskrawall ist eine klare kulturpolitische Stellungnahme für die Wohnungssuche unerlässlich. Auch ein Hinweis auf das herzliche Verhältnis zu den (solventen) Eltern kann in diesem Zusammenhang nicht schaden; er beweist nämlich, dass man nicht zu «denen» gehört, die ein Jugendhaus brauchen. Und ohne diesen Beweis gibt's für Junge nie eine Wohnung: «Ich bin ein junger Bündner und schon seit zwei Jahren in Zürich tätig, aber ich habe mit den Krawallen nichts zu tun, was Ihnen viele Leute bestätigen können.»

Die Verlobten

Dem Krawallalter knapp entronnen, kommt man sogleich unter Konkubinats-

ge Leute und würden Sie nie enttäuschen.»

Diejenigen mit dem festen Trauungstermin bauen ihren Punktevorsprung gekonnt aus: «Wir sind ein junges Brautpaar (kirchliche Hochzeit am 16. 5. 81, standesamtliche kann vorgezogen werden)...» Aber nicht vergessen, den Vermieter zum hohen Feste einzuladen! - Ein anderer, der angibt, im Frühling heiraten zu wollen, möchte die Wohnung trotzdem jetzt schon beziehen. «Zwecks Einrichtung» klärt er seine an sich schon lauterer Ansichten.

Mit Absichten und Aussichten bezüglich Privatsphäre sind die Möchtegern-Mieter sowieso unglaublich freigiebig: «Wir denken daran, ein Kind zu haben, es ist aber weder sicher noch unterwegs.» Doch auch so schon tauglich als Argu-

Wir haben auch ein lieber 16-jähriges Tochterchen, das sehr gerne mitkommen würde. Ihr Name ist [Name].

ment für kinderfreundliche und für -wahrscheinlicher, da häufiger - kinderfeindliche Vermieter. Auf besonderen Wunsch auch Sterilisation möglich?

Die Unkomplizierten

Ihre Anpassungsfähigkeit wird wohl am wenigsten strapaziert, da sie diesbezüglich am durchtraintesten sind. Voraussetzung, um in die Gruppe der «Unkomplizierten» (und bei der Wohnungssuche wohl Aussichtsreichsten) aufgenommen zu werden: Schweizer Bürgerrecht, wenn möglich Stadtbürger (Ausserekantonale müssen sich nämlich bereits entschuldigen: «Ich bin leider Bündner»), solvent, ruhig, umgänglich, d. h. angenehm und pflichtbewusst, anpassungsfähig, aber nicht ohne Charakter und mit dauerhaften Mietabsichten. Evtl. Nichtraucher. Langjährige Eheerfahrung erwünscht, aber nicht Bedingung.

Ihre Arbeit

Wer kann, renommiert mit der Firma: «Ich bin Rechtsanwalt in einem angesehenen Zürcher Anwaltsbüro.» «... ausserdem besitzen wir die bekannte Kunstgalerie...» Sogar die «ELEKTRIZITÄTSWERKE DES KANTONS ZÜRICH» werden als Arbeitgeber gross herausgestrichen. Auch in der vielgepresenen freien Marktwirtschaft bietet eine Stelle bei der «öffentlichen Hand» offenbar am ehesten Gewähr für pünktliche, da krisensichere Miete: «Wie beim Staat üblich, ist mein Einkommen regelmässig.» Dagegen gilt Hausarbeit auch bei den Vermietern nicht mehr: «Ich selbst bin jetzt nur Hausfrau, war aber vorher jahrelang beim PC-Amt tätig.»

Das erstaunlichste aber: Was Herr Schweizer seinen Arbeitskollegen und den eigenen Kindern gegenüber verheimlicht, dem Wohnungsgeber gibt er's

an, das Gehalt, auf Franken und Rappen genau.

Ihre Finanzen

Wer weder seinen angesehenen Berufsstand noch seinen Arbeitgeber zu Wohnungsmarkte tragen kann, versucht's mit einer Bar-Offerte: ein Metzger verspricht nicht nur die schon fast üblichen drei Monate Miete zum voraus, er würde den Chlotz gleich für ein halbes Jahr auf den Tisch legen. Direkte Bestehungsveruche, «Vermittlungsgebühren» genannt, sind eher selten. Dafür zeigt man sich um so öfter hilfsbereit, handwerklich begabt, bereit zur Mithilfe im (Vermieter-)Garten. Oder man übernimmt Unterhaltskosten weit über das übliche Muss hinaus: «Weiter würde die Verpflichtung eingegangen, jedes zweite Jahr einen Raum renovieren zu lassen.»

Ihre Bürgertugend

Am peinlichsten aber wird es, wenn nicht mehr mit ökonomischen Vorteilen konkurrenzisiert wird, sondern mit sogenannten inneren Werten: «Meine wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse sind geordnet... Ich wäre eine sehr dankbare, unkomplizierte, zuverlässige Mieterin.» «Ruhige und geordnete Lebensverhältnisse gewohnt.» «Wir lieben ein geordnetes Leben.» «Da ich selbst nicht wahllos Besuche empfangen und an stille, saubere Häuslichkeit gewohnt bin, sind mir gegenseitige Lärm- oder andere Belästigungen ein Dorn im Auge.» Unvorhergesehene Geräusche oder anderweitige Lebensausserungen werden notfalls ohne Aufsehen im Sofaplüsch erstickt.

Ihre Kinder

«Wir haben kein Auto und kein Tier.» «Keine Haustiere, kein Instrument.» «Ohne Kinder und Haustiere.» Alles, was nicht so ohne weiteres vollständig domestizierbar ist, wird nach Möglichkeit gemieden. Wenn Kinder, Katzen oder Hunde überhaupt vorkommen, er-

klärt man sie als weitgehendst gezähmt: «Unsere beiden Töchter (10 und 12) sind ruhig.» «Wir haben 2 Bisi - beide ohne Stimme.» Selbstverständlich ist auch der Hund «ruhig und sauber» und «immer unter Aufsicht, da teures Rasseier». Lückelose Kontrolle wird auch für Kinder garantiert, auch sie werden «den ganzen Tag voll betreut». (Schliesslich ist auch die Kindshaltung nicht billiger geworden.)

Die Ungewohnten

In diesem Wust von wohlformulierten Anstandigkeiten wirken unbeholfenere, ja bereits ungewohnte Anfragen schon peinlich. Rechtschreibfehler liegen da nicht mehr drin. «Wer die Grammatik nicht beherrscht, ist des Zimmers nicht wert», oder so ähnlich. Und was soll der schabig Notizzettel neben dem Büttchenbogen aus dem Geschäft?

Ausländer

Wenn es dann sogar ein Ausländer ist, der da auf schriftdeutsch radebreit... Der könnte seinen Integrationsgrad zumindest durch einen fehlerlosen Text beweisen. Diejenigen, die's können, tun dies übrigens des langen und breiten. Bis hin zum Schweizer (eingebürgert?), der

WIR KENNEN HERRN [Name] NUN DREI JAHRE SEIT ER IN DER SCHWEIZ IST. ER IST SEHR BEKANNT ALS ORDENTLICHE UND ZUVERLÄSSIGE PERSON. SEINE FREUNDLICHE UND GUTERZOGENE ART WIRD ALLGEMEIN GESCHÄTZT.

meint versichern zu müssen: «PS. Trotz meinem etwas fremd klingenden Namen bin ich Schweizer.»

Geschiedene

Aufs Schweizerzertum wird grosser Wert gelegt, ebenso auf intakte Familien (die Angst des Zwingli-Zürich vor dem Sittenzerfall?). «Ich stehe in der Scheidung und hoffe nicht schon deshalb aus dem Kreis der Bewerber ausgeschieden zu sein.» Wer der Normen nicht (mehr) genügt, entschuldigt sich quasi beim Hausvermieter: «Meine Ehe ist nach 29 Jahren gescheitert.» Eine bereits geschiedene Frau weist darauf hin, dass sie immerhin aus «gubürgerlichem Hause» stammt. Ein geschiedener Vater betont: «Die neue

Betrifft: Ihr Inserat für eine 3 1/2 Zimmer-Altwohnung

Sehr geehrter Vermieter,

Wir suchen für unsere Tochter, sehr wohlherzogen und gediegen, (Sekretärin bei Dr. [Name]) in der Nähe ihres Arbeitsplatzes eine Wohnung. Wir besitzen selbst mehrere Liegenschaften, die aber leider alle so liegen, dass die Anfahrtsstrecke zu ihrem neuen Arbeitsplatz eine gute halbe Stunde Autofahrt benötigt. Zudem finden wir, dass es auch Zeit wird, dass sich unsere Tochter mit bald 28 Jahren beginnt vom Elternhaus etwas zu distanzieren.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, dass sie ein überdurchschnittlich gutes Einkommen hat, gewohnt ist ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu haben (wir bewohnen 8 Zimmer) weshalb sie keine 1 oder kleine 2-Zimmerwohnung wünscht. Ferner kommt für sie niemals ein Konkubinat in Frage, was Sie vielleicht genau so schätzen wie wir. Wie man gerne hat, dass man sich als Mieter benimmt, ist unserer Tochter bekannt, da sie ja dies von uns weiss.

Was unsere Tochter an Möbeln anschaffen wird, wird alles bar bezahlt sein. Ihr Auto ist ebenfalls bar bezahlt. Haustiere sind keine vorhanden und keinesfalls erwünscht. Miete könnte, sofern Sie dies wünschen für 3 Monate im voraus bezahlt werden. Auch könnte sie eine Kaution stellen sofern Sie dies wünschten.

Indem ich gerne hoffe, dass Sie uns eine Chance zur Besichtigung einräumen werden, verbleibe ich inzwischen

mit freundlichen Grüessen

P.S. Mit guten Referenzen kann nach Wunsch gedient werden.

Wohnung möchte ich als Einzelperson mieten, mit der Möglichkeit, dass mich meine Kinder gelegentlich besuchen können.»

Singles

Einzelpersonen stehen - für die immerhin 3 1/2-Zimmer-Wohnung - unter deutlich erhöhtem Rechtfertigungsdruck. Sie erklären im Detail, wozu sie den «dritten Raum» benötigen: «Ich brauche das dritte Zimmer für meine Modellleisenbahn.» Das Originelle an dieser Antwort ist, dass sie höchstwahrscheinlich sogar stimmt.

Sonst werden vor allem Arbeit, Besuche von erwachsenen Kindern oder sonstigen Anverwandten für den erhöhten Platzbedarf angegeben. Bekannte oder gar Freunde sind in der offiziellen Raumnutzung nicht vorgesehen. Man betont den Single-Status: «Bin alleinstehend (auch ohne Haustiere).»

Musiker

Nur einer macht den Fehler zu schreiben: «Mein Flügel füllt beinahe das dritte Zimmer.» Die übrigen Musiker halten im zweiten Satz schon fest, dass sie ausschliesslich auswärts üben.

2er WG's

Unter den wenigen gleichgeschlechtlichen Zweiergruppen, die es wagen, sich

Seit 43 Jahren wohnen meine Frau und ich im gleichen Haus am Hechtplatz, wo wir auch unser Geschäft haben. Leider wird dieses Gebäude demnächst abgerissen bzw. ausgehüllt, weshalb wir leider gezwungen sind, eine neue Wohnung zu suchen. Das Geschäft werden wir liquidieren.

als Kleinst-WG um die Wohnung zu bewerben, sind fast nur Frauen zu finden. Offenbar sind zusammenwohnende Freundinnen anständiger als zusammenwohnende Freunde. Und überdies steht bei Männern ja nicht fest, wer den Haushalt macht. Möglicherweise gar keiner!

Sozialfälle

Ziemlich chancenlos sieht's bei so einer Wohnungsbewerbung für die ei-

Die Alten

Sie haben irgendwie am meisten Würde bewahrt bei diesem Persönlichkeits-Strip. (Vielleicht, weil man von ihnen sowieso annimmt, dass sie aufs Alter ruhig und anspruchslos geworden sind, dass sie das Leben selbst diszipliniert hat (sozusagen.) Sie erzählen kurz - ohne gross zu jammern -, dass sie wegen Renovation oder Abbruch aus dem Haus, dem Quartier vertrieben worden sind, in dem sie ihr Leben lang gewohnt, in einzelnen Fällen sogar ein kleines Geschäft aufgebaut haben. In den Briefen fehlt jegliche Auflehnung - wäre ja auch unklug dem neuen Vermieter gegenüber, dessen Geschäftspraxis auch nicht viel anders sein wird.

Der Ausverkauf der Seele

Wer die Bewerbungsbriefe liest und zufällig nicht gerade Hausbesitzer ist oder werden will (ist ja heutzutage für Hausgenossenschaften immer aktueller), den muss die kalte Wit packen. Verantwortlich für den obszönen Ausverkauf der Seelen ist zum Beispiel derjenige Hausbesitzer, der dem Mieter wegen Eigenbedarf kündigt, dann eine Voliere hinstellt und schliesslich auch noch als Referenz für den neuen Hausbesitzer amtet.

Nichts gegen Vögel. Aber Wohnen wird unter diesen Bedingungen zum

grossangelegten Disziplinierungsversuch: Man arbeitet (zuviel), um die teure Wohnung bezahlen zu können. Man heiratet, nur um die Wohnung zu bekommen. Man bleibt als Ehepaar zusammen, um die Wohnung ja nicht zu verlieren. Vielleicht verzichtet man wohnungshalber auch auf Kinder. Jedenfalls will man nicht für einen Auslandsaufenthalt leichtsinnig die Wohnung aufgeben. Politische wie andere Aktivitäten bleiben so diskret, dass sie in den Wohnungvermietern nicht unangenehm berühren. Man achtet auf den Leumund und das richtige Gardinenmuster. Frauen lassen sich von Liegenschaftsvermittlern betatschen, Männer bringen Blumen ins entsprechende städtische Büro. Alles, um ihr noch einmal zu entgegen, der Wohnungsnote.

TIP · TIP · TIP ·

Hausgenossenschaft Rössli Stäfa

Die neugegründete Hausgenossenschaft Rössli kauft das Rössli-Haus. Weitere Kollektive sollen einziehen, das Haus soll renoviert werden. 480 000 Franken fehlen noch für den grossen Plan. Interessenten (Kollektive, Wohnungsinossen und -genossen, Finanzgeber) können sich mit der Broschüre «Im Rössli passiert etwas» der Hausgenossenschaft näher informieren.

Erhältlich beim Rössli, Bahnhofstr. 1, 8712 Stäfa, (01) 926 57 67.

Wer regiert die Schweiz?

Fortsetzung von Seite 1

nen wie der Verwaltungsbürokratie oder bei den Kommissionspräsidenten ist diese Staatspartei mit dem Slogan «Weniger Staat» sogar noch krasser überverteten. Die politische Linke, zu der Kriesi auch die christlichen und evangelischen Gewerkschafter zählt, vermag um die 30 Prozent der Wähler zu mobilisieren, muss sich aber mit mageren 17 Prozent der Klängelsitze zufriedengeben. «Der innere Kreis der politischen Elite ist im wesentlichen ein bürgerlicher Kreis», folgert Kriesi aus den Ergebnissen und fährt fort: «Die Zaubersprüche im Bundesrat erweist sich als Fassade, welche die wahren Machtverhältnisse im System verschleiert.»

Der Einfluss der Linken auf die schweizerische Politik ist zudem noch ungleich verteilt, in der Finanz- und Wirtschaftspolitik ist er verschwindend gering, aber auch auf ihrem Spezialgebiet, dem Sozialen, stellt die Linke nur eine Minderheit der prägenden Akteure.

Kein Wunder, dass sie mit den ausgehandelten, mehr oder weniger faulen Kompromissen deutlich unzufriedener ist als die Bürgerlichen. Harsche Kritik übt die Reformlinke etwa an der Mitbestimmungsvorlage, die nur 6 Prozent positiv beurteilen, aber auch an den Krankenversicherungsänderungen, am Raumpunktungsdekret und an den Finanzpaketen. 55 Prozent der in den Klügel vorgedungenen Linken klagen, ihre Interessen würden zu wenig bzw. jene der Bürgerlichen zu stark berücksichtigt; wogegen nur 5 Prozent der Bürgerlichen finden, die linken Interessen kämen zu stark zur Geltung.

Die Reaktionsweisen der Linken bleiben aber seltsam gespalten. Zwar vertreten sie einen deutlich anderen Interessenstandpunkt als ihre bürgerlichen Kollegen, kritisieren sie vehement die einzelnen Lösungen, doch ins System als Ganzes, das sie regelhaft benachteiligt, vertrauen sie nach wie vor fast ebenso sehr wie die Bürgerlichen. Das Konkordanzsystem sei eben «die einzige Möglichkeit», finden 41 Prozent der Linken; ihr Systemvertrauen gründet, so lässt sich folgern, vornehmlich auf Resignation und das Fehlen von Alternativen.

Problemlösungsfähigkeit sinkt

«Ohne Konkordanz sind in unserem Land, in dem keine Partei eine Mehrheit

hat, keine Lösungen möglich», zitiert Kriesi einen Vertreter der Linken. Doch auch mit Konkordanz wird das System immer unfähiger, Reformen durchzuführen und Probleme vorausschauend zu lösen. Die Schweizer Politik arbeitet weitgehend reaktiv, «Kompromisse» kommen weniger aus allgemeiner Einsicht oder durch tatsächliche Abwägung der Interessen zustande, eher werden sie unter gewaltigem Zeit- und Problemdruck widerwillig hingenommen. Kriesi: «Die Problemlösungskapazität erweist sich tatsächlich in den wichtigsten Fragen als sehr begrenzt.»

Die Ursachen sieht Kriesi im «Primat des Verbandssystems und der entsprechenden Schwäche der politischen Führung», begünstigt durch die untergeordnete Stellung der Linken und die starke Position der ins System eingebauten «Bremsen»; letztere vor allem aus dem Kreis der FDP-Parlamentarier und im Umkreis des Gewerbeverbands. Mit diesem objektiven Befund der tendenziellen Unfähigkeit des Systems (Kriesi) kontrastiert aufs schärfste das Vertrauen des Klängels ins System. Nur gerade 10 Prozent fanden, das System sei mehr oder weniger «überbremst». 97 Prozent des Klängels stimmten der Formel zu: «Ganz allgemein kann man sagen, dass in unserem politischen System die Probleme, die sich unserem Land stellen, nicht schlecht gelöst werden.» So viel Problemverdrängung, Realitätsverlust und

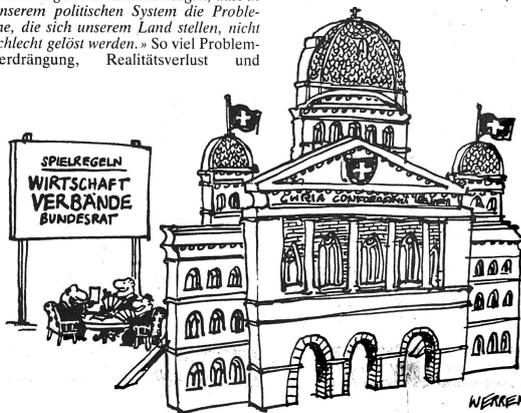
Selbstgefälligkeit pflegen sonst nur bei niedrigeren Herrscherschichten aufzutreten; für die Zukunft lassen sie jedenfalls wenig Positives erwarten.

Kriesi selbst äussert in einem kurz geratenen Schlusskapitel Reformvorschläge, die in drei Richtungen gehen:

- die «Herstellung des Primats der politischen Führung», was einer Umkehr des heutigen Verhältnisses von Wirtschaft und Politik gleichkäme, also einer Revolution
- eine vermehrte wissenschaftliche Fundierung der Politik
- und (nicht ausdrücklich gesagt, aber als Konsequenz deutlich angelegt) die Rückkehr der Linken in die Opposition.

Solche Vorschläge gehen von einer insgesamt doch optimistischen Einschätzung der Reformfähigkeit des Systems aus, die ich nicht ganz zu teilen vermag. Angesichts seiner zunehmenden Problemlösungsunfähigkeit und seiner starrköpfigen Lernunwilligkeit etwa gegenüber neuen Formen der Politik (Bewegungen, Bürgerinitiativen) wird das bestehende politische System zusehends zu einem Hemmblock, ja zu einem Sicherheitsrisiko für den Fortbestand und die Fortentwicklung der Gesellschaft.

Silvio Spahni



STÖCK - STICH - WIS



Schweizer Zeitungsmacher

ff. Stark, diese Zeitungsverleger. Keine linke Agitation könnte so viel bewirken wie der Aufklärungsfeldzug, den einzelne Verleger uneigennützig gestartet haben. «das Konzept» ist exklusiv in der Lage, einige nicht ganz zufällig ausgewählte Vorkämpfer vorzustellen (von rechts nach weiter rechts):
 Heinrich Bischoff, seit März 1977 Direktor des Verlags Huber in Frauenfeld, Verschleiher verschiedener Chefredaktionen, vorher Nestlé-Marketingchef in Zürich (von der gleichen Firma kommt Bischoffs rechte Hand Urs Lüdi, Chef der Huber-Presserzeugnisse);
 Heinrich Oswald, seit Ende 1971 Direktionspräsident beim Branchenleader Ringier, vorher 25 mindestens so erfolgreiche Jahre bei Knorr;
 Jürgen Müggengrub, Ex-Verlagschef von Ringiers «Blick», vorher Nestlé-Marketingmanager, heute bei der Konkurrenz; Vermarkter des «Zürcher Tagblatts»;
 Jürgen Ramme, seit Müggengrub Zeiten an der Verkaufsfond des «Blicks», früher Dash-Werber bei einer amerikanischen Grossagentur.
 (Wir entschuldigen uns für die Unvollständigkeit der Galerie.)
 Vom dritten von links stammt folgender Kernsatz: «Das Verlagsmarketing ist nach den Prinzipien des Konsumgütermarketings ausgerichtet. Man geht von dem Standpunkt aus, dass eine Kaufzeitung den gleichen Spielregeln am Markt unterworfen ist wie jeder Markenartikel auch.» Ja, davon sollten wir wirklich ausgehen. Auch davon, dass sich die Spielregeln des Pressenmarkts nicht so schnell ändern werden. Anders können sich hingegen die Spielregeln bei Radio und Fernsehen, die, so meinen führende Zeitungsmacher, dem privaten Profit nicht länger verschlossen bleiben sollten. Ausser, der eben gestartete Aufklärungsfeldzug führe dazu, dass sich immer mehr Leute dagegen wehren, das Fernsehen und das Radio als letztes verbiefertes Medium ausgerechnet solchen Zeitungsmachern auszuliefern.

Wenn die Russen kommen . . .

. . . wohin mit dem Geld?

Die internationale Finanzmetropole im Herzen Europas, die vielseitige Einkaufsstadt für freundliche Menschen ist auch der grösste freie Goldhandelsplatz und einer der Mittelpunkte des Euromarkts und ist, weil sie dies alles ist, Gast-Stadt für eine Veranstaltung, die wir unseren Lesern aufs wärmste empfehlen möchten. Die Veranstaltung (den Namen erfahren Sie erst weiter unten, sonst fehlt die Spannung) wird Ihnen zuverlässige Antworten auf folgende Fragen geben:

- Wie kann ich Nutzen aus dem «Sozialstaat» ziehen?
- Wie kann ich Firmengewinne auf den halben Steuersatz drücken?
- Wie kann ich die Einkommenssteuer völlig legal umgehen?

- Wie konstruiere ich optimal ausländische Beteiligungen, um legal möglichst wenig Steuern zahlen zu müssen?
- Wie lautet der bislang noch unveröffentlichte Steuerriick, wie man legal seine Auslandsbeteiligungen nicht anzugeben braucht?
- Welche Möglichkeiten gibt es, mein Geld sicher zu verstecken?



- Was ist sicherer als ein Nummernkonto?
- Welche Unterlagen sollte ich zusätzlich in einem ausländischen Safe deponieren?

Aber nicht nur Fragen von solch ziviliser Schlichtheit werden geklärt, die Veranstaltung löst auch brisantere:

- Was müssen wir in einem sozialistischen Deutschland erwarnten?
- Welchen Gefahren ist ein Vermögen in der Schweiz ausgesetzt, wenn Westeuropa von den Russen besetzt wird?
- Wie muss ich eine eventuell notwendige Flucht vorbereiten?

Sonst noch Fragen? – Mitmachen darf fast jeder, ausgenommen sind alle Personen, die direkt oder indirekt in Staatsdiensten stehen und mit der Erhebung, Einziehung oder Festsetzung von Steuern beschäftigt sind, denn sonst würde's zu legal. Kosten tut es eine Kleinigkeit (gemessen an den zu erwartenden Profiten): Teilnehmer 640 Franken, Begleiter (Ehegattin oder Tochter) 260 Franken. – Und die Söhne, fragt ein solcher? Ach ja, die sind ja Teilnehmer . . .

Apropos Teilnehmer. Da es aus Gründen der Vertraulichkeit keine Teilnehmerliste gibt, verpflichtet sich der Teilnehmer, weder zu fotografieren noch Tonbandaufzeichnungen der Fragen und Antworten anzufertigen sowie die erhaltenen Auskünfte nur persönlich oder für den eigenen Geschäftsbetrieb zu nutzen. (Anwesend sein werden, ausser den ehrbaren «konzept»-Leserinnen und -Lesern – Abo 22 Franken – vor allem jene dezent ungeschickten Geldscheffler, die nicht so bombig reüssiert haben, aber noch immer gern würden, nicht anwesend sein wird die hohe Wirtschaftsstatistik.)
 Steigen tut die Fete am 15./16. November im Hotel «Hilton International», 14 Uhr. Meet you there. (PS: Das Ding heisst Holbach-Seminar. Baarerstr. 8, 6300 Zug, Schweiz.)

U. Güng (verschiert, alles Kursive vom Holbach-Prospekt abgeschrieben zu haben)

der), da sich solche erfahrungsgemäss am wenigsten anmelden.
 Anmeldung und weitere Auskünfte bei Armin Kull, Alte Post, 6105 Schachen.

Film über den Hitler-Attentäter Bavaud

Der über zwei Stunden lange Film von Vili Hermann, Niklaus Meienberg und Hans Stürm über den Schweizer Hitler-Attentäter Maurice Bavaud, «Es ist kalt in Brandenburg», läuft ab Mitte November in Zürich (Movie 1), ab Dezember in Basel (Camera) und ab Januar 1981 in Bern (Kellerkino) an. «konzept»-Leser kennen dieses für die Schweizer Regierung allerhöchste unruhigliche, ja skandalöse Kapitel Geschichte aus einem Beitrag der Filmautoren: «Schwierigkeiten beim Schiessen auf Adolf Hitler» (in «das konzept», Nr. 1/79).

Eisbrecher

Noch rechtzeitig vor der Seegfrömi hat der Zürcher «Eisbrecher» seine Knackarbeit aufgenommen. Löcher gebrochen werden sollen vor allem in der Wand des Schweigens unserer Medien. Ganz allgemein will der «Eisbrecher» überall dort zur Stelle sein, wo sich die Dinge verhärteten, wo sie erstarren. Natürlich arbeitet er in und über Zürich. Deshalb erhalten ihn Zürcherinnen und Zürcher an den Wochenenden in den Beizen und auf der Gass. Aber auch für andere Leute, die wissen wollen, was in der Hauptstadt des Geldes und der Bewegung geht, ist der «Eisbrecher» gekommen. (Verkäufer bezahlen 50 Rappen, Verkaufsstellen 1 Franken. Jeweils ab Freitagabend im Paranoia City Laden St.-Jakob-Str. 39, zu beziehen.)

Auswärtige Interessenten können die Zeitung bestellen bei: Pressegruppe der Zürcher Jugendbewegung, Baslerstr. 106, 8048 Zürich.

Frauen-Filmtage Zürich

Vom 17. bis 19. November finden im Zürcher Kino *Commercio* Frauen-Filmtage statt. Jeweils um 15, 17, 19 und 21 h werden ältere und neue Filme zu den Themen «Frauen und Ausbildung», «Frauen und Berufsarbeit» und «Frauen und Gewerkschaften» gezeigt. Den Zyklus eröffnet «Dienstjahre sind keine Herrenjahre», ein neuer Schweizer Film über das Welschlandjahr (und danach). Beendet wird er mit dem Klassiker «Salt of the Earth». Am 26. November wird im Volkshaus über diese Filme, über Frauenausbildung und -arbeit diskutiert.

Das detaillierte Programm ist erhältlich bei: Arbeitsgruppe FBB/Ofra, Frauenausbildung, Postfach 3170, 8031 Zürich.

TIP · TIP · TIP ·

Die Elite

Hanspeter Kriesi: «Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik». Campus Verlag, Oktober 80. Preis: 78 Fr.

Der 789 Seiten dicke Schunken des Zürcher Soziologen Dr. Hanspeter Kriesi trägt keine grossen neuen theoretischen Einsichten über das Wesen des spätkapitalistischen Staates vor. Sein Gebrauchswert liegt auf anderer Ebene: die Untersuchung liefert eine präzise und differenzierte strukturelle Beschreibung von Zustand und Praxis schweizerischer Politik. Sie liefert zum zweiten stich- und hiebsteigend Material, das, weil aus der Befragung der politischen Mächtigen selber stammend, schwer widerlegbar ist.

Kriesi wählt, von Experten beraten und mittels «informierter Willkürr», aus den Männern und Frauen des politischen Lebens der Jahre 1971–1976 jene 298 aus, die mutmasslich am meisten Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben. Diese 298 unterzog er, unterstützt von Mitarbeitern, Ende 1978 einem mehr als anderthalbstündigen Interview. Seine Auswahl wurde durch die Untersuchung recht gut bestätigt.

Die Untersuchung beruht auf der Grundvorstellung, dass die Mächtigen selber am meisten Information besitzen und dass sich verzerrte Sichtweisen insgesamt weitgehend aufheben. Im Einzelfall dürfte letzteres nicht zutreffen. Nicht Eingang gefundene haben die grauen Eminenzen ohne Amt und Ehren in der offiziellen Politik.

Das Buch ist die Habilitationsschrift von Kriesi, also ein hochwissenschaftliches Werk, das entsprechende Lesensprüche stellt. Immerhin übt Kriesi bezüglich des Jargons wuchtige Selbstbeschränkung, so dass das Buch mit gutem Willen auch von Nichtfachleuten gelesen werden kann.

Handicamps 1981

1981, im Jahr der Behinderten, wird der Service Civil International wiederum Handicamps – gemeinsame Ferien von Behinderten und Nichtbehinderten – organisieren. Im November wird ein erstes Vorbereitungstreffen stattfinden. Gesucht werden deshalb schon jetzt Freiwillige und Kinder, behinderte und nichtbehinderte, die am Handicamp 81 teilnehmen möchten. Auch ein späteres Dazustossen zur Gruppe ist nicht ausgeschlossen. Es besteht die Möglichkeit, eigene Kinder ins Handicamp mitzunehmen. Besonders gesucht sind Leichtbehinderte (Erwachsene und Kin-

- Heinz Allenspach, 52**
lic. oec., Direktor des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, seit 1979 Nationalrat, Gemeindepolitiker in Fallanden, FDP, Major, 1 Verwaltungsratssitze
- Prof. Dr. Jean-François Aubert, 49**
Jurist, Ordinarius für Verfassungsrcht an der Uni Neuenburg, 1971–79 Nationalrat, seit 1979 Ständerat, Liberale Partei der Schweiz (LPS)
- Rudolf Bieri, 60**
Jurist, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Gemeindepolitiker in Zollikofen, FDP, Oberst im Generalstab, 3 Verwaltungsratssitze
- Jean Pierre Bonny, 49**
Jurist, Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Gemeindepolitiker in Bremgarten, FDP, Oberstleutnant, 2 Verwaltungsratssitze
- Dr. Raymond Broger, (†)**
1916–1980, Jurist, ab 1966 Landammann, ab 1971 Ständerat, Ombudsmann der Versicherungen, Präsident des Reklameverbands, Mitglied des Hofer-Clubs, Mitglied des Europarats, CVP, 3 Verwaltungsratssitze
- Ernst Brugger, 66**
Lehrer, 1947–59 Kantonsrat Zürich, 1970–78 Bundesrat (Volkswirtschaftsdepartement), 1974 Bundespräsident, FDP, Major, 2 Verwaltungsratssitze
- Dr. Georges-André Chevallaz, 65**
Fachgebiet Wirtschaftsgeschichte, 1959–73 Nationalrat, seit 1973 Bundesrat (bis 1979 Finanzdepartement, seit 1980 Militärdepartement), FDP, Major, 1 Verwaltungsratssitze
- Dr. Otto Fischer, 65**
Nationalökonom, bis Ende Juli 1970 Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, Präsident des Instituts für Unternehmensrechnung im Gewerbe, seit 1967 Nationalrat, FDP, 1 Verwaltungsratssitze
- Dr. Kurt Furgler, 56**
Jurist, 1954–71 Nationalrat, 1963–71 Fraktionspräsident, seit 1971 Bundesrat (Justizdepartement), 1977 Bundespräsident, CVP, Oberstbrigadier
- Fritz Honegger, 63**
oec. publ., Präsident der Zürcher Handelskammer, 1957–75 Kantonsrat, 1967–77 Ständerat, 1974 Präsident der FDP Schweiz, seit 1977 Bundesrat (seit 1978 Volkswirtschaftsdepartement), FDP, Oberst, bis 1976, 22 Verwaltungsratssitze
- Helmut Hubacher, 54**
Techniker, Sekretär des Gewerkschaftskartells Basel, SP-Präsident und Parlamentarier, seit 1963 Nationalrat, SP, 1 Verwaltungsratssitze
- Dr. Paul R. Jolles, 61**
Jurist, Botschafter, Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, 1973–76 Präsident des Exekutivausschusses der OECD, 1976 Leiter der Schweizer Delegation an der Nord-Süd-Konferenz, FDP, 2 Verwaltungsratssitze
- Dr. Waldemar Jucker, 56**
Jurist, 1957–74 Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, seit 1976 Delegierter für Konkursfragen, SP, 1 Verwaltungsratssitze
- Etienne Junod, 66**
Jurist, 1958–77 in der Generaldirektion von Hoffmann-La Roche, 1970–76 Präsident des Vororts, in Pension, FDP
- René Jupp, 58**
Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbands, Mitglied Wirtschaftsdlegation des Bundesrats, Mitglied der Bankerkommission und des Bankrats der Schweizerischen Nationalbank, SVP, Major
- Prof. Dr. Francesco Kneschaurek, 56**
Dr. oec., Ordinarius für Volkswirtschaft und Statistik an der Hochschule St. Gallen, seit 1973 Delegierter für Konkursfragen, Leiter St.-Galler Zentrum für Zukunftsforschung, der CVP nahestehend
- Prof. Dr. Hans Letsch, 56**
oec. publ., Direktionspräsident der Verzikerei Zug, Titularprofessor für Fragen der Finanz- und Steuerpolitik, 1971–79 Nationalrat, seit 1979 Ständerat, FDP, 8 Verwaltungsratssitze
- Dr. Fritz Leutwiler, 56**
Nationalökonom, seit 1968 Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, seit 1974 Präsident, FDP, Hauptmann, 2 Verwaltungsratssitze
- Willi Ritscher, 62**
Heizungsmonteur, 1964–73 Regierungsrat, seit 1973 Bundesrat (bis 1979 Verkehrs- und Energie-wirtschaftsdepartement, jetzt Finanzdepartement), SP
- Dr. Leon Schlumpf, 55**
Jurist, 1965–74 Regierungsrat Graubünden, 1965–74 Nationalrat, 1974–78 Ständerat, 1974–78 Preisüberwacher, seit 1980 Bundesrat (Verkehrs- und Energie-wirtschaftsdepartement), SVP, bis 1980, 1 Verwaltungsratssitze
- Prof. Dr. Leo Schürmann, 63**
Jurist, Fürsprecher, Generaldirektor Nationalbank, zukünftiger Generaldirektor SRG, 1957–69 Kantonsrat, 1959–73 Nationalrat, 1973 Preisüberwacher, 1974 Präsident Nationalbank, CVP, Oberst, 2 Verwaltungsratssitze
- Dr. James Schwarzenbach, 69**
Historiker, Verleger, 1967–71 Nationalrat der Nationalen Aktion, 1971 Gründer der Republikanischen Partei, 1971–79 Nationalrat, 1971–78 Parteipräsident Republikaner, Major, 2 Verwaltungsratssitze
- Dr. Edwin Stopper, 68**
Ökonom, 1966–74 Präsident Nationalbank, CVP, 6 Verwaltungsratssitze
- Prof. Dr. Hans Peter Tschudi, 67**
Jurist, 1956–59 Ständerat, 1959–73 Bundesrat, Departement des Innern, 1965 und 1970 Bundespräsident, SP, 1 Verwaltungsratssitze
- Dr. Gerhard Winterberger, 58**
rer. pol., Mitglied der Schweizerischen Delegation für die Verhandlungen mit der EWG, seit 1970 Direktor des Vororts, FDP

Die 27 mächtigsten Männer der Schweiz

Eine Region gegen den Ringier-Konzern

«Nein! Diese Suppe essen wir nicht»

«Beutelsuppen mögen im Glarnerland gleich schmecken wie im Emmental – innenpolitische Informationen tun dies nicht und verdienen deshalb eine je verschiedene Zubereitung»: Derart scharf kommentierte die «NZZ» den Entscheid von Ringier-Konzernchef Oswald, den Chefredaktor der «Luzerner Neuesten Nachrichten», Jürg Tobler, zu entlassen und das Konzept der Zeitung zu ändern. Bei der Bevölkerung der Innerschweiz stiess das beabsichtigte «Boulevard»-Projekt auf Ablehnung, so sehr, dass eine neue Tageszeitung möglich erscheint.

«das konzept»: Oswald hat euch vorgeworfen, die «LNN» seien zuwenig «lesernah» geschrieben. Wie stellt ihr euch dazu?

Beny: Für Oswald und für den neuen Chefredaktor Christian Müller bedeutet «Lesernähe» eine möglichst grosse Anbiederung an den Leser. Ich glaube, wir waren auch «lesernah», aber indem wir

Nicolas Lindt sprach mit zwei ehemaligen «LNN»-Redaktoren: Roger Blum (55), Ex-Inlandredaktor, und Beny Kieser (32), bisher stellvertretender Leiter im Lokalesort.

den Leser als mündigen Bürger betrachten. Früher gab es hier nur die parteigebundene Presse, die den Lesern nichts als Meinungen vorsetzte, gleichzeitig aber wichtige Informationen tötete. Der Leser wurde bei Abstimmungen oder Wahlen dazu erzoget, nicht selber zu entscheiden, sondern sich nach der

Warum wurden die «LNN» zur grössten Innerschweizer Tageszeitung, was machte sie so beliebt bei den Lesern?

Beny: Vor allem ihre Überparteilichkeit. Früher gab es hier nur die parteigebundene Presse, die den Lesern nichts als Meinungen vorsetzte, gleichzeitig aber wichtige Informationen tötete. Der Leser wurde bei Abstimmungen oder Wahlen dazu erzoget, nicht selber zu entscheiden, sondern sich nach der

«LNN» (parteionabhängig)
64 000 Auflage (58 000 Abonnenten)
«Vaterland» (CVP)
48 000 Auflage (40 000 Abonnenten)
«Luzerner Tagblatt» (Liberaler Partei, Luzerner Version der FDP)
24 000 Auflage (20 000 Abonnenten)

Parole der Zeitung zu richten. In den «LNN» musste der Leser sich selber ein Urteil bilden. Das hat viele Leser wohl zunächst verunsichert, aber gleichzeitig wurde ihnen bei der Lektüre der «LNN» bewusst, dass sie über viele Themen vorher gar nicht richtig informiert waren. In den «LNN» konnten auch die Linksparteien zu Wort kommen. Gerade die POCH sind in Luzern ziemlich stark geworden, deshalb verdienen sie auch eine

entsprechende Berichterstattung in der Presse.

... und schon wurden die «LNN» von Unternehmenseite als «linke» Zeitung bezeichnet ...

Roger: Ja, aber wir wollten nie ein «linkes» Blatt, etwa im Stil der «POCH-Zeitung», machen, auch wenn wir in unseren Kommentaren manchmal eher linke Positionen vertraten. Für uns standen aber immer journalistische Kriterien im Vordergrund.

Gab es keine politische Zensur von Seiten des Ringier-Konzerns?

Roger: Wir in der Redaktion spürten da nur wenig. Wenn überhaupt, dann wandte sich Oswald an den Chefredaktor. Ich rechne es Jürg Tobler hoch an, dass er Druckversuche immer von uns abgescrimt hat. Er verteidigte uns gegen oben. Viel eher fühlten wir uns durch Christian Müller eingeschränkt, den neuen Chefredaktor, der bis dahin Verlagsleiter der «LNN» war. Er wollte, dass wir inserentenfreundlicher schreiben, dass wir mehr PR-Artikel machen.

Was beabsichtigte Oswald mit der Entlassung Toblers und mit der Konzeptänderung?

Roger: Er strebt eine Monopolstellung



an, dazu brauchen die «LNN» aber massiv mehr Leser und mehr Inserenten. Seitdem «Vaterland» und «Tagblatt» ihren Inserentenpool («Tandem») gegründet haben, sind die «LNN» nicht mehr dominiert auf dem Inseratenmarkt. Um den ersten Platz zurückzuerobern,

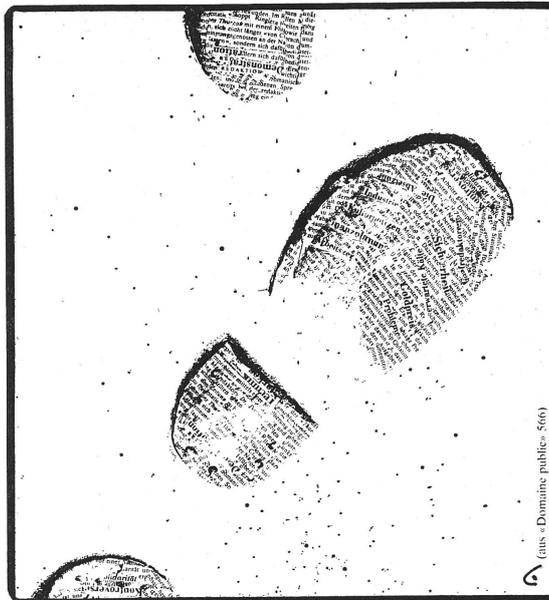
müssen die «LNN» den beiden anderen Zeitungen Leser wegnehmen, ja es besteht die Absicht, gerade das «Tagblatt» völlig zu verdrängen oder eines Tages in die «LNN» zu integrieren. Aber wir glauben nicht, dass die Rechnung Oswalds aufgeht.

Beny: Der Ringier-Konzern ignoriert völlig, dass die Innerschweizer Mentalität keine Grosstadtmentalität ist. Schon die aggressive Werbekampagne für die «LNN» hat die Leute hier völlig vor den Kopf gestossen. Die Verlagsleitung beschloss letzten Herbst, die «LNN» jeden Freitag gratis zu verteilen – an alle Haushaltungen in der Agglomeration Luzern. Viele Leser waren empört, und sämtliche anderen Zeitungen liefen Amok. Die Entrüstung war so gross, dass uns nachher gewisse Leute keine Auskunft mehr geben wollten: Für eine Zeitung, die darat massiv auf dem Markt vorgeht, gebe ich meinen Namen nicht her, das ist uns hier fremd in der Innerschweiz, wurde uns gesagt. – Es gab schon kritische Stimmen, als Ringier den Bucher-Verlag aufkaufte vor ein paar Jahren und sich damit die «LNN» einverleibte. Jetzt besteht hier kein Vertrauen mehr, der Ringier-Konzern stösst auf einhellige Ablehnung.

Trotzdem hat mich erstaunt, wie breit und auch wie entschlossen der Widerstand ist. Nur schon der Schweigmarsch am 1. November: So viele Menschen demonstrieren schon lange nicht mehr in Luzern ...

Beny: Eine Zeitung wie die «LNN» bedeutete für die Region eine Öffnung gegen aussen. Die geplante Luzerner Hochschule hätte auch eine solche Öff-

nung ermöglicht, aber sie war offenbar dem Volk zu teuer und wurde abgelehnt. Um so wichtiger ist jetzt die Erhaltung einer Zeitung, wie es die «LNN» bisher waren. Deshalb haben auch wir Journalisten uns so stark dafür eingesetzt. Aber die Herren im Ringier-Konzern denken



Meinungsfreiheit

Zeichnung: Martial Leizer

immer noch, dass es uns vor allem um unsere journalistische Eitelkeit ging, sie werden nie begreifen, dass es um viel mehr geht und dass wir deshalb auch den Arbeitsplatzverlust in Kauf nahmen.

Warum habt ihr eigentlich nicht gestreikt?

Roger: Ein Streik hätte innerhalb der Redaktion eine Spaltung bewirkt. Ausserdem wäre Ringier in der Lage gewesen, die Zeitung weiter herauszugeben, es war bereits eine Notredaktion vorgesehen. Es wäre auch schwierig gewesen, die Solidarität mit dem Druckereipersonal herzustellen, denn die Druckerei ist in Adligenswil, und druckt auch noch andere Sachen, sodass unsere Beziehungen zu den Kollegen dort nicht so eng waren. Hinzu kommt noch, dass wir mit dem Streik viele Leser, die uns unterstützen, vor den Kopf gestossen hätten.

Der «Fall LNN» ist ja kein Einzelfall. Wie erklärt ihr euch den starken Druck auf die Presse in letzter Zeit?

Roger: Ich muss da etwas ausholen: Vor der Rezession hatte es immer gegeben, es gibt keine Krisen mehr, der Kapitalismus hat sich bewährt. Die Rezession stellte das radikal in Frage. Darauf reagierten die Wirtschaftsführer zu nächst rein ökonomisch, sie versuchten, die wirtschaftliche Position der Schweiz mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Jetzt versuchen sie, das Vertrauen in das kapitalistische System wiederherzustel-

len, sie versuchen, es politisch und ideologisch besser abzusichern – und deshalb wollen sie auch eine systemfreundlichere Presse. Dahinter steckt gar keine langfristige Strategie, sie wollen einfach keine Presse, die durch kritische Artikel ständig wieder Unruhe, Verunsicherung auslöst. Vor allem so erkläre ich mir den gewachsenen Druck auf die Presse, auf die Pressefreiheit. Es ist eine Art Säuberungsprozess, der zuerst stattfindet, anders kann ich es nicht nennen.

Neue Tageszeitung geplant

Nach dem Sturm um die «LNN» hat sich ein Patronatskomitee politisch unabhängiger prominenter Innerschweizer gebildet, das nun eine neue Tageszeitung lancieren will. «Das Projekt wäre ein Experiment, etwas, was es in dieser Form wohl noch nie gab», sagt uns Beny Kieser und ein Zeichen dafür, dass man sich von einem Grosskonzern nicht alles gefallen lassen muss. Beny und weitere bisherige «LNN»-Redaktoren werden voraussichtlich bei der neuen Zeitung mitmachen, die bereits ab Januar 81 erscheinen soll. Finanziell soll das Projekt möglichst breit abgestützt werden, man will «Volkspaktien» ausgeben, wobei niemand mehr als 5% des Kapitals zeichnen darf. Noch vor dem 20. November müssen sich 20 000 Leser mindestens zu einem Halbjahresabonnement verpflichten, damit das Experiment überhaupt gestartet werden kann.

Vorbeuge-Entlassungen bei der «Thurgauer Zeitung»

Verbannung aus dem Meinungs-Gau

Bei der «Thurgauer Zeitung» rollten die Köpfe: zuerst jene von vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, schliesslich jener des Chefredaktors, Daniel Witzig. Die Gründe für die Entlassungen erfuh ein Entlassener im Telefongespräch mit dem Verlagsdirektor der Huber & Co. AG (wo die «Thurgauer Zeitung» erscheint), Dr. Heinrich Bischoff. Wir zitieren aus dem Gedächtnisprotokoll von Jürg Frischknecht.

Freitag, 10. Oktober 1980

Nachmittags, Bahnhofbuffet Zürich, 1. Stock: Chefredaktor Daniel Witzig hat mich zu einem Treffen bestellt. Im Auftrag der Geschäftsleitung bittet er mich, vorläufig auf eine Mitarbeit bei der «Thurgauer Zeitung» («TZ») zu verzichten. Für weitere Auskünfte verweist er mich an den Verlagsdirektor Dr. Heinrich Bischoff.

Später Nachmittag, über einstündiges Telefongespräch mit Dr. Bischoff: Ich bitte Dr. Bischoff um nähere Angaben zum Schreibverbot, das für mich völlig überraschend kommt. Insbesondere interessiert mich, weshalb die «TZ» mich in Eigeninseraten wiederholt als «hochqualifizierten Journalisten» bezeichnet und erst kürzlich noch in einer Werbebroschüre auch mit meinem Namen haustert und jetzt plötzlich auf eine weitere Mitarbeit verzichtet. Und natürlich möchte ich gerne wissen, was «vorläufig» heissen soll.

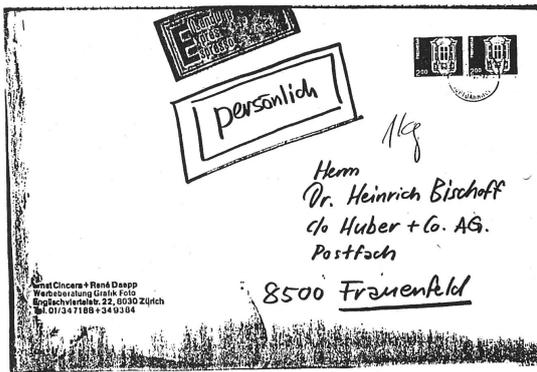
Die Geschäftsleitung habe Chefredaktor Witzig bei der Wahl der Korrespondenten völlige Freiheit gelassen. Das Eigeninserat mit den Photos der Inlandkorrespondenten sei im April versehentlich in die Zeitung gekommen, bevor die Geschäftsleitung das Inserat gesehen habe. Nach dem Erscheinen dieses Inserats habe der Verwaltsrat den Auftrag gegeben, zu schauen, wer eigentlich für die

«TZ» arbeite. Deshalb prüfe man jetzt bei jedem Mitarbeiter, ob dessen Grundhaltung mit der Grundhaltung der «TZ» vereinbar sei. Die Attacke von Cincera, die er auch nicht goutierte, habe diese Überprüfung also nicht ausgelöst, sondern lediglich beschleunigt. Bei dieser Überprüfung gehe es nicht um das, was die betreffenden Korrespondenten in der «TZ» geschrieben haben, sondern um deren politische Grundhaltung. Auf jeden Fall wolle man die von Witzig eingeleitete Öffnung der «TZ» nicht reduzieren, sondern im gleichen Rahmen weiterpflegen.

Mich interessiert, weshalb ich fast ein Jahr in die «TZ»-Grundhaltung gepasst habe und jetzt plötzlich nicht mehr.

Es sei ja allgemein bekannt, dass ich links extreme Ansichten vertritt. Ich würde doch die freie Wirtschaft und die staatliche Grundordnung in Frage stellen.

Mich nimmt wunder, woher Dr. Bischoff das alles weiss, haben wir doch nie miteinander diskutiert. Ich verwarne mich gegen die Unterstellung, die demokratische Grundordnung in Frage zu stellen. Politisch habe ich mich bisher vor allem bei der Verteidigung demokratischer Grundrechte exponiert. Ich bitte um konkretere Belege für meine offenbar unpassende Grundhaltung.



Bombenleger Cincera

Ein Sprengstoffpaket ganz besonderer Art hat der immer noch geschätzte Ernst Cincera am 17. Oktober 1980, zwischen 16 und 17 Uhr, eigenhändig adressiert der Post am Zürcher Hauptbahnhof übergeben: ein Kilogramm Abchussmaterial gegen neun Korrespondenten der «Thurgauer Zeitung». Die Bombe war bei Heinrich B., so gut plaziert, dass es auch noch den Chefredaktor erwischte, der sich fahrlässigerweise vor die Korrespondenten gestellt hatte. (Originalton des Huber-Verlags: «Mit Cincera hat unsere Säuberung nichts zu tun. Wir verwarfen uns gegen alle Druckversuche.»)

Meine Haltung zur freien Wirtschaft geht aus dem kürzlich im «konzept» erschienenen Artikel zum Tel-Sat-Projekt hervor (Frontartikel in Nr. 10/80). Was ich dort geäußert habe, sei nicht die richtige Einstellung zum Unternehmertum.

Welches ist denn die richtige Einstellung? Ich weise darauf hin, dass der «konzept»-Artikel keineswegs die Abschaffung der freien Wirtschaft fordert, sondern lediglich postuliert, das neue Medium Satellitenfernsehen nicht vorwiegend aller medienpolitischen Weichen-

stellungen der freien Wirtschaft zu überlassen.

Es gehe vor allem um einzelne Formulierungen wie «Verkaufstricks der Kommerzler». Im übrigen geht es natürlich nicht nur um den Tel-Sat-Artikel, auch wenn er jetzt nur diesen zur Hand habe.

Ich betone, dass ich meine politischen und sonstigen Ansichten jederzeit offen erkläre habe. Ich bin jederzeit bereit, über meine journalistische Arbeit und Berufsauffassung zu diskutieren.

Es gehe nicht nur um das Geschriebene, die journalistische Leistung. Ganz

allgemein müsse sich die «TZ» überlegen, ob jemand, der SP-Mitglied ist, in der «TZ» als Redaktor oder Korrespondent arbeiten könne. Chefredaktor Witzig bejah diese Frage, er verneine sie. Die «TZ» wolle trotz der Öffnung, die eine Öffnung nach links gewesen sei, bürgerlich bleiben. (...)

Mich nimmt wunder, in welcher Weise durch meine Mitarbeit das Gesamtinteresse der Firma tangiert wird. Sind wegen meiner Mitarbeit wirtschaftliche Druckversuche vorgekommen?

Nein, abgesehen von Cinceras Attacke sei meinewegen von keiner Seite ein direkter Druck auf die «TZ» ausgeübt worden. Auch nicht seitens der «Allgemeinen Militärzeitschrift» oder des «Strassentransports», die beide bei Huber gedruckt werden. Vom redaktionellen Konzept her sei meine Mitarbeit richtig gewesen, trotzdem müsse man leider im Gesamtinteresse des Verlags darauf verzichten. Die «TZ» mache halt nur einen Teil des Verlagsumsatzes aus, deshalb spiele eine Rolle, welchen Ruf ich bei möglichen Kunden des Verlags habe. Beispielsweise drucke Huber den «Thurgauer Bauer», und dem sei nicht gleichgültig, welches Gesicht die «TZ» habe. Oder wenn man sich um eine neue Zeitschrift bewerbe, so genüge in der harten Konkurrenz ein Hinweis eines Mitbewerbers, in der «TZ» könnten Leute wie ich schreiben – und schon sei man draussen. Seit dem Erwerb der Druckerei Bircher + Schiesser AG im Jahr 1977 sei der Verlag Huber stark im Verpackungsbereich engagiert, hier seien vor allem die grossen Werbeagenturen Kunden. Wenn man mit diesen Agenturen im Geschäft bleiben wolle, so werde man als Geschäftsfirma beurteilt. Auch Witzig müsse noch lernen, das Gesamtinteresse der Firma im Auge zu haben, wozu er als eines der fünf Geschäftsleitungsmitglieder wohl oder übel verpflichtet sei.

Widerstand gegen Wachdienst mit scharfer Munition wird stärker

SCHARFE WACHE

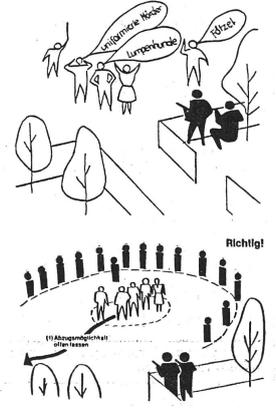
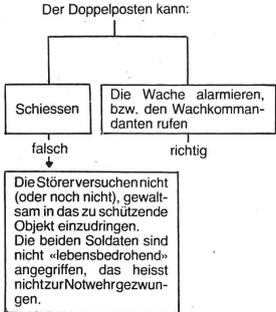
Von einer Gruppe Soldaten*

Der Wachdienst mit scharfer Munition ist im umstrittenen Dienstreglement 80 verankert. Die Militärgewaltigen nehmen offenbar Zwischenfälle, bei denen Leben gefährdet wird, in Kauf. Die Absicht: Hetze gegen die innere Opposition. Beweis: Beispiele in einem Merkblatt zum Wachdienst, nur für dienstlichen Gebrauch.

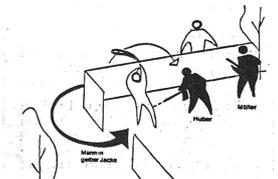
Seit Anfang Jahr sieht es in manchen Dörfern, auf Schulhausplätzen, bei militärischen Unterkünften, Depots und Fahrzeugparks wie im Krieg aus: Sandsäcke, Stacheldrahtverhaue, Warnplakate, Soldaten mit dem geladenen Gewehr im Anschlag. Das alles ist die Folge des neuen Wachbefehls im Dienstreglement 80 (DR 80). Ziffer 276.1 schreibt vor: *«Der Wachdienst wird mit Kampfmunition geleistet.»* Wie sich die Militärs diesen Wachdienst ausmalen, zeigt das Merkblatt «Wachdienst mit Kampfmunition» (nur für dienstlichen Gebrauch!), in dem neun Fallbeispiele beschrieben werden. Autor ist Ausbildungschef Korpskommandant Wildbolz.

Beispiel 9

Ausgangslage: Die Soldaten Huber und Müller sichern als Doppelposten den Zugang zum militärischen Objekt T. Zwei Zivilpersonen erscheinen und versuchen, die Soldaten in ein Gespräch zu verwickeln. Sie wollen mit ihnen über die «... Schweinerei mit den scharf geladenen Waffen» diskutieren. Da die Posten beharrlich schweigen, werden sie wütend. Einer der beiden betritt den abgeschränkten Raum, zieht eine Velokette unter der Jacke hervor und führt damit einen heftigen Schlag gegen Soldat Huber aus. Dieser kann mit knapper Not ausweichen und ruft «Halt!». Als der Angreifer nicht reagiert, sondern zum zweiten Mal ausholt, schießt Huber auf ihn. Der zweite Störer ergreift die Flucht, ohne sich um seinen getroffenen Kameraden zu kümmern. Weiteres Verhalten des Doppelpostens: Unverzüglich den Wachkommandanten über den Vorfall orientieren (Arzt anfordern). Dem Verwundeten Erste Hilfe leisten.



(1) Dieser Grundsatz ist wichtig, da allesittiges eingeschlossen ist: Die Störer zum Angriff provozieren kann («Flucht nach vorne»).



Schlussfolgerung: Soldat Huber hat richtig gehandelt: Er wurde lebensbedrohend angegriffen und handelte in klarer Notwehr (eine Velokette ist eine äusserst gefährliche Waffe). (DR Ziffer 256) Er hat den Angreifer vor dem Waffeneinsatz gewarnt (auch bei Notwehr soll dem Waffengebrauch womöglich eine Warnung vorangehen). (DR Ziffer 256) Soldat Müller wäre an sich berechtigt gewesen, den Fliehenden zu stellen und vorläufig festzunehmen.

Der innere Feind

Feindbild Nummer eins des Militärs sind längst nicht «nur» die Roten aus dem Osten, sondern auch die innenpolitische Opposition. Schon 1973 zielten die Chefideologien des EMD mit der Gesamtverteidigungskonzeption in diese Richtung. Sie stellten «in zunehmendem Masse rechtswidrig, gegen unseren Staat und unsere Gesellschaftsordnung gerichtete Handlungen» fest. Und dass «ihre Urheber, ob sie zugunsten eines fremden Staates, im Banne einer fremden Ideologie oder aus anarchistischen Motiven handeln, innerstaatliche Gegensätze und alle Formen des politischen oder gesellschaftlichen Unbehagens von Bevölkerungsgruppen für ihre Zwecke ausnützen». «Kampfformen» dieser Gegner sind «politisch-psychologische, aber auch terroristische Mittel». Auch in den WK sind Terroristen, Saboteure und Armeegegner beliebte Übungsbeispiele.

Über den Gegner weiss man beim Militär überhaupt genau Bescheid: «Der Gegner kann einzeln oder in kleinen Gruppen auftreten (nur ausnahmsweise als geschlossener Stosstrup). Einsatz von Leichtflugzeugen oder Helikoptern auf Seiten des Gegners ist nicht auszuschliessen (Luftbeobachtung).»

Beispiel 7

Ausgangslage: Die Soldaten Huber und Müller sichern als Doppelposten den Zugang zum militärischen Objekt G. Eine Gruppe Zivilpersonen erscheint und belästigt den Posten aus einiger Distanz mit herabwürdigenden Zurufen und drohenden Gebärden (Fäuste schüttern, Holzstöcke schwenken, Gebäude des «Halsabschneidens» machen usw.).

daten mit unflätigen Schimpfwörtern. Befehl des Wachkommandanten: «Trupps Schweizer und Steiner Gewehre umhängen! - Trupp Schweizer den Mann, Trupp Steiner die Frau - festnehmen und abführen - marsch!»

Sturmgewehre nicht gefragt

Ausser der Abwehr terroristischer Überfälle soll die scharfe Wache, laut EMD, auch vor vermehrten Waffendiebstählen schützen. In den letzten zehn Jahren wurden allerdings 959 private Gewehre gestohlen, aber nur 392 Sturmgewehre - vor allem aus Kellern, Estrichen und auf Bahnhöfen. Das EMD konnte auch keinen einzigen Diebstahl nennen, bei dem die bisherige Wachdienst nicht ausgereicht hätte.

Anstatt Schutz vor ominösen Bedrohungen bringt der Wachdienst eine grosse Unfallgefahr mit sich. Noch im alten Dienstreglement (DR 67) konnte man lesen, dass durch den bei erhöhter Gefahr mit geladener Waffe versehenen Wachdienst «für unbeteiligte Dritte erhöhte Gefahren und Beeinträchtigungen» entstünden. Deshalb sollte ein solcher Wachdienst nur angeordnet werden, «wenn die Lage dazu zwingt (Ziffer 299)».

EMD: «Keine Zwischenfälle»

Die Pressestelle der Eidgenössischen Militärverwaltung betonte auf Anfrage, in diesem Jahr habe es beim Wachdienst mit scharfer Munition noch keine Zwischenfälle gegeben. Beim Militär versucht man, solche Vorkommnisse so diskret wie möglich zu behandeln, doch kommen immer wieder Informationen an die Öffentlichkeit.

● Bei der Stabs Kp der Ls RS 47 in der Verlegung in Döttingen krachte bei einer Wachablösung ein Schuss mitten auf dem Schulhausplatz und riss ein faustgrosses Loch in den Teerboden. Glücklicherweise wurde keines der zahlreichen Kinder auf dem Platz getroffen.

● Ein anderer Zwischenfall ist aus der Schweren Kanonenabteilung 60 bekanntgeworden. Im WK in Bern schoss ein Wachsoldat in der Nacht um sich. Dabei wurden abgestellte Militärfahrzeuge beschädigt.

● Laut Bericht eines Soldaten hat es auch bei der Ls Kp III/4 in Goldach auf der Wache gekracht. Ein Soldat habe auf einen Zivilisten geschossen. Der Schuss sei in die Mauer der Turnhalle geparalt.

Im weiteren zirkulieren unzählige Gerüchte über Zwischenfälle im Wachdienst. Es wäre an der Zeit, dass das EMD klare Angaben macht.

Wann darf geschossen werden?

Im allgemeinen Teil des Merkblatts werden fünf Grundsätze festgelegt, «wel-



«Spielende» Kinder um Wachsoldaten mit Kampfmunition in Zurzach (Ls RS 47)

che der Mann beherrschen muss». Geschossen werden darf «nur» in den folgenden Fällen:

1. Wenn der Angerufene zu fliehen versucht und die Flucht nur durch gezielten Schuss verhindert werden kann.
2. Wenn der Festgehaltene trotz Androhung des Schusswaffengebrauchs zu fliehen versucht und das Entweichen nur durch gezielten Schuss verhindert werden kann.
3. Wenn nur durch gezielten Schuss ein tätlicher Angriff gegen Leib und Leben abgewehrt werden kann.
4. Wenn nur durch gezielten Schuss ein Angreifer abgewehrt werden kann.
5. Wenn nur durch gezielten Einzelschuss verhindert werden kann, dass aus einer Menschenmenge heraus rechtswidrige Gewalttaten gegen die Armee begangen werden.

Irrtum eingeschlossen

Bei solcher Auswahl lässt sich wohl für jede Situation ein Grund zum Schusswaffengebrauch finden. Und überhaupt: «Der Irrtum allein macht das Handeln des Wachsoldaten nicht rechtswidrig. Es kommt nicht darauf an, ob die tatsächlichen Voraussetzungen für den Schusswaffengebrauch wirklich vorliegen. Entscheidend ist vielmehr das Bild, das der Wachsoldat aus der pflichtmässigen Prüfung der ihm erkennbaren Umstände gewonnen hat. Muss der Wachsoldat annehmen, dass warnungloser Schusswaffengebrauch nötig ist, handelt er selbst bei Irrtum rechtmässig.» Diese Überlegung machen die Militärs in Beispiel 3, nachdem ein Patrouillenführer «sofort und ohne Warnung» geschossen hat (und den Verdächtigen oberhalb des Knies trifft). Der verdächtige Unbekannte hatte in die Rocktasche gegriffen. «Die spätere Untersuchung ergibt, dass die Rocktasche leer ist und der Verdächtige keine Waffe auf sich getragen hat. Ebenso bleibt die Suche nach Brandflaschen oder Sprengladungen ergebnislos.»

Was die Armee auch noch soll

Die Armee für den inneren Einsatz aufzurüsten, hatte schon die Revision der «Verordnung über den Truppeneinsatz für den Ordnungsdienst» (VOD) vom Januar 1979 zum Ziel. Nach der Ablehnung der Busipio strebte der Bundesrat auch eine Verbesserung der Ausbildung und Ausrüstung von Truppenteilen für den Ordnungsdienst an. Mit dem neuen Wachdienst sollen die Soldaten offensichtlich jetzt schon daran gewöhnt werden, bewaffnet der zivilen Bevölkerung gegenüberzutreten. Die ganze Bedrohungsysterie dient den Militärs weiter dazu, die zivile Bevölkerung an die Präsenz von bewaffneten Truppen zu gewöhnen. Es erstaunt deshalb nicht, wenn zur Unterdrückung der Zürcher Unruhen schon ein Truppeneinsatz gefordert wurde. Die gleichen Stimmen wurden auch bei Gösigen und im Jura laut. Und: Die Armee war und ist das letzte Mittel der herrschenden Klasse, um ihre Ordnung aufrechtzuerhalten.



Seit zwei Jahren hatte Soldat E. einen kleinen Kleber auf seinem Sturmgewehr aufgeklebt: «AKW - nein danke». Das Gewehr ging deswegen nicht kaputt, jedoch die Stimmung des Majors Bieder, als er den Kleber anlässlich einer Inspektion sichtete. Bieder befahl deshalb, den Kleber zu entfernen. Soldat E. fühlte sich dadurch in seiner Meinungsäusserungsfreiheit eingeschränkt; er weigerte sich, den Kleber zu entfernen, und wurde zu vier Tagen scharfem Arrest verurteilt. - Rechner: Wie viele Tage Arrest bekommen jene, die sich weigern, die AKW zu entfernen ...

In einem Leserbrief an die «LNN» berichtet ein Luzerner Soldat über ein perverses Offiziersschiessein in der Fest Kp III: «Du werden auf Schiessscheibens aus Sechsfeld entnommene Bilder nackter Frauen geklebt. Früher wurden besonders wertvolle Körperteile dieser Frauen markiert und je nach Wert punktiert, dieses Jahr gelten Kopf und Schamgegend als gleichwertig.» Eine nette Gesellschaft, diese Offiziere («das Konzept» hat ihnen vor kurzem ein Gedicht gewidmet, vgl. Nr. 7, 8/80).



Auf die Gefühle kommt es an. Zum Beispiel auf die Gefühle im Bauch von Soldaten, die mit scharf geladenem Gewehr Wache schieben müssen:

«Der Befehl, militärische Wachen mit geladenem Gewehr Posten stehen zu lassen, war so etwas wie ein Entmythologisierungsvorhaben des Wachdienstes ... Im übrigen sollte der Wachdienst aus der Routine des militärischen Schutzbetriebs herausgenommen, sollte gezeigt werden, dass er eine höchst reale, ernste Angelegenheit sei ... Es sollte daran erinnert werden, dass der eigentliche Zweck unserer Armee nicht sei, bei fürstlichen Empfängen mit Ehrenkompanien im Kampfanzug martialisch zu wirken; ihr eigentlicher Zweck sei die Kriegsbereitschaft.»

Die Schau ist vorbei. Schaffi Krieger!
* Peter Dürrenmatt im Falter-Pressedienst 10/80

Das EMD und die Kritiker

Da das DR 80 von einer Arbeitsgruppe unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgearbeitet und sogar unter Umgehung des Parlaments als Erläss des Bundesrats verfügt wurde, konnte sich die Kritik nur noch gegen vollendete Tatsachen richten. Wie die Beispiele aus der Lehrschrift «Wachdienst mit Kampfmunition» zeigen, hat das EMD mit Kritik gerechnet. Die Militärs versuchten, den Wachbefehl mit allen Mitteln durchzusetzen. Soldaten, die den Wachdienst mit sechs Patronen im Gewehr verweigerten, wurden mit bis zu 15 Tagen scharfem Arrest bestraft, gegen einzelne wurde sogar ein militärgerichtliches Verfahren eingeleitet. In mehreren WK-Einheiten protestierten Soldaten mit offenen Briefen an Bundesrat Chevallaz gegen die scharfe Wache.

Das EMD reagierte auf die Forderung nach sofortiger Aufhebung des Wachdienstes mit Kampfmunition sauer: Derartige Eingaben von Soldaten seien «klare Verstösse gegen das Dienstreglement». Ausserdem gebe es in den vorliegenden Fällen Anzeichen dafür, dass «die sogenannten Petitionen Ergebnisse einer gesteuerten Aktion sind.» Bei der Vorstellung des DR 80 anlässlich der Pressekonferenz im Bundeshaus platze Bundesrat Gnägi los: «Mit dieser Massnahme werden wir die Disziplin auf der Wache wiederherstellen.»

Die Kritiker verstummten nicht. Ende Mai stellte sich Oberst H. U. Ernst, Direktor der Eidgenössischen Militärverwaltung, einer Radiodiskussion. Dabei versuchte er, die Bedenken der Gegner zu zerstreuen. Nachdem verschiedene Beispiele von Wachdienst mit Kampfmunition auf Schulhausplätzen erwähnt worden waren, meinte Oberst Ernst dazu: «Ich möchte bitten, das Beispiel mit dem Schulhausplatz nicht immer zu bringen. Wir haben vorher deutlich gesagt, wenn eine Wache geschossen wird auf einem Schulhausplatz, dann hat dieser Kommandant eine Falsch-

beurteilung gemacht. (...) Beim Schulhaus hat eine Wache mit Kampfmunition nichts verloren.»

«Gewehr abgä»

Auch ausserhalb der Armee begannen Soldaten zu protestieren. Am 25. Juni demonstrierten in Basel 35 Soldaten aus Protest gegen den Wachdienst mit Kampfmunition ihre Waffen im Grossratsaal. Diese Aktion «Gewehr abgä» blieb nicht ohne Reaktion von Seiten der Militärs. Als am 7. Juli 6 der 35 Soldaten zu ihrem WK im Luftschutzregiment 21 einrücken mussten, schlug die Militärjustiz zu. Die sechs Soldaten wurden kurz nach dem Einrücken verhaftet, weil sie ohne Gewehr erschienen waren. In Bern übergaben 40 «besorgte Frauen und Mütter» dem EMD eine Erklärung gegen den Wachdienst mit Kampfmunition und für die Freilassung der Verhafteten. Nach fünf Tagen wurden alle sechs Soldaten aus der Untersuchung entlassen. Am Tag darauf demonstrierten in Basel mehrere hundert Leute gegen den Wachdienst mit Kampfmunition und für die Straffreiheit der angeschuldigten Soldaten.

Petition gegen das DR 80

Nach diesen Ereignissen wurde auf Initiative der Soldatenkomitees eine Petition an den Bundesrat lanciert. Neben dem Wachdienst mit Kampfmunition greift diese Petition auch andere Verschärfungen des DR 80 an. Im Zusammenhang mit dem Wachdienst mit Kampfmunition nehmen die politischen Kompetenzen des Militärs bedrohliche Formen an. DR Ziffer 272.1 Beschlagnahme: «Die Polizeivorgänge der Armee beschlagnahmen, soweit es zur Durchsetzung der Polizeigewalt erforderlich ist, die Gegenstände, die den Störern der Ordnung als Mittel dienen (zum Beispiel Waffen, Munition, Flugblätter, Plaka-

te, optische und akustische Instrumente).» DR 273.1 Vorläufige Festnahme: «Wenn keine sivilen Polizei eingreifen kann, ist die Truppe zur vorläufigen Festnahme von Zivilpersonen berechtigt, soweit dies zur Durchsetzung der militärischen Ordnung notwendig ist.»

Auch Zivilisten sind also vor dem Zugriff der Militärs nicht sicher. In den WK werden entsprechende Übungen durchgeführt: Personen- und Fahrzeugkontrollen, Verhaftungen von Zivilpersonen, Strassensperren, Hausdurchsuchungen usw. Instruiert wird solches auch anhand der «Lehrschrift Wachdienst». Bei der Ls Kp III/15 wurden Zivilisten festgenommen, als sie auf öffentlichem Grund den einrückenden Soldaten die WK-Zeitung «Zündschauer» verteilen wollten.

Maulkorb für Soldaten

Um Kritiker in die Illegalität drängen zu können, wird in Ziffer 243 des DR 80 den Soldaten auch das Recht auf politische Betätigung entzogen: «Im Militärdienst stehende Angehörige der Armee dürfen während der Arbeitszeit, im Ausgang wie auch im Urlaub, soweit sie im Gemeinschaftsbereich der Truppe verbleiben, weder Kundgebungen oder Propaganda irgendetwacher Art organisieren noch daran teilnehmen.»

Die Petition, die unterdessen auch von der IdK, der SAP, der PdA, der SKO, den POCH, vom DM und zahlreichen lokalen Gruppen unterstützt wird, fordert:

1. Keine scharfe Munition auf der Wache, Streichung von Ziffer 276.
2. Keine Einschränkung der politischen Rechte in der Armee, Streichung von Ziffer 243.
3. Abschaffung der Polizeigewalt der Armee gegenüber Zivilpersonen, Streichung von Ziffer 272 und 273.

* Dieser Artikel erscheint ungefragt gleichzeitig in der militärkritischen Zeitschrift «virus» und in «tella»

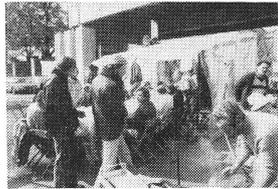
Die letzten Tage im Fiat-Streik

TURIN IM REGEN

Von Res Strehle

Was als «Sieg des Arbeitswillens in Italien» («NZZ») gefeiert wurde, ist allenfalls ein Sieg der unheiligen Allianz von Fiat-Leitung, Streikbrechern, Regierung und Polizei. Für die Arbeiter sieht der ausgehandelte Kompromiss von Fiat und Gewerkschaften eher wie eine aufgeschobene Niederlage aus. Ein Bericht aus Turin schildert die Situation der Streikenden in den letzten Streiktagen.

Am Sonntag schien der Sieg noch greifbar: Es war der 31. Streiktag, der erste Monat war durchgekämpft, und der Produktionsausfall der Fiat wurde inzwischen auf 75 000 Wagen beziffert. (Der Drache war gereizt, aber noch nicht verletzt: Angesichts des achtbaren Lagers unverkaufter Wagen konnte der Zeitpunkt des Produktionsunterbruchs der Fiat-Leitung nicht ungelogen sein.) Der morgendliche Nebel mit Nieselregen wich eben den ersten Sonnenstrahlen. Aufatmen bei den Streikposten, man hatte eine Regenwoche befürchtet – keine guten Aussichten für den Picketdienst. «Wie stehen eure Chancen?» «Werdet ihr gewinnen?» Einer sagt: «Wenn wir einig sind, ja!»



Am Abend dann ein Paukenschlag: Wieder waren Streikbrecher im Dunkel der Nacht über den Zaun ins Werkgelände eingedrungen, um der Firmenleitung (und der Öffentlichkeit) ihren Arbeitswillen zu beweisen. Einer hatte in der Aufregung eine Herzkreislauferkrankung erlitten, war vom spitzen Firmenzaun – der eigentlich als Wertschutz gedacht war – aufgespiess worden und lag jetzt reglos auf dem Pflaster: 48-jährig, Vater von zwei Kindern, gestorben in Treue zur Fiat, die ihn vor drei Jahren zum Vorarbeiter befördert hatte.

Das System der kleinen Privilegien funktioniert: Unter den rund 150 000 Beschäftigten der Fiat-Werke in Turin sind rund 20 000 Häupter («capi») und 130 000 Leiber («operaia»). Die «capi» haben sich überwiegend auf die Seite der Direktion geschlagen. Sie sind zwar auch



ehemalige Arbeiter, waren jedoch besonders tüchtig, haben ein, zwei Kurse besuchen dürfen, dafür verdienen sie jetzt ein paar Rappen mehr pro Monat (das Durchschnittseinkommen bei Fiat beträgt umgerechnet rund tausend Franken) und übersteigen im Ernstfall nachts den Firmenzaun. Am Donnerstag vergangener Woche hatten die «capi» ein Kommando der zehnwertend gebildet, hatten nachts (mit Unterstützung von Fascho-Schlägern) Tor 31 von Mirafiori gestürmt und zahlreiche Verletzte unter den Streikposten hinter sich gelassen.

Ein Sieg des Arbeitswillens? Einer sagt: «Unter den Vorarbeitern sind viele, die sich nur um ihre persönlichen Vorteile kümmern, nur die eigene Situation sehen – und fertig. Der Rest ist ihnen schissenegal, sie ziehen ihren Weg durch, auch wenn dann halt einmal ein Streikposten durchbrochen werden muss. Ich nenne sie Parasiten. Wir haben in den letzten Jahren die Arbeitskämpfe geführt, und keiner von uns hat Freundsprünge gemacht, wenn er dabei Geld verlor. Sie aber blieben hinten, haben am Daumen gelutscht und nachher wieder kassiert. Die haben jetzt kein Recht reinzugehen.»

Am Montagmorgen dann Aufregung vor Tor 3: Zwei Picketwagen der Streikenden sind nach rasender Fahrt zur Stelle. Die Streikbrecher, die in der Nacht ins Werkgelände eingedrungen sind, wollen in den Feierabend. Sie haben gleich zwei Schichten durchgearbeitet, haben angeblich vom Sonntag auf den Montag siebenundsechzig Wagen vom Typ 127 fertigmontiert, wie die Fiat-eigene «Stampa» später schreibt. Ange-

sichts der stillstehenden Anlagen sind solche Meldungen eher unwahrscheinlich – was soll's? Hauptsache, die Streikposten werden provoziert. Die Provokation wird angenommen: Tor 3 wird von den Streikenden abgeriegelt, die anderen Streikposten verstärkt. Eine halbe Stunde später taucht die Polizei auf, massiv, mit zahlreichen Einsatzwagen nach «Zürcher Art», und sichert den sechs Bussen der Streikbrecher den Ausgang.

Ein Mann am Tisch verabschiedet sich. Er hat seinen 8-Stunden-Picketdienst hinter sich gebracht, jetzt muss er nach den Kindern sehen, weil der Picketdienst seiner Frau beginnt. Allein die vierzig Eingangstore rund um das Werkgelände von Mirafiori werden von rund 2000 Streikenden im Picketdienst rund um die Uhr im Auge behalten. Einer sagt: «Die Wache ist kein Spass. Es ist einfach, rasch mal herzukommen, von einem Tor zum andern zu schlendern, die Leute singen zu hören und sich da und dort in ein Gespräch verwickeln zu lassen. Aber Wache schieben ist etwas anderes: Nachts, das bringt einen ganz schön durcheinander. Keiner will schlafen gehen, alle stehen herum, wissen nichts anzufangen, und dann packt dich plötzlich die Müdigkeit, und du klappst zusammen. Heute morgen hat sich einer nach der Nachtwache vor dem Posten in sein Auto geworfen, bis neun Uhr durchgeschlafen und ist nachher wie betäubt weggegangen.»

Entschlossenheit, aber keine Verbissenheit bei den Picketen am 32. Tag dieses Arbeitskamps: Man lässt sich gerne fotografieren, gibt die Adresse, um Erinnerungsfotos zu erhalten. An einem Tisch müssen wir warten, bis der Neapolitaner, der immer oben rechts sitzt, an seinem Stammplatz zurückgekehrt ist. Einige schleichen sich zusätzlich ins Bild, Frisur und Schnauze zurechtgerückt. Im «Tages-Anzeiger» übersetzt die Mitarbeiterin Thesy Kness-Bastaroli aus Mailand «piccetti» unverschämt mit «Schlägertrupps». (Man möchte ihr empfehlen, die Stunde Fahrzeit nach Turin zu wagen. Die Chance, dass sie von den «Schlägertrupps» mit den Fäusten empfangen wird, ist gering; die Chance, dass sie mehr über die Hintergründe des Streiks erfährt, als aus der Fiat-eigenen Presse, dagegen gross.)

«L'arroganza della Fiat» – dieser Ausdruck taucht in den Gesprächen immer wieder auf. Da wurden noch letztes Jahr Arbeitskräfte neu eingestellt, seit 1968 Tausende mit ihren Familien aus dem Süden heraufgeholt. Jetzt sitzt die Fiat aufgrund von Fehlentscheidungen des Managements (man hat die neuen Modelle viel zu spät gebracht) auf Tausenden von Autos, will «umstrukturieren» – wie das vornehm heisst. Dabei soll gleich noch – weniger vornehm – «ausgemistet» werden: Unter den 23 000, die in die Lohn-



ausgleichskassen entlassen werden sollen, ist ein auffallend hoher Anteil von Beschäftigten mit niedriger Arbeitsproduktivität: Frauen, Arbeiter mit hohen Absenzen, Ältere, Behinderte, aktive Gewerkschafter. «Der Fiat-Konflikt betrifft uns alle», sagen Italiens Gewerkschaften, und für einmal stimmen auch die Intellektuellen zu.

Nervosität dann bei Tor 32: In wenigen Minuten soll eine Versammlung stattfinden. Viele der Anwesenden halten sich auffallend auf Distanz, einige gar auf der anderen Seite der Strasse, kaum mehr in Reichweite der Lautsprecher. Rund um die Lautsprecher darf nicht fotografiert werden: Die Fiat-Leitung versucht sie den Zwischenfällen mit den Streikbrechern gezielt, die Aktivisten zu isolieren. Gerade heute sind wieder zahlreiche Kündigungen an Leute ergangen, die am vergangenen Donnerstag angeblich bei Auseinandersetzungen

beobachtet wurden. Ein Redner aus der Metallarbeitergewerkschaft FLM bietet die Umstehenden, näher zu rücken. «Wenn wir einig sind, werden wir gewinnen.» Die Hinten bleiben in Distanz stehen – Anzeichen einer Spaltung?

Am Dienstag Aufruf zu einer Kundgebung der «capi» im Turnier Theater. Das Flugblatt ist im Unterschied zu den Flugblättern der Streikenden auffallend professionell gesetzt – die Fiat-Konzernleitung hätte es nicht besser machen können. Zehntausend finden sich im Theater ein, bekunden in wohlinstudierten Reden ihren Arbeitswillen. Die Fiat-Leitung verteilt Präsenzzettel, die einen Anspruch auf Vergütung des 33. Streiktags begründeten.

Nach der Kundgebung im Theater stossen Angehörige und Freunde aus dem mittleren Kader zu den «capi». Rund 30 000 versammeln sich anschliessend zu einem Protestmarsch gegen den Streik durch Turin Innenstadt. Das Fernsehen ist ausgiebig dabei, filmt Kravattener unter schweigenden Gesichtern – endlich lässt sich die Stimme der schweigenden Mehrheit auch in Italien vernehmen. Auch die «NZZ» nimmt für einmal ausgiebig von dieser Demonstration in der Ferne Kenntnis, überbietet sich später in Leitkommentaren zur «historischen Bedeutung dieser spontanen Kundgebung von streikenden und arbeitswilligen Belegschaftsmitgliedern (!)»: die Kundgebung vom Freitag zuvor, dem Tag des Solidaritätsgeneralstreiks, wo über 100 000 vor den Toren von Mirafio-



ri zugunsten der Streikenden demonstriert hatten (nicht die erste Kundgebung dieser Grösse), war mit ein paar wenigen Sätzen abgetan worden.

Hat man erst einmal die öffentliche Meinung gecheckt, dann kommt die Stunde der Gerichte: Noch am Dienstagabend wird das Urteil eines Turiner Einzelrichters bekannt, wonach die Torbesetzungen durch Streikposten für illegal erklärt werden. Der Turnier Richter war von Arbeitswilligen angerufen worden und besiegelte nach der nachmittäglichen Demonstration den «Sieg des Arbeitswillens» nun auch amtlich. Die Streikposten müssen mit Polizeieinsätzen und strafrechtlichen Verfolgungen in den kommenden Tagen rechnen. (Heimelig, das Vorgehen der Fiat-Konzernleitung, für Beobachter aus Zürich: 1. Kontrolle der öffentlichen Meinung. 2. Verschärfung des Konflikts; die Streikenden sind gezwungen, mitzuziehen oder auszustiegen. 3a. Steigen sie aus, ist die Sache erledigt. 3b. Ziehen sie mit, hängt man ihnen strafrechtliche Verfahren an. 4. Damit lässt sich ein «harther Kern» von der Basis der Streikenden trennen. Turin grüsst Zürich.)

Wolken über Turin am Dienstagabend: Noch vor der Dämmerung verschwindet die Sonne hinter einer Wolkenbank und weicht in den nächsten Tagen dem zuvor schon befürchteten herbstlichen Regen.

Mittwoch, 34. Streiktag: massives Polizeiaufgebot vor den Toren von Mirafiori. Auch die «capi» sind da, wollen den gestrigen Sieg des Arbeitswillens nun in die Fabrikstore tragen. Die Streikposten sind in der Nacht verstärkt worden – es droht zur Konfrontation zu kommen. Nicht lange: Gewerkschaftsfunktionäre und Fiat-Leitung haben die Nacht durchverhandelt und sich morgens um sechs auf einen 11-Punkte-Kompromiss geeinigt. Über den Genauen Inhalt des Abkommens wird am Mittwoch noch nichts bekannt, aber FLM-Sekretär Bentivoglio («ich ha di gär») bezeichnet es als «Kompromiss, der jedoch die fundamentalen Grundsätze der gewerkschaftlichen Position nicht verleugnet». Auch Presse und Radio dürfen an diesem Tag nichts Inhaltliches berichten, die Streikenden sollen am Donnerstag in allen Werken exklusiv orientiert werden. Die Lage entspannt sich vorläufig.

Donnerstag, 35. und letzter Streiktag: Eingeteilt nach ordentlichem Schichtplan, werden die Fiat-Beschäftigten über den «Kompromiss» orientiert. Er sieht im wesentlichen die von der Fiat schon Ende September gemixte Medizin vor – bittere Tropfen auf einem Zuckerkuchen. Die Fiat verzichtet vorderhand auf Entlassungen, scheidet jedoch «vorübergehend» 23 000 Beschäftigte in die Lohn-

Fiat: Die Ereignisse 1980

Februar: Beginn der Fiat-Krise. Die Fiat bleibt auf hohen Lagerbeständen sitzen.

Im ersten Quartal 1980 sinken die Marktanteile der Fiat sowohl in Italien (45,4%) wie auch im Ausland (in Westeuropa rund 3%) auf ein Rekordtief.

Die Gewerkschaften versuchen erfolglos, mit der Konzernleitung Verhandlungen über eine Konfliktlösung aufzunehmen.

22. Juni: Am Tag der Republik äussert sich Umberto Agnelli, Fiat-Miteigentümer und -Konzernleiter, erstmals öffentlich klar zur Fiat-Krise. Sein «Lösungsrezept»: Abwertung der Lira zur Exportförderung und Entlassungen.

17. Juli: Erster nationaler Streiktag der Metallarbeiter Italiens.

31. Juli: Umberto Agnelli kündigt seinen Rücktritt als Delegierter der Fiat-Konzernleitung an. Man vermutet hinter diesem Schritt die Absicht der Konzernleitung, den Konflikt im Automobilssektor zu verschärfen und gleichzeitig das Kapital in andere Konzernbereiche abzuziehen.

August/Anfang September: Rund 2000 (vorab missliebige) Beschäftigte werden nach und nach entlassen. Kurzarbeit für die übrigen Beschäftigten, die für einzelne Tage in die Lohnausgleichskassen geschickt werden.

11. September: Die Fiat kündigt den Beginn des Entlassungsverfahrens für weitere 14 000 Beschäftigte an.

12. September: Streikposten besetzen die Tore von Mirafiori (grösste Montagehallen), Lancia und anderen Fiat-Werken.

17. September: Streiks im ganzen Piemont.

20. September: Regierungsvertreter der neun Provinzen mit Fiat-Werken urteilen in Turin die angekündigten Entlassungen.

25. September: Erste Grosse Demonstration in Turin gegen die geplanten Entlassungen mit über 100 000 Teilnehmern.

26. September: Berlinguer sichert im Falle einer Fabrikbezogenen Unterstützung des PCI zu: 50 Parlamentarier der Regierungsmehrheit stimmen gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung.

27. September: Fiat verzichtet auf die Entlassungen und will statt dessen 23 000 Beschäftigte für 3 Monate in die Lohnausgleichskassen schicken – ohne Garantie für eine Rückkehr an den Arbeitsplatz.

Ende September/Anfang Oktober: Weiterführung des Streiks und der Torbesetzungen. Alle grossen Gewerkschaften (CGIL, CISL, UIL) stellen sich hinter die Metallarbeitergewerkschaft (FLM). Die Gewerkschaften verlangen Rotation aller Beschäftigten in den Lohnausgleichskassen.

10. Oktober: Vierstündiger Generalstreik in Italien als Unterstützung für die Fiat-Streikenden. Grosse Kundgebung mit über 100 000 Teilnehmern vor Mirafiori.

14. Oktober: Gegenkundgebung der Fiat-Vorarbeiter und mittleren Kader im Turnier Theater. Anschliessender Schweigemarsch von 30 000 Arbeitswilligen als Protest gegen die Torbesetzungen durch die Streikposten. Urteil eines Turiner Einzelrichters, wonach Torbesetzungen illegal sind.

15. Oktober: Verhandlungsdurchbruch in Rom: Die drei Spitzengewerkschaftsfunktionäre einigen sich mit Arbeitsminister Foschi und der Fiat-Leitung unter Druck auf einen «Kompromiss»: Demnach akzeptieren die Gewerkschaften die «vorübergehende» Entlassung von 23 000 Beschäftigten in die Lohnausgleichskassen. Rund 14 000 sollen im Lauf des Jahres 1981 wieder zurückkehren können. Die anderen werden auf eine «externe Mobilitätsliste» gesetzt. Wenn sie bis Mitte 1983 nirgends untergebracht sind, dürfen sie zur Fiat zurückkehren. Abfindungen der Fiat für freiwillig Ausgetretene und vorzeitige Pensionierung. Rotation in den Lohnausgleichskassen nur für knapp 3000 Beschäftigte in der Montage der Typen 131 und 132.

17. Oktober: Unterzeichnung des Abkommens und Wiederaufnahme der Arbeit bei Fiat.

ausgleichskassen, 14 000 von ihnen (nach freier Wahl der Fiat) sollen bis Ende 1981 wieder eingestellt werden. Für die übrigen wird die sogenannte «externe Mobilitätsliste» (nach Rezept Honnegger) vorgesehen. Bis Mitte 1983 sollen sie in der norditalienischen Industrie anderweitig platziert werden; wenn nicht, dürfen sie zur Fiat zurückkehren. Giovanni Agnelli bleibt im «Spiegel»-Gespräch vornehm: «23 000 werden vorübergehend suspendiert.» Einer sagt: «Zwei Jahre sind eine lange Zeit. Da wird keiner mehr zurückkehren.» Und ein Behinderter: «Wir haben jetzt die kollektive Entlassung vermeiden können, sicher. In zwei Jahren, wenn ich mich wieder melde, wird man von mir ein Arztzeugnis verlangen. Dann habe ich meine individuelle Entlassung.»

Viele der Streikenden, die nun seit 35 Tagen vor den Toren gestanden haben, fühlen sich verraten. Turin im Regen an diesem Donnerstag. Wer dem Abkommen zustimmt, schliesse den Schirm und hebe die Hand. Das Abstimmungsergebnis ist angesichts der vielen offengebliebenen Schirme schwer auszuzählen. Die Zählenden sprechen später von einer knappen Ja-Mehrheit in der Frühschicht (51–70%) und einer Nein-Mehrheit in der Nachmittagschicht (55–95%). Die Spätschicht kann wegen Tumulten nicht mehr stattfinden. Zahlreiche enttäuschte «meccanici» haben schon am Morgen bei Mirafiori, Tor 18, den Schirm nur geschlossen, um den christdemokratischen Gewerkschaftssekretär Carniti zu verabschieden. («Ombrellate») heisst das auf italienisch, wenn Schirme aktiv werden.) Carniti, der schon bei der Abstimmung besondere Eile zeigte, muss sich zügig in Sicherheit bringen und blöcht mit zerbrochener Heckscheibe davon.

Am Freitag, dem ersten Arbeitstag, auf der Rückreise muss ich mir – dem Regen entflohen – im Gotthardtunnel bei Kilometer 10 und Tempo 80 in Radio DRS anhören, wie froh Italien über die beigelegte Krise bei Fiat sei. Die Belegschaft habe dem Kompromiss mit klarer Mehrheit zugestimmt und die Arbeit wieder aufgenommen. Nur Extremisten, die schon gestern einen Gewerkschaftssekretär tätlich angegriffen hätten, versuchen noch, das Abkommen zu torpedieren. «Hauptsache: Bei Fiat wird wieder gearbeitet!», echot der Italienkorrespondent bei Kilometer 11 um 19.10 Uhr, Schweizer Zeit.



Als am Donnerstagabend, 30. Oktober, im vorweihnachtlichen Abendverkauf Jungsozialisten vor dem Zürcher Warenhaus Globus Flugblätter verteilen: Aufruf zum freiwilligen Konsumverzicht in den Globus-Warenhäusern wegen dessen Inseratdruckzeit beim «Tages-Anzeiger», scharfe Hausreaktion gegen die Verteiler ein und entrisen dem Kleinsten einen Packer Flugblätter. Das Verteilen von Flugblättern auf öffentlichem Grund ist zwar ein Bürgerrecht, aber Jusos gehören ja nicht zu den Bürgerlichen...

Zwei junge Ausländer, ein Strassenmusiker und ein Strassenmaler, der eine spielt auf seinem Instrument im Hauptbahnhof Zürich, während sein Freund im Bahnhofbuffet Frühstück. Ein Kantonspolizist in Zivil stoppt den Musikanten, nimmt ihn mit auf den Posten, durchsucht ihn und verlangt 50 Franken Busse: «Spielen ohne Bewilligung. Dann fragt er nach dem Freund, von dem er allerdings schon den Namen weiss. Dieser wird auch auf den Posten geholt und durchsucht. Sie würden deportiert, heisst es. Mit dem 1.-Klass-Zug nach Paris, Kosten 300 Fr. Es gelingt den beiden, den Polizisten zu überzeugen, dass sie sich lieber ein normales Billet in ihr Heimatland kaufen würden. Am Abend müssen sich die beiden wieder auf dem Posten melden, wo man ihr Gepäck und ihre Pässe behalten hat. Sie werden von einem Polizisten auf den Zug gebracht – deportiert. Alles im stillen, denn die Schweiz vertritt keine falschen Töne.

An Subversionisten leidet nicht nur Schnüffelnausea Cincera. Auch Oberst Hans Huber – während Jahren Handelsreisender in Sachen Anti-Subversionsvorträge von Haus und Heer in der Schweizer Armee – sieht noch im Bann dieser furchtbaren Krankheit, die scheint's das zentrale Nervensystem massiv angreift. Und an welchem Sonnenplätzchen konzentriert sich unser Oberst Huber aus? Auf dem Vizepräsidentensesselchen des Verwaltungsrats der Firma Huber & Co. AG, welche die «Thurgauer Zeitung» herausgibt, deren Chefredaktor einst D. Witzig hiess...

Da mache vor nicht allzulanger Zeit einer die Idee publik, welche die Zürcher Chaoten und Kravallanten wisse er ein probates Mittelchen: Schwinger und Ringer aus der Hirschwitz, Tellensöhne aus der Urschweiz, denen die Enge der Berge schon lange auf Haupt drückte. Was ist die Idee allerdings nicht, schon anno 1968 p. c. leerte ein Hirnhaud seines so, 1980 kommt der Vorschlag jedoch aus benekenswertenem Kopf: aus dem von Polizeikommandanten Bruno Heusch, Luzern. Noch lieber würd' er gleich selber kommen und aufräumen.



INFOTHEKE

Zürich: Folk
Jeweils um 20.15 Uhr im Rest. «Mühlehalde», Zürich-Höngg; Mi, 12. Nov.: Andy Irvine & Gerry O'Beirne; Mi, 19. Nov.: «Unikum»; Di, 2. Dez.: «Räms».

Zürich: Guatemala
Do, 13. Nov., 19 Uhr, Drahtschmidli: Informationsabend über Guatemala; Fr, 14. Nov., 19.30 Uhr: Video-Film über Guatemala von O. Honegger.



Bern: Jazz
Do, 13. Nov., 20 Uhr, «Carrousel», Zieglerstr. 20, Bern: Archie Shepp Quartet.

Baden: Film
Fr, 14. Nov., 20 Uhr, Kornhaus: «Tscharnibües».

Ganze Schweiz: Ernst Bern
Fr, 14. Nov., 20.15 Uhr, Jugendhaus Langnau BE; Sa, 15. Nov., 20 Uhr, Gottschalkenberg ob Oberägeri; So, 16. Nov., 16.30 Uhr, Jugendzentrum Zug; Di, 18. Nov., 20 Uhr, Kaufleutensaal St. Gallen, Demok. Manifest; Mi, 19. Nov., 20.30 Uhr, Jugendtreff Pfaffenloh, Riehen BS; Do, 20. Nov., 20 Uhr, Katholische Kirche Widen AG, Jugendgruppe; Fr, 21. Nov., 20.30 Uhr, Heubode Halauerhus, Effretikon ZH; Sa, 22. Nov., 20.30 Uhr, Löwen-Arena, Sommer TG; Mi, 26. Nov., 20 Uhr, Bahnhofbuffet Bern, SAP; Do, 27. Nov., 20 Uhr, Rampe Bern mit Wolfgang Stute; Fr, 28. Nov., 20 Uhr, Rampe Bern mit Wolfgang Stute; Sa, 29. Nov., 20.15 Uhr, Aula Sternfeld, Birsfelden BL mit W. Stute.

Veltheim: Film, Musik, ...
«Bären» Veltheim, jeweils um 20.15 Uhr: Do, 13. Nov., Film-

vorführung «Wer einmal lügt oder Victor und die Erziehung» von June Kovach (CH 1974); Fr, 14. Nov., Informationen der Pro-re-int, einer Organisation zur Resozialisierung von Strafgefangenen; Sa, 15. Nov.: Guitar Twins, M. Christen und M. Lüthi; Fr, 21. Nov.: Das Soli-datenkomitee Basel informiert; Sa, 22. Nov.: Musica Libera, Free Jazz und Improvisationen; Sa, 29. Nov.: «Clifford Thorn-ton Ensemble», die alte Garde des Free Jazz.

Bachs: Musik und Literatur
Neuhof Bachs: Fr, 14. Nov., 20 Uhr, Gilda Gull singt eigene Lieder, Mitglieder der Werkstatt schreibender Arbeiter lesen vor. Sa, 22. Nov., 20.30 Uhr, Welemir und Pietro spielen Balkan-Folk.

Liestal: Kulturhaus Palazzo
Sa, 15. Nov., 20.15 Uhr: New Jazz mit der Gruppe «Uepsi-ko»; Sa, 22. Nov., 20 Uhr: Disco; Sa, 29. Nov., 20 Uhr: Chile Fiesta.

Zürich: Linke Kultur
Die GKEW veranstaltet an vier Samstagen in der Roten Fabrik einen Diskussionszyklus über die Probleme der linken Kultur und Kulturschaffenden (Anmeldung bei GKEW: 01/55 62 66); Sa, 15. Nov., 19 Uhr: Jörg Hu-ber über Film und Video; Sa, 22. Nov., 19 Uhr: Martin De-vidge über Musik; Sa, 29. Nov., 19 Uhr: Manfred Züfle (evtl.) über Theater, Schriftsteller, Journalisten; Sa, 6. Dez., 19 Uhr: Roland Gretler über Ph-otographie, bildende Kunst, Malerei.

Zürich: Kitzner kommt
So, 16. Nov., 20 Uhr, Volkshaus Zürich: Der deutsche Kabarettist Dietrich Kitzner mit seinem Programm «Dem Volk aufs Maul geschaut».

Zürich: Musik am Mäntig
Mo, 17. Nov., 20.30 Uhr, Untere Mensa der Uni: «Bröselma-schine»; Mo, 24. Nov., 20.30 Uhr: Inga Rumpf.

Zürich: Frauen-Disco
Jeden So von 20.30 bis 1 Uhr: Disco für Frauen, Stüsslihofstr. 17, Zürich.

Stäfa: Musik und Feste

«Rössli Stäfa, jeweils 20.30 Uhr: Fr, 21. Nov., Märtesch mit Hans-chem-Weiss-Quintet; Antonio, Welemir und Pietro; Räm (bis 2 Uhr); Fr, 28. Nov., Swiss Jazz Quintet; Sa, 29. Nov., Uferlos-er!, Premie-re von und mit Raphael.

Zürich: «orte»-Fest
Sa, 22. Nov., ab 16 Uhr: Rest. «Weisser Wind», Oberdorfstr. Die Literaturzeitschrift «orte» feiert mit vielen Literaten/Lite-rarinnen und Musik.



Reise mit!
Max. 35 Wörter (Schreibmaschine) an: das Konzept, Reis mit, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. (Keine kombinierbaren Inserate, Chiffre-Inserate siehe Rubrik «Kontakt».)

Welche Frau beabsichtigt Sprachauf-enthalt/Reise in/nach Spanien? Evtl. mit Ferenzli Südamerica? Auf Deine Zuschrift freue ich mich (30/m). Chiffre J 1188.
Welche jungen, aufgestellten Studenten haben Lust, mit uns skibegeisternten Maden-ten Weihnachten/Neujahr im Wallis zu ver-bringen? Tel. (01) 45 83 57 (abends zw. 18 u. 19 Uhr).
Berner Boy (23.) sucht hübsches, unkompliziertes Mädchen, das im Frühling oder Herbst 1981 bei eini/2- oder zwöchigen «Sunderker-Tour» mitmacht. Adresse: Rys-Krieger, Moosweg, 3506 Grossschöthenstr. War hätti Luscht, aber Weihnacht mit mir ut New York oder Island z verress! (zwoi Wüch). Freddie Stucki, Habstrass, 3065 Bolligen, (031) 58 59 09.
Reisepartner(in) für 3-Monatsigen Rück-sacktrip durch Südostasien gesucht, evtl. in Verbindung mit Nepal-Trekking Start ca. Jan./März. Alfred Stocklin, G (001) 50 34 33, P (061) 49 93 67

Konzertaufzeichnung der Berliner Jazztage 1979: Charles Mingus Memorial.

Do, 20. Nov., 22.05 Uhr, ZDF Das kleine Fernsehspiel. «Eingang Hinterhaus», von Izzet Akay (Kameramann von «Sü-ri-ü»). Eine junge Türkei kommt nach Berlin. Im neuen Leben gerät sie in Konflikt mit dem Mo-ralvorstellungen, die in ihrem Heimatland noch Gültigkeit hatten.

mif. Fazit eines Schnelldurch-laufs durch die Tiwi-Program-me: Es läuft echt nicht in nach-ster Zeit - ausser der Papst durch die BRD.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung Gratis-Reisepartnersuche



Max. 35 Wörter (Schreibmaschine) an: das Konzept, Reis mit, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. (Keine kombinierbaren Inserate, Chiffre-Inserate siehe Rubrik «Kontakt».)

Welche Frau beabsichtigt Sprachauf-enthalt/Reise in/nach Spanien? Evtl. mit Ferenzli Südamerica? Auf Deine Zuschrift freue ich mich (30/m). Chiffre J 1188.
Welche jungen, aufgestellten Studenten haben Lust, mit uns skibegeisternten Maden-ten Weihnachten/Neujahr im Wallis zu ver-bringen? Tel. (01) 45 83 57 (abends zw. 18 u. 19 Uhr).
Berner Boy (23.) sucht hübsches, unkompliziertes Mädchen, das im Frühling oder Herbst 1981 bei eini/2- oder zwöchigen «Sunderker-Tour» mitmacht. Adresse: Rys-Krieger, Moosweg, 3506 Grossschöthenstr. War hätti Luscht, aber Weihnacht mit mir ut New York oder Island z verress! (zwoi Wüch). Freddie Stucki, Habstrass, 3065 Bolligen, (031) 58 59 09.
Reisepartner(in) für 3-Monatsigen Rück-sacktrip durch Südostasien gesucht, evtl. in Verbindung mit Nepal-Trekking Start ca. Jan./März. Alfred Stocklin, G (001) 50 34 33, P (061) 49 93 67

Ich (25.) suche einen Partner für eine Süd-amerikareise.

Start: April/Mai 1981. Wer Gleiches vorhat, melde sich doch bei mir, so können wir miteinander planen. Martin Kaufmann, Luzernerstr. 133, 4554 Etziken, Tel. (065) 44 23 44.



Ich (Lehrerin, 28 ZH) will nicht mehr länger auf den Märchenprinzen warten. Mochtest Du mich kennenlernen? Vielleicht gefallen wir uns. Bildzuschriften an Chiffre D 1183.

Sollte Aufrichtigkeit auch Dein Prinzip walter Freundschaft und der Wunsch danach in Dir wachge-worden sein, würde ich (m. 37 J.) gerne mehr von einem solchen Freund er-fahren. Chiffre E 1184.

Ich bin 28, Lehrerin, aus Zürich, und interessiere mich für alle Fragen des menschlichen Zusammenlebens. Ich möchte mit einem lieben, offenen Mann eine Liebesbeziehung leben lernen. Zuschriften mit Bild bitte an Chiffre F 1185.

Geliebten, Kameraden, Freund, Vertrauten, Mitarbeiter, Mitvor-wartschreiter suche ich in Dir, lieber Mann (25-32, ab 175), zu finden. Raum Zürich. Chiffre G 1186.

Akademiker, Raum Zürich, 25/17/65, sucht ebensolchen als Kumpel und Freund. Ich, sportlich, naturver-bunden, natürlich und an vielem in-teressiert. Du solltest dem in etwa entsprechen, am besten mit Schnauz. Bildzuschriften unter Chiffre H 1187.
Jungler Mann aus der französischen Schweiz, gut deutsch sprechend, möchte Studenten kennenlernen. Frank, (01) 69 30 85.

Ich bin 35, Akad., verh., aber oft allein. Ich suche eine intelligente Elte bis ca. 40 für gelegentliche Treffs und interessante Gespräche, wenn mög-lich Raum Bern. Chiffre A 1180.

Einladung an alle selbstbewussten, anspruchsvollen, gebildeten, lebens-bejahenden, die Welt mit offenen Augen betrachtenden Männer (23-35). Einige schöne, kluge Lehrerinnen und Studentinnen möchten Euch kennenlernen beim Bröten, Tanz und Diskutieren. Vielleicht entsteht daraus beim einen oder andern eine schöne Liebesbeziehung. Bildzu-schriften aus dem Raum Zürich an Chiffre B 1181.

Im Moment läbi scho chli chaotisch, aber mini guete Site si derwege nid undergeenge, i bi no immer glühvoll und zärtlich. I bi 37, gesh us und fühle mi wie 27. Wann Du (wiblich) im Raum Züri bisch, wetti Di gern kennelere. Chiffre C 1182.



Wir haben eine Liste zusammen-gestellt von Ärzten, welche die Abgabe der Pille und anderer Verhütungsmittel li-beral und unkompliziert han-dhaben. Ausserdem ist ein Merkblatt erhältlich für den Fall, dass ein Schwangerschaftsabbruch in Betracht gezogen werden muss. Sie finden darauf In-formationen über Kliniken und Ärzte im In- und Ausland. Diese Unterlagen können Sie gratis beziehen. Richten Sie Ihre Bestellung an die Redak-tion, und legen Sie ein ad-resisiertes und frankiertes An-antwortcouvert bei.

das konzept >extra<

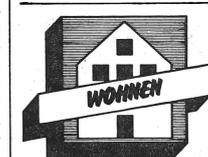
Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl Artikel	Preis inkl. Porto+Verpack.
... Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972-78	9.20
... Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978	3.20
... Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A2, starkes Papier (ab 5 Stück 3.-)	4.20
... Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, A2, starkes Papier (ab 5 Stück 1.-)	(vergriffen) 5.50
... Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»	gefalzt 2.20
... Alte «das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang	ungefalzt in Rolle 3.50
... Poster «Unser Strauss» (aus Nr. 1/78)	1.40
... Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 4/78)	ungefalzt in Rolle 4.-
	gefalzt 2.40
	ungefalzt in Rolle 4.-
	gefalzt 2.40

Kaufen Sie! Kleben Sie!



Legen Sie ein fran-kiertes Antwort-couvert und pro ge-wünschten Kleber 50 Rappen in Brief-marke, Banknoten oder Goldbarren bei.



Ich (23) suche ein Platz inere WG zürich oder evtl. grosse Altwohnung in Winterthur und Umgebung. Komfort und Zins unwichtig. B. Corradi, Tel. (071) 42 53 95, ab 18 h.

Aufg. Ehepaar (71/29) sucht Platz in WG oder evtl. grosse Altwohnung in Winterthur und Umgebung. Komfort und Zins unwichtig. B. Corradi, Tel. (071) 42 53 95, ab 18 h.

Planst Du einen längeren Italienauf-enthalt? Landhaus Nähe Vicenza steht Dir gratis zur Verfügung. Gegenleistung: für ital. Lehrerepaar moderne Wohnung, Stadt Zürich, evtl. mobilisiert. Ab Fr. 1.-, 81 oder nach Vereinbarung für ca. 1 Jahr. Aus-kunft: F. Lüscher, (042) 31 68 29.



Mir händ an vollsouborte VW-Cam-pingbus mit TB/Radio, Hubdach, Vorkalt, und WC, Jahrg. 73, zum ver-kaufe, ab Kontr. 6000 Fr. Tel. (01) 259 31 68. Hrn. Falk vert., ab 17 h (052) 23 47 12.

Kreuzwörterrätsel Nr. 14

Der Lösungssatz ist diesmal eine Frage, welche mit 24 senkrecht beginnt. Schreiben Sie die 5 gesuchten Wörter auf eine Postkarte und nehmen Sie damit teil an der Verlosung von 5 Abo bis Ende 81.
Lösungen bis 1. Dezember 1980 an: «das konzept», Kreuzwörterrätsel, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich.
Das nächste Kreuzwörterrätsel für Genies(ser) steht am 9. 12. an der Infotheke des Dezember-«konzepts», zusammen mit der richtigen Lösung von Nr. 14.

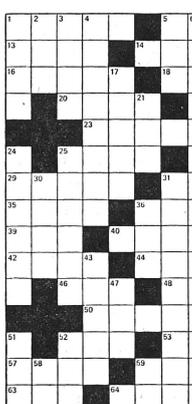


Wagrecht (i=j-y)
1 Guter Grund für Zweierbeziehung
5 Durch langes Meditieren hat dieser seine anfängliche Schwerkraft verloren
8 Alternatives Haarwuchsmittel
13 In diesem kann's einem den Atem verschlagen
14 Der klassische Muttermörder
15 Eine Lebensform
16 Tücke des Gletschers
18 Hatte der thysaurier Selbstbewusstsein?
19 Dieser Viren war zweimal Olympiasieger
20 Der vom ox gibt gute soup (siehe auch «das totale Interview»)
22 Der Parapsychologe sieht's rund um den Menschen
23 Ihm kann Demosthenes Hoffnung geben
25 Wo der Lebenswandel nicht mindestens so ist, gibt's in Zürich keine Wohnung
26 Verunreinigen oft (billswillig?) unsere Autobahnen
29 Die NASA hat diesen nicht ganz fertiggebaut

31 Kolossal verstimmt
32 Gewissermassen die Heimkehr von einer
35 Gründungsort eines rätsichen Bundes
36 Ausch durch seine Pfähle
38 Drei Feministinnen spielen zusammen klassische Musik
39 Ein russisches Haus
40 Kommunikationsforum (vor allem in westlichen Parlamenten)
41 Sieht nicht so aus, ist trotzdem eine Antilope
42 Grosse Folge des kleinen Unter-schieds
43 Englischer Umhang
44 Prototyp eines Politikergedächtnisses
46 Linker Verlag in Zürich
48 Will Euch befehlen
49 Das Krokodil war eine am Gotthard
50 Die zweiten an jedem ersten helfen im Schnee am meisten (2 Wörter)
52 Amerikas Mehrheit sagte dies zu Reagan
53 Von diesen Verkehrt gibt es eine Parade
54 Auch hier ist die Schweiz nur ein Interessen, aber ohne Verpflichtungen dabei
57 Zur Zeit der grossen Entdeckungs-fahrten versanken viele Schiffe mit ihr und Mann
59 Sommerwährung vieler Adriatouristen
61 Dreht sich um 45er Winkel
62 Cézarine in der Provence
64 Römischer Ue Güng (ca. 60-127 n. Chr.)
65 Einkommenssträchtige Ergänzung nach Dr. med.

Senkrecht (i=j-y)
1 Der Fromme trägt sie, ohne zu klagen
2 Korrelat zu Exp.
3 Probedruck beim Kupferstich oder de Gaulte persönlich
4 Zeugen dürfen scheitern nur im Staatsinteresse - Buchhalter dürfen immer
5 Markant vertreten durch Walter Fürst
6 siehe 24 senkrecht (2 Wörter)
7 Vor dem Scheiterhaufen hat's den mutigen Reformator durch-geschüttelt
9 Wo linke Rekruten Besinnungs-machen (2 Wörter)
10 Luxemburg
11 International verstanden
12 Jener am Berg bleibt stehen. Verunreinigen oft (billswillig?) unsere Autobahnen
17 Die Schweiz verbreitet
19 siehe 6 senkrecht

21 Biblischer Zeuge einer Atom-explosion?
22 Onassis intim
24 Diese Frage drängt sich nach «Züri ohni Zensur» auf (weiter auf 6 senkrecht)
25 Hauptfigur von O. F. Walters Erstling
27 Die in 5 waagrecht verlorene -Schwerkraft findet sich hier in-mitten von Versen wieder
28 Dieser Klaus ist sicher keiner
30 Das Ziel des Wasa-Laufs ist um-gesetzt worden
31 Sollte Individualismus aufzugen können
32 Symbol des allmächtigen Staates
34 So viele Frauen hat der geset-zerte Türke
36 Die englische Etappe



Lösung zu Kreuzwörterrätsel Nr. 13 (Okt. 80)

Wagrecht: 1 Ue Gueng, 6 Theater, 9 Los, 10 RAR, 11 sir, 12 Araf, 14 SU, 15 ao, 17 Roge, 20 das, 21 konzept, 23 gas, 24 id, 25 rund, 26 Gast, 28 Ue, 29 nur, 30 Ire, 31 Eos, 33 Sonntag, 36 Rufmond, 39 Atelier, 43 Argentin, 46 Lid, 47 Emu, 48 HEK, 49 Go, 51 Goal, 53 fuer, 55 Fr, 56 AVE, 58 Lateran, 59 Sog, 60 Nora, 62 Ls, 63 Ur, 64 Reag, 65 DAS, 67 ich, 68 Gog, 69 Pressf, 70 reiheit
Senkrecht: 2 Glas, 3 UOF, 4 es, 5 Grundig, 6 Traeger, 7 air, 8 Trog, 12 adios, 13 Rad, 14 son, 16 Opa, 18 GAU, 19 esUD, 21 Kurt, 22 tsF, 25 runzig, 27 Tomarner, 29 NK, 32 ao, 34 Ort, 35 ade, 37 ung, 38 Roy, 39 ARGAN, 40 al, 41 Idol, 42 reltsF, 43 Aufuhr, 44 Ehen, 45 Norge, 50 Ovo, 52 Aal, 54 UAR, 55 fog, 57 Erde, 59 Sage, 61 Aas, 64 roh, 66 SS, 68 GI
Lösung: «das konzept fuer Pressefreiheit

37 Der am meisten benötigte Doktor

43 Carter hat wieder Zeit, seine zu zählen
45 Bezugspunkt unseres Kalenders
47 Instrument von Washingtons Lateinamerika-Politik
49 Der aus Züri gefeiert dem «Blick» nach
51 Das ist der Fuji auf japanisch
52 Nestroy wollte sich manchmal einen machen
55 Der Österreicher kann sie jeden Abend sehen
56 Der von 12 senkrecht frisst's am liebsten von unten
58 Bekämpft die Foller
59 Mit 18 waagrecht zusammen Vor-aussetzung für 1 waagrecht
60 Ägyptischer Sonnengott
62 Braucht Hilfe gegen Cincera

Solidaritätskleber

... Poster «Gesellschafts-Schichten» (aus Nr. 6/79)	ungefalzt 7.20
... Poster «NZZ-Jubiläum» (aus Nr. 2/80)	ungefalzt 6.-
... Mai-Zitiq 1978, «10 Jahre nach 68»	2.40
... Mai-Zitiq 1979, «Finanzplatz Schweiz»	2.40
... Nr. 1/78 (mit Filmbeläge I)	2.40
... Nr. 1/78 (mit Filmbeläge II)	2.40
... Nr. 1/80 (mit Filmbeläge I)	2.40
... Nr. 10/78 (mit Literaturbeilage I)	2.40
... Nr. 10/79 (mit Literaturbeilage II)	2.40
... Nr. 10/80 (mit Literatur-«konzept»)	2.40
... Adressliste der Alternativmedien (Sept. 80 neu)	1.40
... R. C. Wagner «Prozessklärung»	5.70
... «Züri ohni Zensur I» (Einzel-Ex.)	gratis
... Reto Hänny «Zürich im September»	2.40
... «lesenslust»-Kleber (frank. Antwortcouvert)	-50

Zahlungsmodus
* Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37 626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
* Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
* Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei (*Zurefindens ankreuzen)

Name, Adresse

Die billigsten Kleininserate!
•Kontakt •Wohnen •Markt•
5 Zeilen nur 10 Fr., mit Chiffre 15 Fr. Jede weitere Zeile 2 Fr.

Talon an: das konzept, Inseratverwaltung, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. Betrag (10/15 Fr. plus je 2 Fr. pro zusätzliche Zeile) auf Postcheckkonto 80-36651, das konzept, Inseratverwaltung, Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. Ihr Inserat erscheint nach Überprüfung des Betrages.

Name und Adresse:

Herausgeber und Redaktion:

das Konzept, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Auflage: 45 000 Exemplare

Spenden Sie! Helfen Sie mit, dieses Extrablatt zu finanzieren. Postscheckkonto: das Konzept, 80-37 626, Vermerk: Züri ohne Zensur, Nr. 2

Verteilen Sie! Das Extrablatt können Sie (auch in grösserer Anzahl) zum Verteilen auf der Redaktion «das Konzept» beziehen (Telefon 01/47 75 30).



Die Faust aus weissen Helmen

Flouffou, Stefan F., sass 15 Tage im Gefängnis. Die Anklage lautet u. a. auf «versuchte Tötung»: Ihm wird vorgeworfen, den Detektiv Hartmann in die Limmat geworfen zu haben. Flouffou, der bei der Polizei als «Drahtzieher» gilt, ist kein Einzelfall: viele machten ähnliche Erfahrungen.

Flouffou meldet sich freiwillig bei Bezirksanwalt Weber, nachdem er erfahren hat, dass er wegen «versuchter Tötung», «Widerstands gegen die Staatsgewalt» usw. gesucht wird. Er erzählt ihm aus seiner Sicht die Geschichte vom zivilen Polizeibeamten, der – als es noch wärmer war – unfreiwillig baden ging. «Schon während der ersten Einvernahme hatte ich das Gefühl, als Verbrecher behandelt zu werden. Man begegnete mir mit einem seltsamen Ernst.» Flouffou wird vorgeworfen, er erzähle nicht die volle Wahrheit. Man sperrt ihn ein. Der Oberaufseher des Gefängnisses gibt zu bedenken, Flouffou sei gewalttätig. Er kommt in eine Sicherheitszelle und beginnt einen Hungerstreik – «Das letzte Mittel, das mir blieb».

1. Tag: «Ich dachte, man würde mich bald wieder freilassen.»
2. Tag: «Ich hatte nichts zu lesen. Langsam bekam ich Angst, wurde depressiv. In der



Nacht hatte ich einen Traum: Eine Faust aus lauter weissen Helmen drückte mich immer mehr in eine Ecke.»

3. Tag: «Die Angst wurde immer stärker. Ich hatte Bauchschmerzen bis zum Tag meiner Entlassung.» Flouffou schreibt Briefe an seine Mutter und seinen Anwalt. In der Sicherheitszelle kann das Fenster nicht geöffnet werden. Das Gitter vor der Zellenüre wird geöffnet. Flouffou hat nur Kontakt mit zwei Aufsehern: «Der eine war ständig. Er sprach manchmal mit mir. Der andere provozierte mich. Man hatte mir das Feuerzeug weggenommen, wenn ich rauchen wollte, musste ich immer den Aufseher um Feuer bitten. Der andere Aufseher tat so, als wollte er mir Feuer geben; im letzten Moment zog er das Feuerzeug zurück.»

4. Tag: Flouffou wird in eine Normalzelle versetzt.

5. Tag: Er bekommt eine «Wochenration» Bücher. Flouffou hat in drei Tagen alle gelesen.

6. Tag: Ein bekannter Pfarrer besucht ihn. «Zum ersten Mal konnte ich mit einem Menschen sprechen. Er erzählte mir, dass sich meine Geschwister für mich einsetzen. Meine Schwester spazierte als «Sandwich» durch die Bahnhofstrasse, um auf meinen Fall aufmerksam zu machen. Das gab mir wieder Mut.»

7. Tag: «Ich zweifelte. Bin ich wirklich ein Verbrecher? Dann besuchte mich meine Mutter. Auch mit ihr konnte ich nur durch die Glasscheibe sprechen. Das Gespräch gab mir Rückhalt. Ich beendete den Hungerstreik.» Die nächsten Tage sitzt Flouffou grübelnd und verzweifelt in seiner Zelle.

11. Tag: Zum ersten Mal seit seiner Verhaftung wird Flouffou dem Bezirksanwalt vorgeführt. Der «Geschädigte» Detektiv Hartmann wird einvernommen. Zugegen ist Flouffous Anwalt, der ihn nie besuchen konnte und keine Akten Einsicht hatte. Am Nachmittag wird Flouffou auf die Kantonspolizei gebracht. Einvernahme zur Sache. Bezirksanwalt Giger spielt ihm ein Tonband eines Belastungszeugen vor. «Der Zeuge sprach sehr emotional, als hätte ich ein grosses Verbrechen begangen. Ich protestierte: dieser Zeuge sei beeinflusst worden.»

12. Tag: Besuch des Bruders.

13. Tag: Die Bewegung «besucht» Flouffou. Mit Sprechchören ermunert sie ihn. «Von diesem Moment an hatte ich das Gefühl, mir könne nichts mehr passieren.»

15. Tag: Belastungszeugen werden einvernommen, danach die Entlastungszeugen. Flouffou wird freigelassen. «Ich wurde zum Tor begleitet und mit einem Tritt in den Arsch hinauspediert.»

Flouffou ist kein Einzelfall. Andere sind ebenso lange oder länger gessungen. Weil er häufig öffentlich gesprochen hatte, galt er als «Drahtzieher», war als solcher auch schon präventiv verhaftet worden. Die Taktik der Einschüchterung wird besonders bei den Aktiven angewendet. «Sie hatte bei mir den gegenteiligen Effekt: Die Leute solidarisierten sich mit mir, bekamen wieder neu eine Wut.»

Wie geht's weiter? Jetzt muss die Bewegung überwinen. Nicht passiv. In der kalten Zeit werden wir die Inhalte überdenken. Wir brauchen wir einen Raum, wo wir uns immer wieder treffen können.»

Wenn Bürger auf die Strasse gehen

Politik aus dem Polizeiknüppel

Wo «Züri brännt», wird die Polizei als Feuerwehr eingesetzt. Dass die Polizeibeamten dabei Emotionen und Gewalt oft eher schüren als eindämmen, liegt nicht nur an unkontrollierten Wutausbrüchen von einzelnen Bür-

Von Ernst Zweifel

Der einzelne Beamte hat einen harten Sommer hinter sich. Die Unfähigkeit der Politiker, eine soziale Lösung zu finden, brachte ihn während Wochen um die gesamte Freizeit. Da gibt es Polizisten, die einen Monat lang kein Wochenende frei gehabt haben. Die normale Büroarbeit, der tägliche Kleinkram, wurde so weitergeführt, als gäbe es keine Krawalle. Oft standen Polizisten bis morgens um 2 Uhr in Ordnungsdienstmontur in Bereitschaft und mussten bereits um 7 Uhr wieder im Büro erscheinen.

In den Tagen nach dem Opernhausgebäude sympathisierten viele Polizisten heimlich mit den Anliegen der Jugend. Hinter vorgehaltener Hand kriegte man zu hören, dass die Politiker die Jugendprobleme sträflich vernachlässigten, ja sogar dass die Jungen recht haben, wenn sie sich wehren.

Bald aber häuften sich die Einsätze. Die Polizisten mussten mitansehen, wie sie mit ihrer Organisation ständig «Zweites» machten. Sie erlebten, dass ihr starr geschlossenes Auftreten von der Mobilität der Demonstranten ständig unterlaufen wurde. Auf der Strasse werden sie «angeplautzt». Nach jedem Einsatz werden sie kritisiert. Die politische Rechte hält ihre Einsätze für zu large, die Linke beurteilt sie als unverhältnismässig hart.

Die Politiker wiederum sind ratlos und daher unschlüssig. Trotzdem verkündeten sie grossmäutig in den Medien, künftig würden keine Demonstrationen mehr geduldet. Mit dem «Druck von der Strasse» sei ein für allemal Schluss. Die Polizisten werden von ihren Offizieren entsprechend stimuliert.

Kriminalisierung der Bewegung

Vom Polizeisoldaten wird erwartet, dass er in solchen Situationen blinden Gehorsam übe. Dem Polizisten wird von höherer Stelle eingeblutet, dass er es bei den jugendlichen Demonstranten mit minderwertigem Pack zu tun habe: «Randalierern», «Krawallanten», «Chaoten», «Gaffern» usw. Diese Optik verleiht Halt: hier die Guten, dort die Bösen. Im Polizeijargon werden demonstrierende Bürger zu Ganoven: «Schwulensau» («Tel» Nr. 23/80) «Ah, da isch de G., de schlimmig Souhund mit em Megaphon» (aus einer Strafanzeige vom 30. 6.), «36 Jahr im VPOD, da mues me ja blöod werde» (aus einer Strafanzeige vom 1. 9.), «Du verdammte Soukommunist, me mues nur din Grind aaltuege, denn wies mer, wir du bisch. Wäge dir und dinere verdammte Soubruet müed

Eine psychologische Analyse der polizeilichen Brutalität

GEPLANTE GEWALT

Von Paul Parin, Psychoanalytiker

Was ist das Besondere an Polizeieinsätzen, das ansont anscheinend vernünftige und gesetzte Beamte, Familienväter,

Dieser Text wurde für die Zeitschrift «Psychologie heute» geschrieben.

Bei Massenverhaftungen:

Wiederholt trieb die Polizei Demonstrationen wie Vieh zusammen, pferchte sie in Gefangenentransporter, brachte sie ins Polizeigebäude. Beim Platzspitz wurden 100 Leute eingekesselt, am Toblerplatz mindestens 30 und vor dem Globus über 100. Bei derartigen Massenverhaftungen wissen die Polizisten oft nicht mehr, welcher Strafbestand einer bestimmten Person anlagt werden soll und ob es überhaupt einen solchen Strafbestand gibt. Da heisst es im Verhaftungsprotokoll: «Kurt W. hat am Stadthofplatz Steine geworfen.» Wird später der damals verhaftete Polizist als Zeuge befragt, so erinnert er sich an nichts.

Eine Strafanzeige gegen Polizisten wegen Amtsmissbrauchs etc. vom 25. 9. im Original: «Von einem Mitglied des zürcherischen Gemeinderats weiss ich, dass er bei einer Menschenansammlung an einem anderen Ort von einem Polizeibeamten erkannt und weggeführt wurde unter der Androhung, er werde ihn sonst verhaften. Dieser Gemeinderat weigerte sich, den Platz zu verlassen, und verneinte einen Haftgrund, worauf der Polizeibeamte erstickte, er werde ihn unter der, wie ihm selbstverständlich bewusst war, unwarhen Anschuldigung verhaften, er habe mit einem Stein eine Schaufensterscheibe eingeworfen.

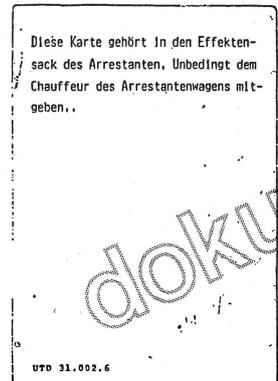
Täter ohne Tat

Es sind mir weitere Fälle bekannt, wo unwahrerheisse Steinwürfe und dergleichen bei Verhaftungen als Anschuldigung herangezogen wurden. Der Verdacht liegt deshalb nahe, dass einzelne Beamte wahllos Verhaftungen vornahmen und diese dann durch unwahre Anschuldigungen zu rechtfertigen versuchten.»

Das Wort des vereidigten Polizisten geniesst von Gesetzes wegen höhere Glaubwürdigkeit gegenüber jenem eines Normalbürgers. Das heisst: Steht vor Gericht Aussage des Polizisten gegen Aussage des Demonstranten, so rechnet das Gericht erstere mal zwei. Dabei tritt die Polizei in solchen Fällen regelmässig selber als Partei in eigener Sache auf. Würde ein Polizist zugeben, er habe zu Unrecht Leute eingekesselt, wären die Konsequenzen eine Strafuntersuchung und ein Disziplinarverfahren gegen ihn. In solchen Momenten zieht es ein Polizist wohl vor, sich durch falsche Vorwürfe zu schützen. Überprüfen lässt sich das ja nicht. Die Kollegen wälten die Verantwortung auf sich ab. Er darf darauf vertrauen, dass die Jugendlichen angesichts der allgemeinen Pogromstimmung zum vornehmsten als ungläubig und verdächtig eingestuft werden, allein schon weil sie jung sind.

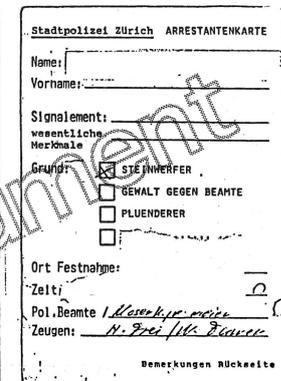
wo sie mit Demonstrationen verglichen werden.

Die photographisch registrierten Jugendlichen haben nichts zu lachen: Möglicherweise steht ihre Lehr- und Arbeitsstelle auf dem Spiel, Zimmer und Wohnungen werden ihnen gekündigt. Die polizeiliche Bildbeschaffungsaktion steht, was die Jugendlichen anbelangt, in besonders krassm Widerspruch zum Gesetz: Nach § 4 der Verordnung über die



Ankreuzen genügt!

Jeder Polizist trägt diese handlichen grünen Karten auf sich. Verhaftet er jemanden, hat er die Wahl zwischen vier Löchern, in denen er den Demonstranten versenken kann. Bei der Verhaftung Dutzender von Passanten am Toblerplatz zum Beispiel wurde von den handelnden Beamten einfach bei allen Personen das Leerd Feld angekreuzt und dahinter «Barrikadenbau» geschrieben, obwohl sich nur einige wenige an einem solchen aktiv beteiligt hatten. Eine Strafanzeige (1. 10.) im Original: «Er (der Beschuldigte) sah noch, wie ein Polizist auf einer kleinen grünen Karte ein Feld ankreuzte und dahinter: «Barrikadenbau» schrieb.» Mit diesem Kreuz hat der Betroffene vorerst «Untersuchungshaft» gebucht.



Ankreuzen genügt!

Jeder Polizist trägt diese handlichen grünen Karten auf sich. Verhaftet er jemanden, hat er die Wahl zwischen vier Löchern, in denen er den Demonstranten versenken kann. Bei der Verhaftung Dutzender von Passanten am Toblerplatz zum Beispiel wurde von den handelnden Beamten einfach bei allen Personen das Leerd Feld angekreuzt und dahinter «Barrikadenbau» geschrieben, obwohl sich nur einige wenige an einem solchen aktiv beteiligt hatten. Eine Strafanzeige (1. 10.) im Original: «Er (der Beschuldigte) sah noch, wie ein Polizist auf einer kleinen grünen Karte ein Feld ankreuzte und dahinter: «Barrikadenbau» schrieb.» Mit diesem Kreuz hat der Betroffene vorerst «Untersuchungshaft» gebucht.

Wie wird Befehlsgehorsam erzielt?

Eine Polizeitruppe ist ausgewählt, ausgebildet und in den verschiedensten Funktionen eingeteilt worden. Sigmund Freud hat schon 1921 einen psychologischen Faktor hervorgehoben, der für alle institutionell organisierten «Massen» (wie er es nannte) gilt. Das individuelle Überich wird zum Teil durch die Identifikation mit einer ausseren Instanz, den Befehlsgeweh, dem Kommandanten, der Führungshierarchie und ihrer Ideologie ersetzt. Die erworbene individuelle Kontrolle über Triebimpulse wird einer äusseren Kontrollinstanz überantwortet. Ein genügender Befehlsgewalt, so heisst es, wäre sonst gar nicht erreichbar. Doch enthalten die vermittelten Idealforderungen zweierlei, eine «double message»: Einerseits: Du vertrittst Recht, Gesetz und Ordnung, enthalten in den Dienstvorschriften, und in Vorschriften, die du dem Publikum gegenüber aufrechterhalten musst, aber auch bürgerliches Wohlverhalten, «die Polizei – Schützer, Freund und Helfer». Andererseits: Du stehst prinzipiell immer auf der Seite des Rechts, auch wo du im Dienst Regeln übertreten musst, die für jeden anderen Bürger Geltung haben. Diese Bemerkung wird man nur mit Verwunderung lesen, wenn man sich nie überlegt hat, was es bedeutet, wenn jemand täglich über muss, dass im Strassenverkehr für sein Fahrzeug keine Verkehrsregel Geltung hat, wenn er dazu ausgebildet wird, gefährliche Kampftechniken (Karate, Handhabung von Schusswaffen) nicht zur sportlichen Übung, sondern zur körperlichen Schädigung von Menschen einzusetzen. Dies

*Das «Überich» ist nach S. Freud die Kontrollinstanz, der das Ich unterworfen ist; moralische Gebote und Verbote. P. Parin: «Der Träger der Moral (ist) im Subjekt das Überich, in der Gemeinschaft unsere Wertsysteme, im Staat die bewährte demokratische Ordnung»

Züri ohni Zensur

immer unter zwei Voraussetzungen: 1. Der Polizist hält sich an den Befehl, handelt also im Einklang mit dem äusseren Verantwortungsträger, dem ein Anteil des individuellen Überich delegiert ist. 2. Er hält sich an die ihm zugeteilte Rolle, die besagt, dass der Polizist das Recht vertritt und der «andere» ein wirklicher oder potentieller Rechtsbrecher ist.

Psychische Vorgänge im Zusammenhang mit der Berufsrolle sind mindestens

System von Verordnungen, Bussen, Streichung von Bussen bei Wohlverhalten eingerichtet habe, das tadellos funktioniere, jedoch bei seiner Gattin merkwürdigerweise versage. Man lächelt vielleicht und denkt: eine groteske Entgleisung. Doch wird eine Rollenidentifikation, die einen Teil der Normalperson ersetzt, in der Ausbildung und Berufsausübung der Polizei geradezu angestrebt. Wie könnte man sonst erwarten, dass

wesentlich eingeschränkt sein kann. Je nach den Umständen ist er mehr «er selber» oder mehr von diesen unbewusst wirkenden Mechanismen geleitet. In bezug auf die Beherrschung sadistischer Neigungen, die in unserer Ethnie (Volksgruppe) fast allgegenwärtig angelegt sind, besteht bei Angehörigen eines Polizeikorps ein labiles Verhältnis zwischen der Triebkontrolle, wie sie bei einem relativ selbständigen Individuum abläuft, und einer von Rollenidentifikation und Ausseninstanzen geübten Triebkontrolle.

Meine Annahme ist, dass es zu den *grausamen Ausschreitungen kommt, wenn Bedingungen und Umstände herrschen, unter denen die individuelle Triebkontrolle ganz oder teilweise von der berufsspezifischen abgelöst wird.* Natürlich gibt es trotz einheitlicher Ausbildung und Befehlssituation individuelle Varianten. Bei manchen Polizisten wird die individuelle Abwehr sadistischer Neigungen (die natürlich mehr oder minder stark angelegt sein können) nicht oder kaum nachlassen, bei anderen treten die berufsspezifischen Mechanismen relativ leicht in Funktion. Immerhin erklärt die Annahme allgemein vorhandener, unterdrückter sadistischer Regungen und in der Ausbildung und im Einsatz von Polizei entwickelter und automatisch ausgelöster psychischer Mechanismen, wieso an den verschiedensten Orten und bei doch recht verschiedenen Gelegenheiten Polizisten (auch brave, nette Leute, auch «beständige Sozialdemokraten») sich wie «fascistische» Quäler verhalten.

Die alles dürfen

Die Bedingungen, die zu Ausschreitungen dieser Art führen, sind längst bekannt. Im Befehl muss wörtlich oder sinngemäss enthalten sein, dass ein «hartes», also rücksichtsloses Vorgehen erwartet wird und dass Grausamkeit durch Diskriminierung der potentiellen Opfer legitimiert ist (jugendliches Gesindel, harter Kern, Drahtzieher, Gaffer usw.). Dann gestattet das delegierte Überich sadistische Triebabrische. Wenn auch derartige Grausamkeiten in der Dienstordnung streng verboten und mit disziplinarischen Strafen bedroht sind, vermag das die in der Situation ausgelöste psychische Dynamik oft nicht zu bremsen, weil diese ja gerade die individuelle Kontrolle abgelöst hat. Insbesondere schwer zu verarbeitende Emotionen rufen die geschilderte Dynamik der Rollenidentifikation auf den Plan dessen, «der alles darf, während andere nicht dürfen». In Zürich wurden die Nerven der Polizisten durch langes Warten auf den Einsatz und dadurch strapaziert, dass sie immer wieder Aufgaben übernehmen mussten, bei denen ihnen un-

wohl war, sie sich schämen mussten, die Polizisten beschimpft und, was besonders schwer erträglich ist, ausgelacht wurden. Individuelle Erschütterung wird durch Rückgriff auf Rollenidentifikation und externalisierte Regulatorien abgelöst. Dass es auch ruhigen, wortgewandten Personen wie Reto Hännly² nicht möglich ist, mit entgleisten Polizisten im Einsatz ins Gespräch zu kommen, erklärt sich nicht nur aus der Wut und der Kraft sadistischer Regungen über das vernünftige Ich; dieses hatte ja schon vorher auf unbewusste Mechanismen zurückgegriffen, die die individuelle Ansprechbarkeit erheblich beeinträchtigen. Auch besonnene Kollegen können in der Regel schlagende Polizisten mit Worten allein nicht von ihrem Tun abhalten.

Natürlich gibt es äussere Faktoren, die den Mechanismen entgegenwirken. Ich habe beobachtet, dass gewisse Umstände, welche die Anonymität wirklich oder symbolisch begünstigen, die Normalperson von Polizisten rascher auslösen. Die meisten Brutalitäten geschehen erst in der Dunkelheit, abseits vom grossen Haufen, oft in einsamen Strassen. Das ist auch bei anderen verbotenen Triebhand-

Werden Sie Mitglied des Vereins Pro AJZ. Der jährliche Mitgliederbeitrag beträgt 20 Franken. Zahlungen auf PC-Konto 80-48750 Verein Pro AJZ. Jede Spende ist willkommen.

solchen Ausschreitungen entgegen. In Zürich wurde schon vor Jahren die Kennzeichnung der Polizei mit Namen- oder Nummernschildern gefordert, aber nie eingeführt. Ich glaube, dass eine solche Kennzeichnung nicht einfach durch Furcht vor Strafvergehen wegen Verstössen gegen das Dienstreglement wirksam würde. Wer seinen Namen trägt oder weiss, dass man ihn persönlich erkennen wird, hält sich leichter an seine individuelle Verantwortung und Kontrolle als der Namenlose, der nur Teil einer Institution «Polizei im harten Einsatz» ist.

Dass im Ernstfall psychische Mechanismen zur Wirkung kommen, enthebt die Behörden und die Öffentlichkeit, die ihnen die Macht gibt, nicht von ihrer Verantwortung. Im Gegenteil. Wenn man eine Polizeigruppe schult, weiss man, wie sie reagieren wird, wenn ihr «Gegner» durch Beschimpfung und Propaganda zum «Feind des Rechts» erklärt ist. Wer Polizei seelisch belastenden Situationen aussetzt und dann harte Einsätze befiehlt, rechnet mit grausamen Ausschreitungen. Der Verdacht ist berechtigt, dass man auf die abschreckende Wirkung des Terrors hofft. Die Legitimierung sonst verpörrter sadistischer Regungen bei manchen unbeteiligten Mitbürgern sichert der Behörde Beifall, während andere Mitbürger die Geschehnisse gefühlsmässig verleugnen. (...)

Dass es zu einer Eskalation von Gewalt kommen musste, war voraussehbar. Überraschend lange «rächten» sich die Protestierer durch Pflastersteine in die Schaufenster von Läden an der Bahnhofstrasse und am Limmatquai. Nur während der Einsätze warfen sie Steine und Hölzer auf die Angreifer, die mit ihren überlegenen Waffen auf sie losgingen. Dass und wie es dazu kommen wird, dass einzelne oder Gruppen wirklich zu «Feinden des Rechtsstaates», zu Kriminellen werden, ist nur eine Frage der Zeit. Auch da gibt es psychologisch beschreibbare Gesetzmässigkeiten. Und auch dafür ist eine Politik verantwortlich, die diese Entwicklung im Gang hält und ihre unvermeidlichen Folgen in Kauf nimmt.

Keine Nummern

Der Antrag von Kantonsrat Ruedi Bautz (POCH), wonach die Polizeigradniedere in Zukunft Nummern tragen sollten, wird von der bürgerlichen Mehrheitsfraktion und dem grössten Teil der SP niedergestimmt. Ein SP-Kantonsparlamentarier, der den Antrag ebenfalls abgelehnt hatte, fürchtete gar, die «Nummern könnten falsch abgelesen werden» («Volksrecht», 7. 10.). Konsequenterweise müsste dieser Politiker auch für die Abschaffung der Autonummern eintreten. Der Gemeinderat der Stadt Zürich hält sich in dieser Frage schon gar nicht für zuständig: «Bei Nummern an Polizeiuniformen handelt es sich um eine Kleiderfrage, und dies fällt daher in den Zuständigkeitsbereich der Polizei selbst.»

lungen nicht anders. Die anonyme Tarnung und Maskierung in den Kampftagen und die Ausstattung mit gefährlichen Waffen erleichtert (faktisch und symbolisch) Gewalttaten. Dienstkarabiner mit Hartgummibolzen, Wasserwerfer, Gasbomben, Knüttel sind Mittel und symbolische Instrumente von Gewalt.

Verantwortlich sind die Behörden

Alles, was jedoch die individuelle Identität betont, wirkt der Neigung zu

² Vgl. den Text von Reto Hännly, «Zürich, Anfang September. Tage in Polizeigewahrsam» (bei der Redaktion «das konzept» gegen 2.40 Fr. in Briefmarken erhältlich).

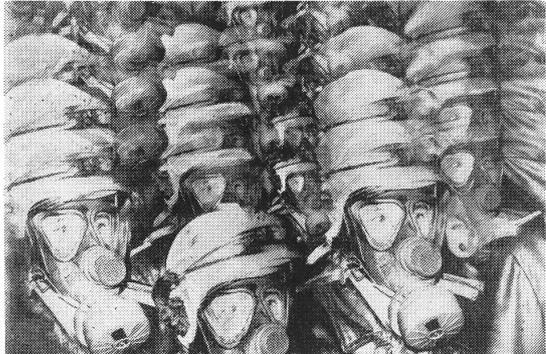


Bild: Walter Erb

ebenso wichtig für sogenannte Entgleisungen in einer Polizeitruppe wie die Delegation des Überich auf den Befehlshaber, und zwar vor allem ein Mechanismus, den ich die Identifikation des Ich mit der (Ideologie einer institutionellen) Rolle genannt habe. Dieser Faktor fällt etwa mit dem zusammen, was man unter «deformation professionelle» versteht. Durch längere Zugehörigkeit zu einer fest organisierten Institution erfolgt bei den meisten Personen eine unbemerkte Angleichung an Verhaltensnormen, die ihre Rolle darin bestimmen, und an Erwartungen (zum Beispiel an Macht, Prestige oder auch Ablehnung, Verachtung), die sie mit sich bringt, und an Erwartungen, die andere Personen an den Rollenrepräsentanten herantragen. So gibt es den typischen Offizier, Polizisten, Psychiater, Manager, aber auch den typischen Bergarbeiter, Typographen, Literaten. Sobald die Persönlichkeit durch irgendwelche äusseren oder inneren Konflikte verunsichert ist, eine Festigung braucht, pflegt sich das einmal etablierte Rollenverhalten zu verstärken und dadurch die erschütterten oder bedrohten Ichfunktionen kompensatorisch zu ersetzen. Ein Polizist, der mir in der Sprechstunde über Schwierigkeiten klagte, die er mit seiner Frau teilt, erwähnte nebenbei, dass er für seine beiden Kinder im Volksschulalter seit langem ein

einer nur Wohlverhalten vertritt, während doch gleichzeitig zahlreiche und grundlegende Normen des Wohlverhaltens für ihn nicht gelten.

Eigenes Gewissen wird ersetzt

Man kann den psychologischen Sachverhalt zusammenfassen. Befehl und Abhängigkeit vom Befehlshaber ersetzen bei der Polizei zum Teil das individuelle Gewissen; eine automatische Identifikation mit einem polizeilichen Rollenverhalten ersetzt bei Angehörigen einer geschulten Polizeitruppe die Funktion der Selbstbeobachtung, die Beurteilung der äusseren Situation und andere für vernünftiges Handeln nötige Kontrollen. Die individuelle Triebkontrolle durch Überich und vernünftige Realitätsanpassung ist bei Angehörigen der Polizei im Einsatz potentiell herabgesetzt.

Ich muss betonen: Die juristische Verantwortlichkeit eines Angehörigen des Polizeikorps für sein Handeln ist die gleiche wie die jeder erwachsenen vollsinnigen Person. Die menschliche Fähigkeit, seinem Gewissen zu folgen und vernunftgemäss zu handeln, ist keinem Polizisten abzusprechen. Seine Schulung und seine Lage im Einsatz bringen es jedoch mit sich, dass seine Autonomie durch die psychologischen Mechanismen der Rollenidentifikation und Überichdelegation

Offener Brief an den Stadtrat von Zürich

Sehr geehrte Damen und Herren im Stadtrat

Sie wurden in letzter Zeit von Parteien und Interessenverbänden unter Druck gesetzt, endlich gegen die Unruhen in Zürich hart durchzugreifen. Dieser Druck kommt von denselben Kreisen, die unter dem Vorwand von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beides ständig abbauen. Gefordert sind ein Demonstrationsverbot, Schnellverfahren in Strafprozessen gegen sogenannte polikriminelle Jugendliche, die Veröffentlichung ihrer Namen zwecks öffentlicher Brandmarkung, Presse, Radio und Fernsehen sollen die Informationsfreiheit mittels Zensur schützen und unbequeme Tatsachen verschweigen; Schule und Universität sollen die Jugend zu angepassten Mitmachern unserer Leistungsgesellschaft heranbilden.

Über der rasanten Entwicklung Zürichs zum internationalen Handels- und Finanzplatz, zum schweizerischen Shopping-Center, wurden die unmittelbaren Bedürfnisse der Bewohner dieser Stadt systematisch vergessen. Viel billiger Wohnraum ist bereits in Büros und teure Appartements umgewandelt, Lärm und Abgase übersteigen für mindestens 20 Prozent der Zürcher Bevölkerung schon längst die zumutbaren Höchstwerte. Weit über 50 000 Menschen haben dieser Stadt in den letzten zehn Jahren den Rücken gekehrt. Nicht etwa die Herstellung von «Ruhe und Ordnung», sondern die Distanzierung von einer Politik, die uns in diese Sackgasse geführt hat, ist notwendig.

Die Jugend leidet unter den gleichen unmenschlichen Bedingungen wie wir alle auch:

- Wir sind als Menschen nicht mehr gefragt, sondern offenkundig nur noch als Arbeitsmaschinen und Käufer
- Unsere Umwelt wird aus Renditegründen zerstört
- Unsere Stadt wird durch Expressstrassen und Autobahnen immer dichter zugemauert

In den letzten zwei Jahrzehnten reagierten ein beträchtlicher Teil aller Bevölkerungsschichten und vorab die Jugend immer sensibler auf diese und ander Missstände. Unter anderem mit der Forderung nach einem AJZ, nach einem Ort, wo neue Formen des Zusammenlebens gefunden und eine eigene Kultur entwickelt werden kann, hat die Zürcher Jugendbewegung in ihren Unbehagen öffentlich gemacht.

Sie, der Zürcher Stadtrat und Ihre Kollegen Regierungsräte, haben es nie für nötig befunden, sich mit solchen Begehren ernsthaft auseinanderzusetzen. Statt den Dialog aufzunehmen, verschanzten Sie sich hinter genau jenen formaljuristischen und «realpolitischen» Argumenten, die Jugendlichen in der Forderung nach spontanen Lebensmöglichkeiten und

nach Autonomie bekämpfen. Sie haben nicht als Politiker (Volksvertreter), sondern als Beamte und Verwalter einer wirklichkeitsfremden Zürcher Postkarten-Idylle gehandelt. Das AJZ mussten Sie zwar kurzfristig unter dem Druck der Strasse öffnen, folgten aber mit der Schliessung ebenschnell dem Druck jener Kräfte, denen jeder Gedanke nach Veränderung suspekt ist. Gleichzeitig liessen Sie es zu, dass aus unbequemen Mitbürgern Kriminelle, aus zerbrochenen Fenster-scheiben Staatsvergehen konstruiert worden sind.

Die Abhängigkeit Ihrer Politik von den Interessen eines einflussreichen Teils der Zürcher Geschäftsleute lässt Sie nun im wahren Sinn des Wortes auf Ihrem eigenen Scherbenhaufen sitzen.

WIR WOLLEN DAS NICHT UND MACHEN DA NICHT MIT!

Sie als Stadtrat haben es in der Hand: Sie können die Stadt weiter einfrieren, die Polizei einsetzen und Jugendhäuser schliessen. Aber wohin führt das?

- Wollen Sie, dass die Jugend nebst dem Vertrauen auch noch jede Hoffnung verliert?
- Wollen Sie, dass auch schon die Jugend gleich wie die Alten sagt: «Das hat doch alles keinen Sinn, die machen ja doch nur, was sie wollen?»

- Wollen Sie also, dass die Jugend resigniert wie die Mehrzahl der stimmbfähigen Bürger, die nicht mehr zur Urne geht?

Was hätte das zur Folge? Die Jugend könnte nur noch:

- Abschalten und konsumieren, sich nicht mehr um unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und ihre eigenen Bedürfnisse kümmern
- Ausflippen und in der Traumwelt der harten Drogen und des Alkohols Ersatz suchen. (Die Statistiken über den allgemeinen Konsum von Alkohol und Psychopharmaka, die Selbstmordraten sind aus unserer Sicht aussagekräftiger als das Bruttosozialprodukt.)
- Untertauchen und versuchen, gewaltsam gegen diesen Staat vorzugehen

WIR WOLLEN DAS NICHT. DESHALB SCHREIBEN WIR IHNEN DIESEN BRIEF!

Uns geht es hier nicht um Schuld und Sühne, sondern um simple gesellschaftliche Vernunft, deshalb unterstützen wir aufs kräftigste die Forderungen der Zürcher Jugendbewegung: **Einstellung aller Strafverfahren gegen Demonstrierende, sofortige und bedingungslose Wiedereröffnung des AJZ, die Bereitstellung der dafür notwendigen Gelder.**

Wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, wollen eine Gesellschaft, in der Menschlichkeit, Mei-

nungsfreiheit, persönliche Entfaltung und die Verwirklichung einer eigenen Kultur selbstverständliches Bürgerrecht sind. Wir erwarten, dass Sie den Forderungen der Jugend sowie der ganzen Bewegung nicht mehr mit Knüppeln, Gummigeschossen und Tränengas antworten, sondern die einfachsten demokratischen Grundrechte aufrechterhalten respektive wieder einführen.

Mit freundlichen Grüessen

Die Unterzeichneten unterstützen diesen Brief und sind einverstanden, dass er zusammen mit ihrem Namen und Beruf einer weiteren Öffentlichkeit auf dem Inseratweg bekanntgemacht wird:

Name/Vorname	Beruf	Adresse	Unterschrift

Sofort einsenden an: Ad-hoc-Gruppe «Inserat», c/o Verein Pro AJZ, Postfach 176, 8406 Winterthur.

Vom grossen Desinteresse am afrikanischen Intellekt

Von Isolde Schaad

Literatur, die in die Kälte kam

Wir haben - um im Jargon zu reden - Mühe mit Afrika. Zwar ist die Musik der Schwarzen für uns nicht mehr exotisch, der Afro-Musiker der Szene fast schon vertraut. Wie man dieser Tage und Tagungen feststellen muss, kommt uns hingegen ein Schriftsteller aus Afrika, milde gesagt, fremd vor. Das beginnt schon mit der äusseren Erscheinung: Wenn er angezogen ist wie wir, halten wir ihn für unecht oder, wie das jetzt heisst, «plastisch». Wenn er afrikanisch daherkommt, glauben wir, er sei ein Scharlatan. Er kann tun, lassen und schreiben, was er will: wir wissen nicht recht, wie wir's mit ihm halten sollen, und unsere Schriftsteller haben gleich entschieden, es überhaupt nicht mit ihm zu halten.

Afrikanische Literatur, die das Hauptereignis der Frankfurter Buchmesse hätte sein sollen, war weniger ein literarisches als ein ethnologisches, wenn nicht ein folkloristisches Thema. Und es wird im derzeitigen Literaturbetrieb wie Porzellan gehandelt: with care (von «caritas»).

Wenn Afrikaner im Literaturbetrieb ihre Saison haben - wie die Frauen und andere «Natur» das eben haben -, werden sie wie Wild in der Schonzeit behandelt. An der Buchmesse würde man den Verdacht nicht los, die deutschen Verleger fürchteten sich vor dem Probelauf ihrer afrikanischen Autoren und nähmen sie deshalb so sehr unter die Fittiche des universellen und unverbindlichen Kulturpaternalismus - unter denen ein Maori, ein Indianer aus Neuseeland, so gut wie ein Ernesto Cardenal Platz hat. Die Lesung des angolischen Historikers Prosper Kivouyou war ein Drittel so lang

wie die Einführung seines deutschen Lektors. Und um den Kulturpaternalismus wehte die Bise des Wettbewerbs: Mein Afrikaner ist besser als deiner. Man warf sich in die Brust und in den Schon-die-alten-Römer-Ton: Unser Verlag hat es sich längst zum Anliegen gemacht, bevor...

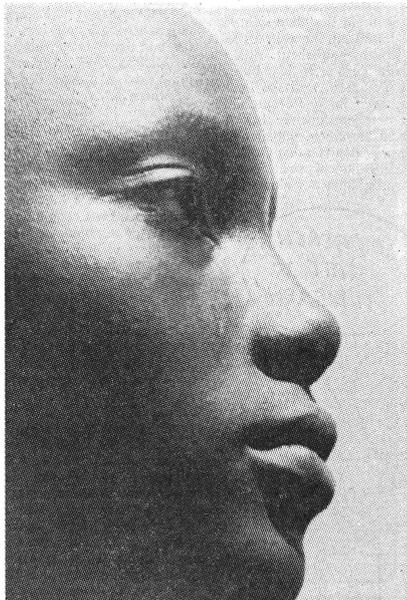
Um Missverständnissen vorzubeugen: ich meine nicht etwa die verdienstvolle Verlagskooperation von Hammer/Walter (Dialog Afrika), die mit 16 Titeln die ganze Vielfalt der afrikanischen Belletristik erschliesst. Und ich meine nicht jene raren Afrikalebhaber, die als Organisatoren und Förderer anderer Art sich bemühen, die afrikanische Literatur der neuen allgemeinen «Völkerverständigungsformeln» zu entwenden, die alles schon weiss oder es gar nicht wissen will.

Woher kommt dieses eklatante Desinteresse für die afrikanische Belletristik? Die Südamerikaner (Cortazar, Marquez, ganz zu schweigen von Pablo Neruda) kommen längst in unseren vornehmen Verlagen heraus. Das politische und spirituelle Schrifttum der Asiaten ist Born der Alternativ- oder Politszene und im Taschenbuch bei rororo zu haben. Aber selbst von den berühmtesten Afrikanern, wie etwa Chinua Achebe, Ngugi wa Thiong'o, Okot B'Okot, Dennis Brutus, Dyprian Ekweni, Sembene Ousmane, will man dort nichts wissen, obschon sie die ganze literarische Welt ausser uns längst kennt. (Ich räume ein, dass da auch das schlechte Gewissen ihrer jeweiligen Kolonialherren mitspielt, die sie eifrig und sofort verlegen.) Die sogenannten Trivialautoren, wie etwa Camara Laye, haben die Auflagenstärke eines Simmel längst übertroffen. Damit will ich nicht etwa dem kommerziellen Vertrieb von Afrika das Wort reden, sondern nur die Frage stellen, ob denn unser deutschsprachiger Literaturbetrieb tatsächlich so provinziell ist, wie man (die Engländer, Franzosen, Amerikaner) ihm vorwirft, und ausserhalb Europas und den USA mit knapper Not den Nobelpreisträger zur Kenntnis nimmt.

Vielleicht wollen wir eben keine Literatur von einem Kontinent, den wir nur als Safari- und Tramperparadies oder als politisches Desaster kennen, oder wenn schon, dann als Erholung von der Hungerberichterstattung, und wir fürchten, dass sie das nicht ist. Afrika liegt näher,

aber kulturell entfernter von uns als etwa Lateinamerika, ist andererseits weniger exotisch als Asien. Es ist einfach nur ein fremder Kontinent. Exotik lässt sich konsumieren, man kann ihr ohne Anstrengung huldigen, das Fremde aber muss man kennenlernen in einem lang-

James Mathew (SPD- und ANC-Trommler), zwischen Adolf Muschg und Chinua Achebe, Peter Härtling und Sembene Ousmane, der auch seine Probleme mit Familiendynastien hat, entpuppt sich als Naivität des zugereisten kleinen Moritz. Und die Frauennoffensive



aus: Unesco-Kurier 8/9 79

wierigen und anstrengenden Prozess. So reisen unsere fortschrittlichen Schriftsteller lieber mal schnell nach China und nach Kuba als in die Sahelzone. Nicht, dass ich erwarte, dass ein Schriftsteller, der sich links schimpft, sich je über die allgemeine Entwicklungsproblematik hinaus speziell mit Afrika befassen muss, aber wenn Afrika zu ihm nach Europa kommt, dürfte man auf Kenntnisnahme schon hoffen. Die Vorstellung von einem Treffen zwischen Günter Grass und

hätte sich so prachttvolle Frauen wie Sylvie Kumah und Mariama Bâ schon kümmern dürfen.

Sicher gab es gute Gründe für die Nichtbegegnung dieser bedeutenden Autoren, die alle an der Messe zugegen waren. Vielleicht haben sie sich privat getroffen, was weiss ich, und schliesslich muss ein Schriftsteller in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf deren Boden Frankfurt steht, ja auch das Recht zur Abstinenz haben.

Aber das Bild von der Begegnung, die nicht stattfand, wiederholt sich in den Feuilletons, wo meines Wissens nur gerade 1 (ein) Literaturkritiker afrikanische Literatur kritisiert. Literatur kann aber überhaupt nur in ein Verhältnis zu uns kommen, wenn man denselben Massstab an sie legt wie an andere ausländische Literatur. Was heisst, dass man sie ernst nimmt.

Statt Literaturkritikern, Journalisten, Literaten rezensieren Dritte-Welt-Spezialisten, Entwicklungssoziologen, Kolonialhistoriker, Auslandskorrespondenten, Reisejournalisten und Hochschullehrer die afrikanische Belletristik, was genau das Verhältnis ausdrückt, das man zu ihr hat. Ich zweifle nicht an der Kompetenz all dieser Fachleute und spreche ihnen das Recht nicht ab, ich sehe nur die Tücke ihrer Bemühung: Sie setzen nämlich afrikanische Autoren nicht der öffentlichen Meinung aus, sondern nehmen sie davor in Schutz. Sie führen ein, erläutern, erklären, interpretieren, was dann bald entscheidend und schliesslich entworfen bedeuten kann. Das Fremde wird nicht ausgesetzt, sondern «angenähert», ein Lieblingsschiff für sämtliche Versuche mit dem Unbekannten.

Ich höre jetzt den Einwand, solche literaturkritischen Prominentenrunden seien sowieso elitär, und halte ihm entgegen: Wenn schon die sogenannte Intelligenz eine fremde Literatur nicht zur Kenntnis nimmt, wie soll sie dann das Volk kennenlernen?

Wenn statt der Kritiker die Politiker rezensieren, kommt Belletristik ganz einfach nicht zu ihrem Recht, sie kommt ins Odium der Barmherzigkeit. Sie wird geistige Nahrung für Entwicklungszusammenarbeit. Afrikanische Literatur, so stellt aber Peter Ripken in einem Aufsatz fest, taugt gerade nicht als psychökonomischer Schlüssel für Investoren, sie dient nicht dem Verständnis einer «Volkseele». Sie ist nämlich so heterogen wie die unsere, nicht nur in ihren Stoffen, sondern auch in ihrem Spektrum, zu dem die staatsmännische Rede, das Palaver so gut gehören wie das Schulbuch, das Wiegenlied, die Politballade und neuerdings der Krimi (Hilary Ngweni).

Mariama Bâ hat von den Japanern einen Preis bekommen. Ich erkenne, dass Preise und zudem für Frauen nichts als Feigenblätter sind für den «gesunden» Fortgang der Ausbeutung von Mann und Frau in Afrika. Aber sie signalisieren zumindest eine Kenntnisnahme eines «reichen kulturellen Schafens» (Fortsetzung auf Seite 12)



INSERAT

BAZILLUS-MUSIKRESTAURANT
STAMPFENBACHSTRASSE 8, CH-8001 ZÜRICH

Jeden Abend ab 20 Uhr
Live-Jazz-Musik

Täglich von 11 bis 24 Uhr
offen

preiswerte Menüs über
Mittag und täglich warme
Küche von 11 bis 23 Uhr

... und aufgestellt Lütü
zum Plaudern und Disku-
tiere!

GROSSES ANGEBOT AN
POLITISCHEM, FOLK UND ROCK

TICKETS 16.-

SWISS WAVE: THE ALBUM 15.-

LUCIO DALLA (die neu) 17.-

Neu für die Schweiz:
ALLEN GINSBERGS I.P. "GATE"



Stauffacherstr. 119
8004 ZH/ 01 241 33 01

au de Biemann und de
Born händ neu! Doppel LPs
(bi eus je 26.-)

AKTIONEN LPs AB FR.2.-

Neue Schweizer LPs mit Jazz, Rock und Poesie

Mehr oder weniger Eigenständiges

Von Hugo Faas

Die Geschichte vom Propheten, der im eigenen Land nichts gilt, ist erstens altbekannt und zweitens ganz besonders auf die Schweiz anwendbar. Dies musste auch die Luzerner Free-Music- und Elektro-Jazz-Gruppe «OM» am eigenen Leib erfahren. Doch die vier Innerschweizer wollten die Herausforderung annehmen: anstatt zwischen Käse und Banken zu versauern, sind sie ins Ausland gegangen und sind dort auf offenere Arme und Ohren gestossen. Sie erhielten Gelegenheit, für JAPO, das Tochter-Label der renommierten Plattenfirma ECM, Aufnahmen zu machen. Für ihr neuestes Album, «Cerberus», flohen die vier eigens nach Oslo ins Talent-Studio, wo jeweils Jan Gärbarek, Terje Rypdal und andere ECM-Grossen ihre Platten mit einem Supersound aufnehmen.

«Cerberus» zeigt deutlich, wie gross die Fortschritte sind, die «OM» in den letzten Jahren gemacht hat. Es zeigt aber auch, weshalb es «OM» gelungen ist, sich im Ausland durchzusetzen. Ihre Version des Electric Jazz hebt sich wohnhaft vom Jazz-Rock-Einheitsbrei amerikanischer Herkunft ab und zeichnet sich trotz dem Power des Schlagzeugers Fredy Studer durch grosse musikalische Differenziertheit aus. Je nach Gusto würde ich folgenden Anspieltitel vorschlagen: für Jazz den Titel «Earworms», für Sphären-Freaks «Eigentlich wollte Johann auf dem Mond den anderen Jazz kennenlernen», für Free-Music-Anhänger «Cerberus Dance» und für die, die es lieber etwas rockig mögen, «At My Ease». Aber am besten hört man sich sowieso gerade die ganze LP an...

«Gras ist Gras»

Beat Brechtbühl ist ein vierzigjähriger Schweizer Schriftsteller und Bildermacher, der aus Oppligen (BE) stammt und heute in einem alten Bauernhaus im Zürcher Oberland wohnt. Seine Romane «Kneuss», «Nora und der Kümmere» und «Mormann und die Angste der Genies» haben ihn im ganzen deutschsprachigen Raum bekannt gemacht. Daneben ist er immer wieder als Lyriker hervorgetreten. Womit wir bei der Musik angelangt wären. Seine Gedichte bieten sich dank ihrer Sprachmelodie und ihrer Rhythmik geradezu an, mit Musik zusammen vorgetragen zu werden.

Seit längerer Zeit schon hat Beat Brechtbühl mit Musikern aus Folk und Jazz zusammengearbeitet, und zum erstenmal sind nun die Resultate davon auf einer LP greifbar. Auf das naheliegende Klischee «poetische Musik» wurde verzichtet, und der Zürcher Trompeter Jürg Grau schrieb Musik, die ebenso auf dem Boden steht wie Brechtbühls Gedichte. Lyrik, zusammen mit Jazz-Rock und Funky-Jazz, das dürfte - wenigstens in unseren Breiten - eine Novität sein. Die vier «Shivananda»-Musiker Chico Hablas, Carlo Milan, Walter und Peter Keiser sorgen zusammen mit Jürg Grau dafür, dass die Musik abflärt und zum idealen Transportvehikel für die Gedichte von Beat Brechtbühl wird. Diese stammen alle aus dem Sammelband «Traumhämmer» (erschienen im Benziger-Verlag), den man/frau sich sowieso anschaffen wird, wenn einem die LP «Gras ist Gras» eingefallen ist. Die beiden Sprecher leisten gute Arbeit, nur wünsche ich mir, sie hätten auf ihr Bühnendebüt zugunsten eines kernigen helvetischen Hochdeutsch verzichtet. Denn Beat Brechtbühl ist ein Schweizer Dichter, der sich engagiert und kritisch mit unseren schizophren Gegebenheiten auseinandersetzt. Er schreibt so nah am Leben, dass es mich irritiert, wenn seine Texte durch das Bühnendeutsch aus dem Alltag herausgehoben werden. Dies sollte den Leser aber nicht davon abhalten, sich einmal «Gras ist Gras» in Ruhe anzuhören. Ein Gewinn bringt das allemal. Da diese LP im regulären Handel wohl eher schwierig zu erhalten ist, hier noch die Bezugsquelle: Waldmusik, Postfach 108, 8636 Wald.

«Swiss Wave The Album»

Ein weiteres sacktackeres Album ist in einem Eigenverlag erschienen, weil es von einer der grossen Plattenfirmen wohl kaum herausgegeben worden wäre. Aber wahrscheinlich hätten dies die hier vertretenen Gruppen auch gar nicht gewollt. «Swiss Wave» - Zusammenzug von Swiss Music und New Wave - diese LP trägt ihren Titel zu Recht. Denn es gärt nicht nur in den Strassen unserer Grossstädte, sondern auch in der Musik-Szene. Hier wie dort suchen frische, eingeklagene Leute ihre Identität. So ist Zürich

nicht nur (was heisst denn hier schon «nur»?) die Stadt der Krawalle, es gibt auch bereits so etwas wie den «Zürich-Sound». Und hier ist er: Sieben Gruppen aus Zürich und Umgebung stellen sich mit zwölf Titeln auf der LP «Swiss Wave The Album» vor.

Die beiden Titel, die mir am meisten eingefallen sind, heissen «Eisbär» und «Raum», gespielt von der Gruppe «Grauzone». Diese beiden Nummern wären allein schon eine Antwort auf die Frage, was denn die Jugendlichen auf der Strasse treibt. Sie widerspiegeln auf eindringliche Art die Kälte und die Monotonie, die Leere und die Unpersönlichkeit des schweizerischen Gefühlslebens. Zwei Gruppen, die bei der Schaffung des «Zürich-Sound» massgebend waren, sind «Liliput» und «Mother's Ruin». «Liliput», die Nachfolgeband der «Kleenes», haben noch nichts von ihrer Frische eingebüsst. Herrlich rotzig und mit viel Drive fräsen die fünf Frauen ihre Nummern herunter. Speziell stark ist der Titel «DC-10», das ist echte Abstruz-Musik...

Weitere Gruppen auf dieser LP sind «Jack & The Rippers», «The Sick» und «Ladyshave», die mehr oder weniger eigenständig, zum Teil ziemlich wilden Rock spielen. Musikalisch am meisten auf dem Kasten hat die Gruppe «Rudolph Dietrich & KdF». Sie hat in der Bewegung für einige Aufregung wegen ihres Namens «Kraft durch Freude» gesorgt. Nimmt man diesen Namen wortwörtlich, kann wohl kaum jemand etwas dagegen haben. Erst die Assoziationen an das Hitler-Regime machen die Bezeichnung ambivalent und daher nicht ganz ungefährlich. Zu hoffen bleibt, dass Rudolph Dietrich weiss, was er tut. So wie beim Singen und Gitarrespielen, «Swiss Wave The Album» (Off Course Records, Swiss Wave Distribution, Box 496, 8026 Zürich) ist frisch, energiegeladene, rockig, frech, eigenständig, flippig - die LP zum heissen Züri-Summer.

Gehören auch noch erwähnt...

Während auf dem Swiss-Wave-Album noch vieles roh und eckig und mit wenig Aufwand produziert ist, sind in letzter Zeit auch LPs von Schweizer Rock-Gruppen erschienen, die auf internationalem Studio-Level produziert



Zeichnung: Eugen Bisig

sind. Besonders CBS tut sich neuerdings recht hervor auf diesem Sektor. «The Tickets» (CBS 84 423) kann man eigentlich noch der New-Wave-Szene zuordnen. Diese Westschweizer Band wird geprägt von der starken Persönlichkeit des Sängers, Gitarristen und Komponisten Kevin Carlsen-Flynn. Gute Titel, wie etwa «Electricity», «Can't Feel» oder «What Are You Doing», zeigen, dass auch bei den «Tickets» noch viel von der Aufmüpfigkeit und vom Energiehub der New Wave vorhanden ist. Eher konventionell, aber guten und ehrlichen Rock spielen die «Trampolin» auf ihrer ersten LP, «In The Dead Of The Night» (CBS 84 289).

Zum Schluss seien noch zwei Jazz-LPs erwähnt. «Tell's Show» heisst das zweite Album des Swiss Jazz Quintet und bringt von Coltrane beeinflussten Jazz auf hohem Niveau. Dies tröstet etwas darüber hinweg, dass man gerne Eigenständiges gehört hätte (Gold Records LP 11 117). Max Roach und Anthony Braxton halten auf dem Doppelalbum «One In Two - Two In One» (hat Hut SIX 2R06) einen Diskurs auf höchster Ebene unter dem Titel «Die hohe Schule der freien Improvisation». Das Resultat: Musik für tausend Assoziationen und mindestens ebenso viele Bilder. Und da diese Musik an einem Schweizer Festival (Willisau) aufgenommen und von einer Schweizer Firma (hat Hut) herausgegeben wurde, gehört sie ebenso hierher wie in jeden Plattenschränk von Free-Music-Freaks.

Wie die Nagra die Schweiz entsorgen will:

Sondieren geht über Studieren

Von Marcos Buser, Geologe

Ende September wurde die Schweizer Öffentlichkeit Zeuge eines politischen Betriebsunfalls: Das Bundesamt für Energiewirtschaft hatte eine Geologengruppe von hochdotierten Universitätsgelehrten zusammengerufen, um das vorliegende Forschungsvorhaben der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung von radioaktiven Abfällen (Nagra), an der auch der Bund beteiligt ist, zu begutachten. Anstatt die erhoffte Zustimmung zum geplanten Vorgehen zu geben, übte das Gremium scharfe Kritik.

In den vergangenen Jahren gerieten die von Elektrizitätswirtschaft und Bund unternommenen Bemühungen um die Beseitigung von radioaktiven, insbesondere hochaktiven Abfällen in der Schweiz auch von Seiten der Wissenschaft zunehmend unter Beschuss. Gegenstand der Kritik sind das Vorgehen der Nagra bei der Suche nach Endlagerstätten, die Mängel in der Organisation der Bundesbehörden und eine auf Sachzwängen beruhende Gesetzgebung.

Diese Schwächen gaben nach dem Einreichen von zwölf Sondierbohrungen der Nagra erneut zu heftiger Kritik Anlass. Ihr schloss sich die von den Aufsichtsbehörden zugezogene Geologengruppe in einem vierseitigen, den Bundesbehörden Anfang September zugestellten Bericht an.

Dieser Bericht, der zu den wichtigsten geologischen Sachfragen des Nagra-Sondierbohrungsprogramms Stellung nimmt, ist in dreierlei Hinsicht von Bedeutung:

- Er unterstützt die bisher erhobene Kritik aus Geologenkreisen in ihren wesentlichen Punkten. Das von den Bundesbehörden offiziell zur Stellungnahme aufgeforderte Gremium gelang dabei auch zum Schluss, dass die Bohrkampagne, zu deren Vorbereitung die Nagra allein 200 Millionen Franken zur Verfügung stehen, nur als *Vorrekonozierung betrachtet werden könne und keineswegs für die Standortwahl eines Endlagers genüge.*
- Er fordert für die Erteilung der Bewilligungen für Sondierbohrungen die Durchführung einer Anzahl von *zusätzlichen Grundlagenarbeiten.*
- Aus dem Bericht geht auch hervor, dass der *Termin 1985 für den Nachweis der geforderten «Gewähr für die sichere, dauernde Entsorgung und Endlagerung nicht eingehalten werden kann.* Diese Ansicht steht damit im Gegensatz zu der offiziellen Politik der Bundesbehörden.

Wissenschaftlich zweifelhaftes Bohrprogramm

Der Geologenbericht ist aber auch in anderer Hinsicht von Belang: Zum er-

sten Mal seit ihrem Bestehen sieht sich die Nagra gezwungen, ihr weiteres Vorgehen der wissenschaftlichen Kritik anzupassen. Allerdings setzt sie dabei ihre altbewährte Tradition, kritische Punkte auszulassen, zweifelhaftes Rezept anzuwenden und eine entstellende Informationspolitik zu betreiben, unbeirrt fort. So legte sie zwar den von den Geologen angeforderten Rahmenbericht, der das Sondierbohrprogramm auf eine wissen-



Miggi Wechsler

schaftliche Grundlage stellen sollte, noch im September vor. Drei wichtige Kritikpunkte der Geologen wurden aber gar nicht berücksichtigt.

In dem von der Nagra vorgelegten Rahmenbericht fehlen die verlangten Kriterien für die «End»-Lagerung sowie Analysen über die Verhältnisse im angrenzenden Schwarzwald und über die Wasserzirkulation im Tiefuntergrund der Nordostschweiz. Die Wahl der Bohrregion und der Bohrpunkte sind auf-

grund der Geologenkritik zwar zum ersten Mal begründet, allerdings in einer Art und Weise, die die *untergeordnete Stellung der Erdwissenschaften* innerhalb des Nagra-Entsorgungsprogramms deutlich widerspiegelt.

Trotz diesen offensichtlichen Mängeln behauptet die Nagra aber gegenüber Presse und Öffentlichkeit, dass sie die von den Geologen gestellten Anforderungen bereits erfüllt habe. Darüber hinaus weigert sich die Nagra nach wie vor, das von den Wissenschaftlern geforderte *regionale Seismikprogramm* zur Bestimmung des Aufbaus der geologischen Schichten in der Erdkruste durchzuführen, obwohl dies für eine optimale Standortermittlung unerlässlich ist.

Entsorgung wirklich angestrebt?

Die Ursachen dieser Entwicklung, die wir seit geraumer Zeit auf dem Gebiet der nuklearen Entsorgung erleben, liegen tiefer als bloss in Mängeln in der Organisation und der Planungstätigkeit der Nagra. Nur allzulang war die Politik der Schweizer Elektrizitätswirtschaft auf die massive Förderung der Atomenergie bedacht. Mit der tatkräftigen Unterstützung der Bundesbehörden gelang es den Stromversorgungsunternehmen, Atomkraftwerke in Betrieb zu nehmen, ohne auch nur den Ansatz einer Lösung des Abfallproblems zu erbringen. Auch nach der im Jahr 1972 erfolgten Gründung der Nagra, an der die Elektrizitätswirtschaft mit 1/3 und der Bund mit 1/3 beteiligt ist, wurde diese Politik des AKW-Ausbaus trotz den nun immer offensichtlicher werdenden Problemen der Entsorgung unbeirrt fortgesetzt. Erst der ständig wachsende Druck der AKW-Gegner und die mit der Atominitiative verknüpfte Bedrohung des Schweizer Atomprogramms führten Ende der 70er Jahre zu den ersten «konkreten» Schritten im Hinblick auf die Bewältigung des Müllproblems.

Nagra droht mit Stromentzug

Die Arbeit der Nagra stützt sich auf die Forderung des 1979 in Kraft getretenen *Atomgesetzes*, wonach der weitere Betrieb und Ausbau der Kernenergie von der «Gewähr für die dauernde, sichere Entsorgung und Endlagerung» abhängig gemacht wird. Diese Formulierung ist eine Konzession an die Atomkraftkritiker, die, seit der Besetzung von Kaiseraugst 1975, bis zur definitiven Lösung des Atomüllproblems einen *Baustopp* verlangten.

stadt (das «Einheimischen»-Viertel) befindet sich an der Peripherie und nicht im Zentrum. Dem erschreckenden Grad der Amerikanisierung der Zentren haben wir durchaus gemeinsam. Das urbane Afrika dürfte etwa gleich viele McDonalds besitzen und Kentucky fried chicken verzehren wie der deutsche Bundesbürger.

Der afrikanische Städter isst vielleicht im «Mövenpick» zu Mittag und liest dann in den Zeitungen im Goethe-Institut, dem deutschen Kulturinstitut in Übersee, dass die Bundesrepublik gerade einen Atomvertrag mit Südafrika unterzeichnet hat und Bertelsmann ein Verlagshaus in Nigeria eröffnen wird. Und da soll er in unserem Literaturbetrieb die Rolle des kleinen Prinzen spielen?

Die «Begegnung», mit welch frommem Wort das Afrikanische auf der Literaturszene angekündigt wird, findet nicht statt und, noch viel trauriger, kann gar nicht stattfinden. Eine Begegnung, die schon weiss, was ihr begegnet, ist ohne Poesie. Sie kann nur noch Politik sein, wie die angereizten Afrikaner klarmachen suchten.²

Jedoch am Geburtstagsfest der deutschen Literatur, der Frankfurter Buchmesse, ist das nicht die Art des feinen schwarzen Mannes: Das hat man gar nicht gern gesehen, «so» etwas, und hat sich Afrika dort gemeldet, wo es noch unschuldig wild schien: Der nigerianische Freak Rashidi Omi Ny, der für den «MutterErde»-Verlag paradierte und augenrollend für sein Recht auf Primitivität plädierte, hatte den grössten (Schau-)Erfolg. Es scheint sich in den 500 Jahren, seit die Neger gelegentlich bei uns zu Besuch wählten, nichts geändert zu haben. Man hat sie immer noch gern ertümelnd, von ihrem Intellekt will man nichts wissen, am wenigsten die intellektuellen.

² Der Protest der Afrikaner richtete sich gegen die Verlage Südafrikas, die ebenso wie faschistische Verlage angeblich aufgrund mangelnder juristischer Möglichkeiten nicht von der Messe ausgeschlossen werden können.

Die Nagra auf Konfliktkurs

Während die Atomkraftwerke Mühleberg, Beznau I und II und Gösigen abgesehen von einigen Zwischenfällen pausenlos Strom produzieren und deren Betreiber dabei wacker verdienen, stapeln sich schon jetzt die abgebrannten Brennelemente am Ort der Produktion.

Der bisherige Hauptabnehmer für atomaren Müll aus der Schweiz, die französische Firma Omega (La Hague), hat sich wegen zu erwartender Schwierigkeiten bei der Wiederaufbereitung vertraglich ausbedungen, dass ab 1. 1. 1990 die abgebrannten Brennelemente zurückgenommen werden müssen, wenn diese nicht verarbeitet werden können.

Das Atomgesetz verlangt daher, dass die Nagra bis 1985 mit einem «ausführungsfähigen» Projekt zur *Atomüllagerung* Abhilfe schaffen soll. Weil aber die im Gesetz verlangte «Gewähr für die sichere, dauernde Endlagerung» von radioaktivem Abfall bis zu diesem Zeitpunkt nicht erbracht werden kann und wohl noch mindestens bis zur Jahrtausendende auf sich warten lässt, verdrängen die Nagra-Verantwortlichen «rechtsstaatlich gesetzte Normen» nach ihrem Gutdünken – notabene mit dem Segen der Behörden.

Die Zeit drängt, und noch ist kein geeigneter Standort für ein Bohrloch der Nagra in Sicht. Die meisten Gemeinden, die von der Nagra für einen solchen Standort ins Auge gefasst wurden, wollen nicht mitmachen. Mit dem – notfalls physischen – Widerstand der ansässigen Bevölkerung ist zu rechnen.

Sollte sich die Nagra unter den gegenwärtigen Bedingungen entschliessen, ihre Bohrpläne wahrzunehmen, so ist zu befürchten, dass sie ihre Löcher unter Polizeischutz in den Boden treiben wird. Der Konflikt ist vorprogrammiert.

Die Elektrizitätswirtschaft hat sich mit der Atomtechnologie, so schien es, auf einen gewinnträchtigen Markt gestürzt, die Produktion auf Konkurrenzbasis aufgenommen, ohne die Produktion und ihre Folgen (Atomüll, abgebrannte Reaktorrohrn, Brennstoffschub) grundsätzlich und praktisch im Griff zu haben. Dadurch ist die Wirtschaftlichkeit der Atomenergieproduktion, das Hauptargument der Stromproduzenten, als Ganzes in Frage gestellt.

Die Kritik am Schweizer Atomprogramm greift daher zu kurz, wenn sie sich jetzt darauf beschränkt, die Nagra auf den «richtigen» Weg zu führen. Georg Hodel

Als – scheinbares – Entgegenkommen wurden die Betriebsbewilligungen der AKW Beznau I und II, Mühleberg, Gösigen und Leibstadt zusätzlich mit Auflagen versehen. Die Betriebsbewilligungen würden entzogen, wenn bis Ende 1985 nicht ein Projekt vorliegt, das die erwähnte «Gewähr» bietet. Mit diesem Passus gelang es der Atomindustrie, die Werke Gösigen und Leibstadt vom Damoklesschwert der Entsorgung vorläufig zu befreien.

Überdies wurde die 1985-Frist durch einen Nachsatz wesentlich abgeschwächt: Das Energiewirtschaftsdepartement kann nämlich die Betriebsbewilligung der Werke aus «zureichenden (!)

Nagra-Bohrungen heute nicht verantwortlich

Weil die Behörden eher die Interessen der Elektrizitätswirtschaft als die der Öffentlichkeit wahrnehmen, sollten die AKW-Gegner die Bedingungen für eine sachgerechte Bewältigung der anstehenden Entsorgungsprobleme stellen und deren Einhaltung durchsetzen. Meiner Meinung nach sind die vorgeschienenen Sondierbohrungen *nicht verantwortlich*, solange folgende fünf Forderungen nicht erfüllt sind:

- Das Entsorgungsproblem ist nach wissenschaftlich anerkannten Methoden zu untersuchen. Den Behörden obliegt die Pflicht, die Durchführung nach demselben Massstab zu begleiten.
- Die Bevölkerung ist bei wichtigen Entscheidungen miteinzubeziehen. Sie ist jederzeit einspracheberechtigt und kann in strittigen Fragen in der ihr angebrachten Art und auf Kosten der Abfallproduzenten Grundsatzgutachten erstellen lassen. Eine Lösung darf nicht gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung erzwungen werden.
- Alle Informationen sind jedermann zugänglich.
- Die Verfahren sind derart zu regeln, dass möglichst wenig Rechtsunsicherheit bestehen bleibt.
- Bis zur Klärung der hängigen Probleme dürfen keine zusätzlichen Sachzwänge geschaffen werden. Weitere Bewilligungen (inklusive der Inbetriebnahme von Leibstadt) sind zu verweigern. Dem Weiterbetrieb der bestehenden A-Werke ist bis zum Zeitpunkt einer Lösung durch geeignete energiepolitische Massnahmen zu begegnen. M. Buser

Gründen angemessen (!) verlängern. Zusätzlich zu dieser offensichtlichen Ausweichmöglichkeit werden die Nagra und die ihr nachstehenden Kreise nicht müde, widerstrebigen Gemeindeversammlungen in den Sondierstandorten mit *Stromentzug* zu drohen, wenn sie den Plänen der Atomüllfirma nicht zustimmen.

Auch für die AKW Kaiseraugst, Graben und Verbois gelang es der Atomindustrie, Abschwächungen im revidierten Gesetz durchzuboxen. Diese Missstände zum Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme den Entsorgungsnachweis erbringen!

Das Gesetz zurechtgebogen

Auf eine Anfrage von Nationalrat Gerwig, wie denn dieser Nachweis zu erbringen sei, wurden dann die gesetzlichen Grundlagen in einem zweiten Schritt zugunsten der Kernkraftwerk-Betreiber zurechtgebogen. Diese «Gewähr» sei erbracht – interpretierte der Bundesrat das Gesetz –, wenn drei Bedingungen erfüllt seien: Es müssten Lagerprojekte für die verschiedenen Abfallkategorien vorliegen, der Standort und die Geologie der künftigen Lagerstätten bekannt sein, verschiedene, inhaltlich nicht näher bezeichnete Grundsatzgutachten erstellt werden.

Mit diesen Ausführungen gaben sich unsere Politiker zufrieden, obwohl diese Interpretation des Gesetzes in keiner Weise einem wissenschaftlich erbrachten Entsorgungsnachweis entspricht.

Die Geologenkritik an der Nagra bestätigt nun, dass der Standort und die Geologie der künftigen Lagerstätten mit dem vorgeschlagenen Tiefbohrprogramm, das einer Vorselektion gleichkommt, bis 1985 nicht zu ergründen sind. Trotzdem gelang die Nagra – nach eigenen Angaben in Übereinstimmung mit den Aufsichtsbehörden – zum Schluss, dass bis zum vorgegebenen Zeitpunkt ein sogenanntes «Modellprojekt», eine verwirrende Wortschöpfung, die früheren Kreationen wie «Entsorgung», «Störfall» keineswegs nachsteht, vorgelegt werden kann. Anhand dieses «Modellprojekts» liesse sich – glaubt die Nagra – die Sicherheit eines Endlagers grundsätzlich zu bestimmen. Der Lagerstandort (für hochaktive Abfälle, M.B.) würde jedoch «nicht vor Ende der 1990er Jahre festgelegt», erklärte die Nagra Ende September gegenüber der Presse in Bern. Man darf gespannt sein, ob sich die Behörden dieser Interpretation ihrer Interpretation des Atomgesetzes anschliessen. Tun sie dies, wird das Atomgesetz vollends zur Farce.

Politik der Sachzwänge

Verantwortlich für diese verfahrenere Situation sind letztlich die Bundesbehörden, welche das Vorgehen der Nagra und ihrer Auftraggeber seit Jahren decken. Dies änderte sich auch nicht, als durch die neuerlich lautgewordene Geologenkritik den Aufsichtsbehörden die Gelegenheit geboten wurde, auf elegante Art und Weise eine tiefgreifende Kursänderung am Nagra-Programm vorzunehmen.

Anstatt eine funktionsfähige Organisation zu schaffen, welche auf wissenschaftlicher Grundlage eine problemgerechte Entsorgung ausgearbeitet hätte, werden nun unter enormem Zeitdruck wissenschaftlich zweifelhaftes «Lösungs» angeboten. Mit dem eingeschlagenen Weg wird auch neuen Sachzwängen – nämlich der Erzeugung zusätzlicher radioaktiver Abfälle – Vorschub geleistet. Damit sind von den Bundesbehörden Entscheidungen getroffen worden, die den Graben zwischen Atomkraftbefürwortern und -gegnern zusätzlich vertiefen. Oder streben die Nagra und die Behörden bewusst eine harte Konfrontation mit den AKW-Gegnern an?

TIP · TIP · TIP

Bibliothek über AKW und Umweltschutz

Die Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke (UBA) Zürich hat in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift «A-Bulletin» und dem A-Lädli Ridicli eine Bibliothek geschaffen. Etwa 130 Bücher und Broschüren informieren über Atomkraftwerke, Energiepolitik und Umweltschutz im weitesten Sinne. Die Bücher können während den Öffnungszeiten im A-Lädli Ridicli, Rolandstrasse 27, gratis für einen Monat oder länger ausgeliehen werden.

Dritte-Welt-Bücher für Kinder und Jugendliche

Die 5. Auflage der Broschüre «Dritte Welt: Empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher» der «Erklärung von Bern» berücksichtigt Neuerscheinungen bis zum Herbst 1980.

Erhältlich für 5 Franken bei der «Erklärung von Bern», Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich.

Literatur, die in die Kälte kam

Fortsetzung von Seite 11

fens», wie das in der Sprache der Preisverleihungen heissen dürfte. Diese Kenntnisnahme findet bei uns nicht einmal da statt, wo man im Namen des *proletarischen Internationalismus* die Feder wetzt. Selbst im Bücherherbst mit 40 Neuerscheinungen aus Afrika blickt die «Konkrete»-Sondernummer «Literatur» nicht über den linken Gartenhag hinaus, und hervorragende Schreibtalente wie Herman Gremiza, Wolfgang Pohrt, Hermann Peter Piwitt, Christel Dormagen verkralchen sich einmal mehr in ihren brillanten linken Binnenanalysen (wohin gehst du, «Kursbuch»?).

Wahrscheinlich ordnen auch sie die Afrikaner zur Kategorie der Ethno-Literatur. Ethno, das magische Vor-Wörter, wird leider oft dazu missbraucht, eine Sache unschädlich zu machen. In Amerika zum Beispiel ist «ethnic» offenbar das Prädikat für alles Tolle, was einen nichts mehr anzugehen braucht. So wird die Rassenfrage, nachdem man sie endlich politisiert hat, wieder reexotisiert.

Bei unserer Linken, fürchte ich, könnte die falsche Lesart der Abkoppelungstheorie (in der Entwicklungspolitik) die jetzt im Umlauf ist, die Ignoranz bezüglich afrikanischer Literatur auf dem Gewissen haben: Abkoppelung als Synonym für Die-Finger-davon-Lassen. In diesem Fall wünschte ich mir doch Dieter Senghas und Rudolf Strahm als Rezensenten.

Aber das verheerende Missverständnis der Abkoppelungstheorie entschuldigt wohl den kleinsten Teil der Desinteressierten an Afrikas Literatur: Der Grund muss anderswo liegen. Er ist vielleicht am ehesten in dem alten Vorurteil zu suchen, dass alle schwarze Kultur aus dem Bauch und nicht aus dem Kopf kommt, zum heissen Verzehr und nicht

zum Reflektieren. Die afroamerikanische Intelligenz, die in den sechziger Jahren rund um Angela Davis Furor machte, erreicht uns jedenfalls nicht mehr.

Ich stelle fest: Literaturkritiker und Schriftsteller sind Jazzliebhaber. Sie alle lieben Afrika in der Musik. Das soll kein Vorwurf sein, sondern bloss eine Frage an unser aller Ethnozentrismus, aus dem heraus wir nun einmal nicht können wollen. Da wird zwar für eine illustre Gesprächsrunde zum Thema Ethnozentrismus ein berühmter Afrikaner eingeladen, doch wird ihm im Verlauf der Diskussion bedeutet, dass nicht er angesprochen sei, sondern die Frage, ob Europa noch zu retten sei.

Den Dichtern und Denkern, deren Dichten und Denken mit ihnen selbst aussterben wird, wollen wir jetzt nicht noch ein Interesse an der Literatur des «Primitiven» abringen. Aber die mittlere Generation der Kosmopoliten: kann man von ihr keine Bereitschaft verlangen, ihre eingefahrene kulturelle Konsumgewohnheit zu überprüfen? Wollen wir gar nicht wissen, dass Afrika nicht nur einen Dollar Brand, sondern auch heisse Literatur und kühle Musik-Poeten hat wie den Gitarristen Francis-Bébé, den bekanntesten Troubadour Afrikas? In Frankfurt lief das Publikum in der Halbzeit des Abends mit Bebey, Schriftsteller und Verlegern weg.

Abgesehen davon, dass die Romanfiguren Afrikas mit den unseren viel verwandter sind, als ihre Namen vermuten lassen: wir lernen bei der Musik, die aus Afrika kommt, akustisch buchstabieren und hören uns in komplizierte Rhythmen ein, die für unsere Ohren schwieriger zu fassen sind als der frankophone Sprachduktus oder das anglophile Gedicht der Afrikaner. Der Held in *Wole Soyinkas* Roman «Plage der tollwütigen Hunde» ist ein Werbefachmann. Chinua Achebes Kurzgeschichten handeln meistens in der Stadt, die sich in der Struktur nur umgekehrt zu unserer Stadt verhält: Die Alt-

Der «demokratische Psychiater» Giovanni Jervis über seine Arbeit mit Franco Basaglia

Das Ende der Irrenhäuser

Am 29. August starb Franco Basaglia. Er gilt als einer der Begründer der «Demokratischen Psychiatrie», die sich Anfang der 60er Jahre mit Reformen beschäftigte, später die vollständige Abschaffung der psychiatrischen Kliniken in Italien forderte. Giovanni Jervis* spricht über seine Arbeit mit Basaglia, über Experimente und Fehler in der «Demokratischen Psychiatrie».

«das Konzept»: Du kamst 1966 nach Görz (Gorizia), wo Basaglia seit 1961 zusammen mit Agostina Pirella und anderen Psychiatern an der Umwälzung der psychiatrischen Anstalt arbeitete. Die Prinzipien der sogenannten Therapeutischen Gemeinschaft waren weitgehend richtungweisend für eure Arbeit. Wie sah das konkret aus?

Jervis: Das Modell der Therapeutischen Gemeinschaft gründet auf Versammlungen von Patienten und Psych-

suchten zum Beispiel, soziale Probleme mit politischen Begriffen zu interpretieren, während die Therapeutische Gemeinschaft das nicht tat. Umgekehrt wird im allgemeinen in der Therapeutischen Gemeinschaft häufiger mit der Psychoanalyse gearbeitet, als dies in Gorizia geschah; wir arbeiteten selten mit dieser Methode wie auch mit anderen psychotherapeutischen Methoden. Ein anderer Unterschied: wir versuchten, die Zerstörung des Autoritätsprinzips in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen.

1968 verliess Franco Basaglia Gorizia und wurde Leiter der Psychiatrischen Klinik in Parma. Wieso kam es zum Bruch?

Einerseits liegen die Gründe in der unterschiedlichen Einschätzung der in Gorizia gemachten Erfahrungen. Basaglia war der Meinung, dass in Gorizia schon alles getan worden sei, was überhaupt möglich sei, man müsse jetzt diese Erfahrungen in anderen psychiatrischen Kliniken Italiens verbreiten. Pirella hingegen vertrat die Ansicht, das Experiment von Gorizia sei noch nicht zu Ende geführt. Das waren unterschiedliche Einschätzungen der anti-institutionellen Strategie. Andererseits gab es auch Spannungen innerhalb der Gruppe, die auf unterschiedlichen politischen Orientierungen beruhten. Diejenigen, die sich politisch an der traditionellen Linken orientierten, waren der Meinung, die neue Psychiatrie in Italien müsse die Macht der Institutionen brechen, indem sie sie von oben erobere. Das hiess, Beziehungen zu Parteien, zu Regierungen, zu Universitätsbehörden aufbauen. Die Anhänger der Neuen Linken stellten hingegen das Bündnis mit den Arbeitern, mit den Studenten, d. h. mit der Basis statt mit der Spitze, in den Vordergrund. So stellten sich uns damals die politischen Trennlinien dar. Heute bin ich der Meinung, dass ein Bündnis mit den Arbeitern unrealistisch war.

Franco Basaglia suchte eher das Bündnis mit den Parteien?

Ja, vor allem mit der Kommunistischen Partei und mit den regionalen Regierungen.

Du wurdest 1969 mit der Reform der psychiatrischen Dienste in Reggio Emilia beauftragt, wobei der Aufbau klinikexterner Betreuungsdienste im Mittelpunkt stand. In Triest, wo Basaglia arbeitete, wurde die Öffnung der Anstalt nach aussen in Angriff genommen, was letztlich zu ihrer Schliessung führte. Welche Bedeutung hatten diese Experimente?

In Triest wurde der Versuch unternommen, die psychiatrische Klinik abzuschieben, d. h. sie durch dezentralisierte Formen der Betreuung in den Quartieren, in Verbindung mit dem Bereich der sozialen Fürsorge, zu ersetzen. Das war eine sehr wichtige Erfahrung und wurde

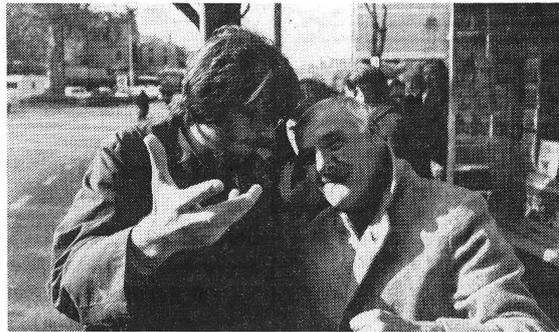
zum Modell für einen neuen Typus der psychiatrischen Versorgung.

Was wir hingegen in Reggio Emilia versucht haben, war etwas anderes. Die Provinzialverwaltung hatte uns angeboten, neue Formen der Betreuung auszuprobieren, Formen, die in keinem Zusammenhang mit der psychiatrischen Klinik standen. Bei der Hilfe für Leute mit psychischen Problemen versuchten wir, die nächste Umgebung miteinzubeziehen, die Familie, das Quartier, Arbeitskollegen, Gewerkschaften usw.; Einlieferungen sollten vermieden werden. Wir haben alle mögliche ausprobiert, ohne daraus einen Vorschlag für eine neue Psychiatrie in Italien erarbeiten zu wollen; es war wie in einem wissenschaftlichen Labor. Wir wollten sehen, ob eine politische Psychiatrie inmitten der Leute, in den Quartieren, Betrieben usw. möglich war. Unsere Fragestel-

Besteht aber beim Aufbau der dezentralisierten, quartiernahen Formen der Betreuung nicht die Gefahr, dass die Psychiatrie in alle gesellschaftlichen Bereiche eindringen kann, dass eine Verfeinerung der sozialen Kontrolle stattfindet, dass gesellschaftliche Widersprüche besser psychiatriert werden können?

Da ist einmal zu bedenken, dass Italien nicht mit der Schweiz, der BRD oder mit Frankreich verglichen werden kann. In Italien gibt es keinen starken Staat, es gibt bei uns nicht diese effiziente, moderne und funktionale soziale Kontrolle via Polizei, Schule und «Sozialtechniker» aller Art. Die soziale Kontrolle geschieht bei uns noch nach der Art des «alten Kapitalismus». Folglich ist die Rolle der Psychiatrie in der Gesellschaft weniger gefährlich, als sie es zum Beispiel in der BRD sein könnte, wo es schon eine enge Beziehung zwischen richterlicher Gewalt, Polizei und Psychiatrie gibt.

Hingegen ist eine andere Gefahr zu beachten. In Italien haben wir ein sehr schlechtes System der sozialen Fürsorge, weshalb dessen Funktionen weitgehend



Bilder aus «Tu interno lo libero» von Gian Buttarone

lungen waren: Sollten Fachleute (Pfleger, Psychologen, Ärzte) oder sogenannte Laien (Arbeiter, Studenten, Gewerkschafter) vor allem beizugezogen werden? Welche Instrumente und Methoden sollten angewendet werden: Familientherapie? Psychoanalyse? usw.

Stand nicht die Frage, ob die Anwendung psychiatrischer oder psychotherapeutischer Methodik und Instrumente überhaupt zulässig sei, im Zentrum der Diskussion?

Ja, das war eine der grundsätzlichen Diskussionen, vielleicht die grundsätzlicste überhaupt. Wir kamen zum Schluss, dass die Anwendung solcher Methodik und Instrumente nicht zu vermeiden war. Im übrigen hatten wir in Gorizia schon damit gearbeitet, z. B. brauchten wir dort Psychopharmaka im allgemeinen in recht hoher Dosis. Die Diskussion in Reggio Emilia drehte sich dann darum, welche Methoden zulässig, welche am wenigsten autoritär seien.

Worin liegt die Bedeutung des Psychiatriegesetzes von 1978, welches sicher der politische Haupterfolg der «Demokratischen Psychiatrie» ist?

Die Bedeutung liegt darin, dass in Italien schrittweise alle psychiatrischen Kliniken geschlossen werden sollen.

Die Arbeit Basaglias

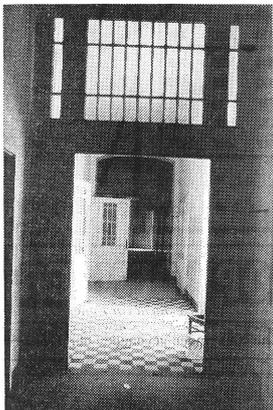
In der Psychiatrischen Klinik in Gorizia wurden 1961 die ersten anti-institutionellen Reformen in Gang gesetzt: Öffnung der Anstalt und allmähliche Öffnung aller Abteilungen, Abbau der Hierarchie, Abteilungsverammlungen, gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens. In Triest, wo Basaglia 1971 die Leitung der Psychiatrischen Klinik übernommen hatte, wurde die 1200-Betten-Anstalt allmählich geleert, konnten die entlassenen Patienten ambulant oder in dezentralisierten quartiernahen Zentren betreut und sukzessive resozialisiert werden. Der Beweis war erbracht: Die konsequenteste Humanisierung der psychiatrischen Anstalt ist ihre Abschaffung. Die Erfahrungen von Triest wurden richtungweisend für die psychiatrische Betreuung in ganz Italien: Das Psychiatriegesetz von 1978 sieht die allmähliche Schliessung der psychiatrischen Kliniken vor.

Die italienischen Reformpsychiater verzichteten bewusst auf die Bezeichnung «Antipsychiatrie», wie sie von Cooper u. a. geprägt wurde. Die inhaltlichen Unterschiede sind zahlreich, vor allem aber waren die italienischen Psychiater viel politischer in ihrem Denken; ihnen genügte zeitlose, ewig wirksame sozialpsychologische Mechanismen nicht als Erklärung für den Ausschluss der Andersartigen aus der Gesellschaft und ihrer Verwahrung in den Institutionen der Psychiatrie; sie suchten nach gesellschaftlichen, veränderbaren Ursachen. Folgerichtig suchten sie das Bündnis und die Zusammenarbeit mit linken Massenbewegungen. Sie definierten die «Demokratische Psychiatrie» an ihrem Kongress 1976 als «technischen Referenten der fortschrittlichen politischen Kräfte des Landes».

bei der abstrakten Negation des Bestehenden stehen bleibt, sondern handlungsfähig und therapeutisch wirksam wird, dabei aber psychiatrie- und sozialkritisch bleibt und sich nicht an die vorhandene repressiv-Praxis anpasst?

Zunächst möchte ich feststellen, dass alle, die mit Psychiatrie zu tun haben, sich unvermeidlich in der Situation befinden, mit Instrumenten arbeiten zu müssen, die zum Teil repressiv oder manipulatorisch sind. Vor allem im Bereich der öffentlichen Psychiatrie ist es nicht zu umgehen, autoritäre Rollen übernehmen zu müssen. In dieser Hinsicht wird man sich immer die Hände beschmutzen. Das ist unvermeidbar. Zweierlei ist jedoch zu beachten: Einmal ist es wichtig zu wissen, welche Methoden und Orientierungen am wenigsten autoritär, am wenigsten manipulatorisch sind. Das ist auch ein wichtiges Gebiet der Forschung. Dann stellt sich die Frage, wie um das Problem der Psychiatrie, der Irrenhäuser, der psychiatrischen Betreuung im allgemeinen ein politischer Kampf entwickelt werden kann. Der Kampf gegen die psychiatrischen Kliniken in Italien zog die Aufmerksamkeit der ganzen öffentlichen Meinung auf sich und sensibilisierte damit breite Schichten für dieses Problem. Ein anderes Beispiel sind die Neurosen und psychosomatischen Beschwerden der Industriearbeiter: dieses Problem ist schliesslich durch Therapie nicht zu lösen, wenn nicht gleichzeitig das Bewusstsein über die Ursachen der Beschwerden entsteht, ein Bewusstsein, aus dem konkrete gewerkschaftliche Forderungen entstehen sollten.

iatern, in denen die anstehenden Probleme diskutiert werden. Es wird angestrebt, dass in der Gruppe ein Bewusstsein der Verantwortlichkeit gegenüber den individuellen Problemen entsteht. Ein Aussenstehender, der an einer sol-



chen Versammlung teilnehmen würde, hätte Schwierigkeiten herauszufinden, wer nun Arzt und wer Patient ist.

Unser Modell in Gorizia war immer verschieden von der Therapeutischen Gemeinschaft, wie sie von englischen Psychiatern konzipiert wurde. Wir ver-

* Giovanni Jervis ist Facharzt für Neurologie und Psychiatrie. Er arbeitete in Gorizia mit F. Basaglia zusammen. 1969 wurde er von der linken Provinzialregierung mit der Leitung des Psychiatrischen Dienstes in Reggio Emilia beauftragt. Veröffentlichungen in deutscher Übersetzung: «Die negierte Institutionen», mit F. Basaglia, «Psychotherapie als Klassenkampf», «Kritisches Handbuch der Psychiatrie». Über das Thema kritische Psychiatrie und das Experiment Görz berichtete «das Konzept» in Nr. 10/74 («Schafft zwei, drei... viele Görze»). Zu beziehen bei der Redaktion für 2 Fr.

Kaum zu glauben:
Xerox-Kopien zu 8 Rp. das Stück! Spiral-Bindungen in kürzester Frist!
(Ab 70 Stück 7 Rp.)

Keinerlei Sortierkosten!

Kopien aus Büchern nur 15 Rp.!
Mit Legi 10% billiger!

KOPIERSINN!

SDZ

Druck von Liz-Arbeiten und Dissertationen!

Wir drucken auch Verilith und Offset! Wir lochen, heften und binden!

Individuelle Beratung!

LetraLetters
Beschriftungsfolien für Büro, Schule, Haushalt und Hobby!

STUDENTEN DRUCK ZENTRALE
SDZ/Nelkenstr. 7/8006 Zürich / (01) 361 01 31

St Giles College

London Brighton Eastbourne

für Englisch in England

Intensivkurse - Ferienkurse - Juniorenkurse

an unseren bewährten, staatlich anerkannten Ganzjahresschulen in England.

Illustriertes Schulprogramm mit Preisen bei:

Sekretariat ST GILES COLLEGE, Ch. des Anémones, 3960 Sierre/VS, Telefon 027/55 36 19, Schulsprechstunden: täglich 19.00-21.30 Uhr.

Herr/Frau/Frl. Vorname

Strasse PLZ/Wohnort

ungefähres Datum: gewünschte Kursdauer:

dk.3

Körperlernen

auf bioenergetischer Grundlage

6 Wochenenden mit Heiner Steckel

(Bielefeld)

2.-4. 1., 15.-17. 5.,
30. 1.-1. 2., 26.-28. 6.,
24.-26. 4., 17.-19. 7. } 1981

Sie finden alle in Zürich statt und kosten zusammen 980 Franken. Übernachtung gratis, Essen ca. 10 Franken pro Wochenende.

Nähere Informationen samt Anmeldeformular erhältst Du bei: Johannes von Arx, Am Wasser 161, 8049 Zürich, (01) 56 02 49

Wir halten uns an keine Preisabsprache!

Army-Schlafsäcke

fabrikneu, div. Modelle und Grössen, Kinderschlafsäcke, alle Modelle waschbar

50 bis 65 Fr.

z. B. Schlafsack der U. S. Air Force, aus Nylon, innen Baumwolle, Füllung Wollfaser, 2,8 kg, Grösse M: 58 Fr.

Prospekte bestellen bei:

Zängsum-Import c/o M. Birrer, Mühlheimerstrasse 179, 4057 Basel, Tel. (061) 26 40 34

Wir sind erst ZEHN
Aber schon gross

SJU Schweizerische Journalisten-Union SEKTION DES VPOD

feiert ihren 10. Geburtstag am

Samstag, 29. November

ab 20 Uhr

im Volkshaus Zürich

Schürmül-Musig / Luci's Zauberkabinett / Journalisten-Cabaret / Martin Hauzenberger / Musig ab Platte / Quiz für Journalisten und andere Gefährdete

Eintritt: 12 Fr. (SJU-Mitglieder: 8 Fr.)

Abendkasse

SJU, Sektion VPOD, Postfach 5460

8024 Zürich

Wer sucht, der findet

einen

- kurzweiligen
- interessanten
- vielseitigen

Teilzeit-Job

Bei uns!

Auskunft:

Tel. (01) 211 65 60

(Personalbüro, Fr. Meier)

Composersatz

Schreibservice
zu alternativen Preisen

Helga Ruckstuhl-Riedhammer
8581 Schocherswil,
(071) 67 53 04

Meditationsferien am Neuenburgersee

vom 26. 12. 1980, abends, bis
1. 1. 1981, morgens.

380 Fr. inkl. Unterkunft; ohne Verpflegung (selber kochen möglich)

Einführung in den
Original Kriya Yoga durch Dhirananda Brahmachari (Grossneffe von Yogananda, «Autobiographie eines Yogi»)

Auskunft:

S. Graf, H. Suter-Str. 5, 4053 Basel



An- und Verkauf von Occasions-LPs
Studenten 10% Rabatt

Keine Angst vor tiefen Preisen!

Dissertationen

INBEGRIFFEN: Verkleinerung von A 4 auf A 5, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden.

Seitenzahl	Exemplare				
	50	100	150	200	250
70	359	462	535	650	765
100	449	594	682	824	966
150	599	814	927	1114	1301
200	749	1034	1172	1404	1636
250	899	1254	1417	1694	1971

Garantierte Lieferfrist: 2 - 4 Wochen

ADAG COPY-CENTER
ADMINISTRATION & DRUCK AG

Sonneggstrasse 25 - 8006 Zürich - Telefon 01/47 35 54

Meinungspresse - Meinungsvielfalt.

Für den liberalen Zeitgenossen ist es nicht nötig, dass die Zeitung seine Meinung widerspiegelt.

Reine Parteizeitungen sind ja in vielen Ländern dem grossen Zeitungssterben zum Opfer gefallen. Übriggeblieben sind oft nur Sektenblätter, die Mitglieder bestimmter Gruppen zwangsweise abnehmen müssen, darunter typischerweise die Veröffentlichungen rechts- oder linksradikaler Gruppen. Ich halte das im ganzen für eine erfreuliche Entwicklung.

Als mein Vater in den 20er Jahren Redakteur am sozialdemokratischen «Hamburger Echo» war, fühlten sich die Sozialdemokraten noch hinlänglich im Ghetto, um ihre eigene Zeitung zu benötigen. Dasselbe galt für die eindeutigen Richtungs- oder Tendenzblätter auf der Rechten.

Heute haben wir in vielen entwickelten Ländern eine Situation, in der Zeitungen entweder links von der Mitte oder etwas rechts von der Mitte angesiedelt sind. (Einige der erfolgreichsten Blätter folgen überdies dem alten Erfolgsrezept: Politik in der Mitte, Wirtschaft rechts, Feuilleton links.) Das bedeutet, dass die Zahl der Menschen angestiegen ist, die nicht unbedingt ihre eigenen Meinungen in ihrer Zeitung wiedererkennen müssen.

Es gibt nicht den geringsten Grund mehr, warum eine linksliberale Zeitung sich nur an Linke, eine rechtsliberale sich nur an Rechte wenden sollte.

Aus «Forderungen eines liberalen Zeitgenossen an die Zeitung», Referat von Prof. Ralf Dahrendorf, auszugsweise im Tages-Anzeiger vom 28.11.1979 erschienen.

Dem lebt auch der Tages-Anzeiger nach: vielen Meinungen Platz geben - und dabei nicht Partei nehmen, sondern Stellung beziehen. Ein Grundsatz, der ein Grund sein könnte, den Tages-Anzeiger zu abonnieren. Noch ein Grund:

Als Student bekommen Sie den Tages-Anzeiger mit dreissig Prozent Rabatt.

Ich möchte den Tages-Anzeiger einmal näher kennenlernen. Gratis, zwei Wochen lang.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren und von den dreissig Prozent Studentenrabatt profitieren.

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

vierteljährlich Fr. 25.- jährlich Fr. 99.75
 halbjährlich Fr. 50.40

Vorname, Name

8001

Fakultät, Semester

Strasse

PLZ, Ort

(Bitte legen Sie eine Kopie Ihrer Legi bei.)

Tages-Anzeiger

Am Schweizerischen Institut für Berufspädagogik kommt kein Berufsschullehrer vorbei

Die Ideologie-Schmiede

Von Mathias Jäger

Neben der Berufsausbildung wird den Lehrlingen auch – in wenigen Wochenstunden – «allgemeinbildender» Unterricht zuteil. Dieser Unterricht wird aber immer stärker ideologisch vorprogrammiert. Einen wesentlichen Anteil daran hat das Schweizerische Institut für Berufspädagogik (SIBP), wo alle Berufsschullehrer ausgebildet werden. Politisch rechtsstehende Kreise haben an dieser Monopolschule das Sagen.

Ungefähr 70 Prozent der Jugendlichen absolvieren eine Berufslehre. Die Lehrverhältnisse werden in privatrechtlichen Verträgen geregelt. Verantwortlich für die Ausbildung ist ausschliesslich der Lehrmeister. Trotzdem ist die Berufsschule zu einem integralen Bestandteil der Lehre geworden. Der grösste Teil der Lehrlinge besucht sie während eines Tages in der Woche und geniesst dort einen 5stündigen berufskundlichen sowie einen 3stündigen allgemeinbildenden Unterricht (Deutsch, Staats- und Wirtschaftskunde, Rechtskunde). Die Lehrer an den Berufsschulen ihrerseits gehen/gingen in Bern zur Schule.

Monopolausbildung

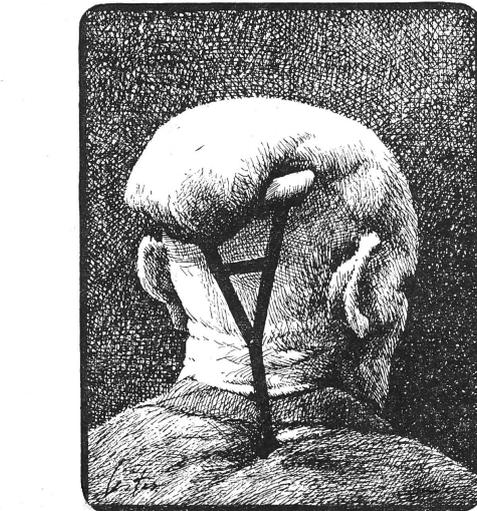
Die auf den 1. 1. 1980 in Kraft getretene Verordnung zum Bundesgesetz über die Berufsbildung verschafft dem Schweizerischen Institut für Berufspädagogik (SIBP) in Bern de facto eine Monopolstellung in der Ausbildung von Gewerbelehrern. Während das Gesetz in Artikel 36 die Möglichkeit einer universitären Ausbildung noch offenlässt, definiert die Verordnung in Artikel 30 den «erfolgreichen Abschluss eines Ausbildungsgangs am SIBP» als Wahlvoraussetzung für hauptamtliche Lehrkräfte an gewerblich-industriellen Berufsschulen (über Ausnahmen kann im Einzelfall das Bundesamt entscheiden).

Da ist praktisch unbemerkt etwas über die Bühne gegangen, was im helvetischen Politalltag einer Sensation gleichkommt: Während sonst jede Zentralisierung und jeder Kompetenzabbau der Kantone die nicht wenigen Föderalisten in der Schweiz auf den Plan rufen, ist es hier ruhig geblieben. Die Gewerkschaften hatten unmittelbare Interessen der Lehrlinge zu vertreten, und die Föderalisten scheinen gegen eine Zentralisierung, die rechtsbürgerliche Positionen stärkt, nicht auf die Barrikaden zu steigen. Zwar behauptet der Direktor des SIBP im Jahresbericht 1979, kein Interesse an einer Monopolstellung zu haben, zwar verneint auch der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage Neukommen den Monopolanspruch des SIBP, doch die Wirklichkeit ist anders.

Das Auswahlverfahren

Wie wird man der Gnade teilhaftig, an diesem auch im wörtlichen Sinn einmal-

gen Institut eine Ausbildung geniessen zu dürfen? Neben der Monopolstellung kennt das SIBP nämlich als bisher einzige öffentliche Schule auf dieser Ebene einen pickelhaften Numerus clausus. Und das ohne definierte Aufnahmekriterien. Einen Rechtsanspruch auf Aufnahme hat niemand. Das Verfahren läuft über die Stationen: ausführliche Bewerbung mit Lebenslauf und Referenzen,



Ideologie als Denkstütze

Empfehlung einer Schule oder eines Kantons, Probelektion, Kolloquium. Letztlich entscheidet ein Verwaltungsausschuss, wer in der Schweiz Gewerbelehrer sein darf und wer nicht!

«Das SIBP ist mehr als eine Schule, es ist eine Ideologie.» Dieser Ausspruch eines Schulleiters einer Gewerbeschule trifft den Kern. Denn der Monopolanspruch steht in schillerndem Gegensatz zur sonst an dieser Gewerbelehrer-Dressuranstalt verbreiteten Ideologie: «Freie» Marktwirtschaft gehört zu den absolut unantastbaren heiligen Kühen,

«Freiheit» brauche nicht definiert zu werden, weil sie ein «Gebot der Vernunft» sei, «kein vernünftiger Mensch» und «kein ernst zu nehmender Volkswirtschaftler» habe heute mehr etwas gegen die Notwendigkeit eines dauernden Wirtschaftswachstums einzuwenden. Und so weiter. Die Zitatbeispiele liessen sich vermehren.

Wer steckt dahinter?

Das Sagen an diesem Institut haben Leute aus der rechten Ecke des Bürgertums. Allen voran der Direktor, Dr. W. Lustenberger, der Oberst, Mitarbeiter des wissenschaftlichen Adjunkten der Rekurenprüfungen und als ehemaliger Sekundarschullehrer in Luzern ein Berufsbildungs-laie ist. Dafür war er Mit-

bildungs-news

Millionen für ein Kindergefängnis

Im Kanton Bern hat der Grosse Rat einen 7-Millionen-Kredit für den Bau eines «Durchgangsheims Bolligen» bewilligt. Gutgeheissen wurden damit unter anderem 24 Einzellen, in denen Kinder ab 12 Jahren eingesperrt werden können. Dass überhaupt kein Betreuungskonzept vorlag, hat offenbar niemanden gross gestört. Für qualifizierte Erziehung hat man so etwas kaum etwas übrig bei den Berner Behörden. Seit zwei Jahren warten überforderte Erzieher und Heimleiter vergeblich auf eine verbindliche Antwort auf ihren Bericht über die «Notlage in den bernischen Kinder- und Jugendheimen».

Die Missstände: Wegen schlechter Arbeitsbedingungen – vor allem miserabler Entlohnung – werde kaum mehr qualifiziertes Personal gefunden. Man versucht sich mit unausgebildetem Hilfspersonal – das man den «Ausgeleiteten» ökonomisch gleichstellt – zu behelfen, die zu erwartenden Konflikte bleiben nicht aus. – Im Konzept der Kinderpsychiatrischen Klinik Neuhaus sind drei Heilpädagogische Wohngruppen vorgesehen, die den aus der Klinik austretenden Jugendlichen die nötige intensive Betreuung bieten könnten. Trotz guten Erfahrungen mit der ersten Gruppe ist der Aufbau einer zweiten Wohngruppe aus finanziellen Überlegungen heraus gefährdet. «Es ist humaner, wirksamer und billiger, dem Kind frühzeitig mit einer helfenden und gezielten Erziehung statt im nachhinein mit strafenden Massnahmen zu begegnen», stellt die Erziehergruppe Bern fest, die sich seit längerer Zeit mit dem Heimwesen befasst und

noch dieses Jahr Grundlagen für eine sinnvolle Erziehungsarbeit zuhanden der zuständigen Behörden ausarbeiten. Ob sie diesmal zumindest mit dem Argument «billiger» Gehör finden wird?

Berner Studenten lancierten Initiative

Die Studentenschaft der Universität Bern lanciert mit Unterstützung mehrerer Linksparteien und Gewerkschaften eine kantonale Initiative für eine Teilrevision des Universitätsgesetzes. Der in 61 Artikeln reformulierte Gesetzesentwurf fordert unter anderem freien Zugang zur Universität, auch auf dem 2. Bildungsweg ohne Matura, öffentliche Kontrolle der Forschungsplanung, Mitbestimmung aller Beteiligten, also auch der Assistenten und Studenten. Dezimalisierung des inneren Aufbaus der Universität. Der eigentliche Startschuss für das Volksbegehren wird im Rahmen eines Unifestes am 22. November fallen. Die Studentenschaft vermisst im Entwurf der Erziehungsdirektion des Kantons Bern für eine Teilrevision des aus dem Jahr 1954 stammenden Universitätsgesetzes die seit langem geforderte paritätische Mitbestimmung von Dozenten, Assistenten und Studenten. Ausserdem möchte das Initiativkomitee die Stellung des Rektors schwächen; dieses wäre dem Universitätskonvent (Legislative) rechenschaftspflichtig. (vgl. «das konzept», Nr. 6/80).

(Wer sich aktiv für die Unterschriftensammlung einsetzen und auch das Info-Bulletin beziehen möchte, melde sich bei der Studentenschaft Bern, Erlachstr. 9, 3012 Bern, (031) 23 00 03.

mat-Verlag gewürdigt wird. Wo bleibt Ernst Cincera?

Auf eigene Gedanken verzichten

«Erwachsenenbildung ist ein Schlagwort von Leuten, die nichts leisten wollen», meint Direktor Lustenberger. Seine Leistungsalternative: Der Unterricht findet im Klassensystem statt. Differenzierungen nach Vorwissen und Interesse sind unmöglich, eigene Arbeiten oder gar Ideen nicht gefragt. Interesse wird zwangsläufig zur Disziplinlosigkeit. Abwesenheit zur möglichen Reaktion. Weil aber Absenzen eingetragen und begründet werden müssen, bleibt als trauriger Ausweg halt oft nur «Schiffilversenken». Die Absenzenordnung vermag die Qualität nur ungenügend zu ersetzen.

Die Prüfungen, die schültern eine Riesenbedeutung haben, sind eine Lächerlichkeit sondergleichen. Der dargebotene Stoff ist auf Abfragbarkeit ausgerichtet, das Niveau bedenklich. Überprüfung wird nicht etwa, ob man sich in einem Gebiet zu Hause fühlt, sondern ob

man den Unterricht beim betreffenden Dozenten lückenlos verfolgt und sich seinen Sprachgebrauch angeeignet hat. So wird es möglich, dass man ein eidgenössisches Diplom mit Noten z. B. in Volkswirtschaftslehre, Staatsrecht, Zeitsgeschichte etc. erwerben kann, ohne je einmal ein entsprechendes Fachbuch auch nur geöffnet zu haben. Das Auswendiglernen und Abfragen von Telefonbüchern hätte den gleichen Effekt, würde ebenfalls die Fähigkeit des Auswendiglernens, die Anpassungsfähigkeit und die Bereitschaft, konzeptlos zu denken und auf eigene Gedanken zu verzichten, überprüfen.

Wäre es etwas weniger einflussreich, könnte ein solches Institut mit einem Lächeln jenen Eidgenossen überlassen werden, bei denen die Geschichte mit dem Rütli-Report aufhört. Das SIBP vermag sich aber nicht nur bei der Gewerbelehrerausbildung an die entscheidenden Schalthebel zu setzen, sondern auch im Bereich der Weiterbildung. Sein Geist bleibt in beiden Fällen derselbe.

VSS
Verband der
Schweizerischen
Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern

Buchkritik

Die Angestelltenverbände in der Schweiz

François Höpflinger: «Die anderen Gewerkschaften. Angestellte und Angestelltenverbände in der Schweiz». Eco-Verlag Zürich, 1980, 217 Seiten

Höpfingers neues Buch kann als Pionierleistung in der schweizerischen politischen Literatur über die Angestellten gelten. Es hat stark beschreibenden Charakter und vermittelt wertvolles und aussagekräftiges empirisches Material.

Während es das Ziel der politischen Linken sein muss, die Arbeiter und Angestellten in einer herrschaftsfähigen Arbeiterklasse zu einigen, finden wir heute eine fast vollständig soziale und organisatorische Spaltung der Lohnabhängigen in Arbeiter und Angestellte. Dem Ziel der branchenweise gegliederten *Industriegewerkschaften*, welche Arbeiter und Angestellte erfassen und ihrerseits zu einem einzigen Dachverband zusammengeschlossen sind, kommen Grossbritannien, Norwegen und Österreich am nächsten. In der Schweiz bestehen nur einige Ansätze zur Verwirklichung des Industrie-gewerkschaftsprinzips: Nur 5 Prozent der organisierten Angestellten sind Mitglied eines Verbands des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB), die übrigen sind in Verbänden der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) organisiert und politisch von der Arbeiterklasse abgekoppelt.

Höpflinger unternimmt es, die unterschiedlichen Ausrichtungen der Angestelltenverbände zu analysieren und diese Ausrichtungen anhand der Entwicklung ausgewählter Verbände zu belegen. Besonders ausführlich wird der *Schweizerische Kaufmännische Verein (SKV)* besprochen. Dabei kann sich der Autor auf die Auswertung einer umfassenden Meinungsumfrage unter SKV-Mitgliedern stützen. Generell unterscheidet Höpflinger *Berufsverbände* (z. B. Drogistinnen, *Ingenieurverbände* (SIA, STV), *Hausverbände* (z. B. Ciba-Geigy), *Branchenverbände* (z. B. Bankpersonal) und *Kaderverbände* (z. B. Schweizerischer Verband Technischer Betriebskader). Er analysiert dann fünf Funktionstypen, die den verschiedenen Verbänden in unterschiedlichem Mass zukommen:

- gewerkschaftliche Funktion der kollektiven Interessensvertretung gegenüber den Unternehmern,
- die strukturierende Funktion der sozialen Absicherung des Berufsstandes,
- die gruppenintegrative Funktion,
- die Funktion der beruflichen Aus- und Weiterbildung,
- die Funktion der sozialen Unterstützung der Mitglieder wie Rechtshilfe etc.

Diese Aufgaben werden sehr unterschiedlich gewertet. Bei einigen Verbänden ist immerhin eine gewisse Schwerpunktverlagerung hin zu einer kollektiven gewerkschaftlichen Ausrichtung festzustellen. Dabei sind es gemäss der genannten Meinungsumfrage unter den SKV-Mitgliedern vor allem die jüngeren und schlechter situierten Angestellten, die eine Verlagerung der Verbandstätigkeit in diese Richtung begrüssen würden.

Höpfingers Buch ist gerade auch für Studenten wichtig, werden doch die meisten von ihnen später zeitweilig oder das ganze Berufsleben lang als Angestellte arbeiten. Ein beachtlicher Teil wird zudem beim Staat angestellt sein. Die Staatsangestellten aber bilden in der Schweiz insofern eine Ausnahme unter den Angestellten, als bei ihnen heute schon die Gewerkschaftsbewegung (d. h. der Verband des Personals der Öffentlichen Dienste, VPÖD) eine breitere Verankerung hat.

Walter Habicht, VSS-Vorstand

SP und andere Linksparteien

Bereits in zweiter Auflage ist die Studie von Hansueli von Gunten und Hans Voegeli über das «Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu den anderen Linksparteien in der Schweiz» erschienen. Die aktuellen Ereignisse wurden bis Anfang 1980 berücksichtigt.

«Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu anderen Linksparteien in der Schweiz (1912-1980)», von Hansueli von Gunten und Hans Voegeli, 318 S., zu bestellen durch Überweisung von 24 Fr. auf PC 30 - 28 715, Verlag für politische Bildung, Postfach 2457, 3001 Bern.

DAS GIBT'S DOCH NICHT !

Sonnestr. 25
tel. 01/47 35 54

Josefstr. 32
tel. 01/42 49 48

XEROX-KOPIEN

20 Rp.

Original

ADAG
ADMINISTRATION & DRUCK AG

COPY-CENTER

(w)international

Der neue SSR-Winterkatalog 1980/81 ist da! Voll neuer Ideen für Weihnachts-/ Neujahrstouren in allen Breitengraden. Der SSR ist für jeden da. Wer jung ist und für sein Geld mit anderen jungen Leuten zusammen ein Maximum an Ferien haben will, kommt beim SSR voll und ganz auf die Rechnung. Die Reisevorschläge hier beweisen es Dir!

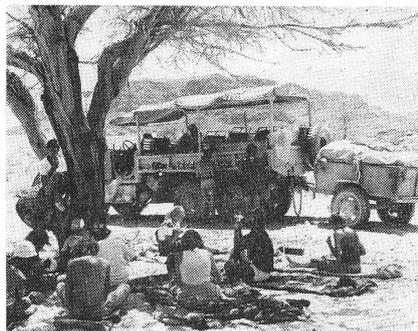
Mini-Trips

Städtetouren nach Rom, Florenz, Venedig, Paris, Prag, Wien, Berlin, London und Athen (Fly-Drive-Programm).



Ägypten

Kairo-Gizeh-Luxor-Kairo: Das Land der Pharaonen nicht nur sehen, sondern entdecken und erleben.
24.12.-31.12. / 28.12.-4.1. Fr. 1290.-



Sinai-Safari

Abenteuerliche Fahrt mit Geländewagen durch den südlichen Sinai. 2 freie Tage in Jerusalem. 19.12. - 2.1. Fr. 1720.-

Sinai-Trek

10-tägiger Trek zu Fuss mit Kamelbegleitung in der Sandsteingegend des östlichen Sinai. Besichtigung von Jerusalem. 19.12. - 2.1. Fr. 1980.-

Ferner Osten

23-tägige Indonesienreise nach Sumatra, Java, Sulawesi und Bali mit entdeckungs- und erlebnisreichen Fahrten und Besichtigungen. 22.12.-13.1. Fr. 4250.-

Mexiko

Weihnachten in Mexiko - das ist die ideale Jahreszeit für diese interessante Rundreise: Mexiko - Oaxaca - San Cristobal de las Casas - Palenque - Merida - Mexico. 23.12. - 13.1. Fr. 3125.- (späterer individueller Rückflug möglich)

Russischer Winter

Moskau-Leningrad: Besichtigungen der Sehenswürdigkeiten Moskaus und Leningrads. Besuch vieler kulturellen Veranstaltungen. 21. - 28.12. Fr. 830.- / 28.12.-4.1.

Du findest alle Detailangaben in meinem SSR-Winterkatalog. Du bekommst ihn in einer unserer Verkaufsstellen oder mit einem Anruf beim SSR: 01/242 30 00



Basel, Bern Biel, Chur, Luzern, St. Gallen, Wettingen und Zürich
Telefonverkauf 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

das konzept bücherservice

ausgewählt von Herbert Graf
Paola Steiner



Das Kapital für Anfänger. Comic. 144 S., VSA, Hamburg. nur 6.80 Fr. Nr. 1013
Ein starker Einstieg - Comic, um den ersten Band des «Kapitals» und alles, was damit zusammenhängt, schmackhaft zu machen.

Charlotte Perkins Gilman: **Herland.** 185 S., rororo neue frau, 5.80 Fr. Nr. 1116
Eine fesselnde feministische Utopie aus dem Jahr 1915! Die Autorin ist eine wahre Feministin der Jahrhundertwende: einige kennen sie schon von ihrem Buch «Die gelbe Tapete». Unser Aufsteller!

Dora: **Nichts geht mehr. Autobiographie. Stationen einer Frau aus dem Zürcher Milieu.** 244 S., Unions-Verlag Zürich, 22.80 Fr. Nr. 1102

In dicht konzentrierten Szenen zeichnet Dora ihr Leben nach: eine Kindheit, geprägt durch ständiges Kofferpacken von Heim zu Heim, Erfahrung ins Milieu, das Leben unter Dürren, Zukütern, Freiern, Süchtigen, Spielern, Vorbestrafen, Einzelgängern und Originalen, schließlich den langen Kampf gegen die eigene Schwäche, die Selbstbehauptung gegen den Mann als Ausbeuter und Erniedriger. Ein Leben am Rande der Gesellschaft, wo offen die Sprache der Gewalt gesprochen wird, wo kein Pardon gegeben wird für den, der nicht stärker ist als die Verhältnisse.

Mit diesem Comic kann die «Kapital-Schulung» endlich zum Vergnügen werden. Wert, Arbeit, Lohn!, Kapital!, selbst so komplizierte Dinge wie «Akkumulationen» werden leicht verständlich erzählt und gezeichnet. - Geeignet für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Ausgerente und Ausgewachsene.

NO! ZU SCHWER, ZU DICK UND KEINE BILDER!

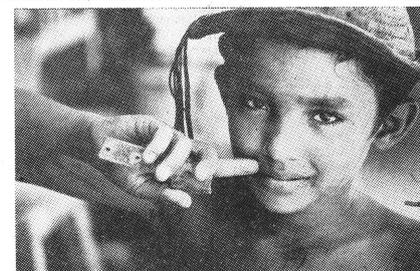
Rosa Luxemburg: **Ich umarme Sie in grosser Sehnsucht. Briefe aus dem Gefängnis 1915-1918.** 328 S., Dietz, Bonn, 16 Fr. Nr. 1114

Rosa Luxemburg
Ich umarme Sie in grosser Sehnsucht



Die hier vorliegenden Briefe - die umfangreichste Sammlung von Gefängnisbriefen Rosa Luxemburgs - sind an Mathilde Jacob gerichtet, ihre Sekretärin und spätere Freundin. Sie zeigen den persönlichen Mut und die politische Kraft Rosa Luxemburgs.

Edgar Ricardo von Buettner: **diä-Kalender 1981: SAUDADE - Brasilianische Reflexionen.** 13 Photographien von E. R. von Buettner. Format 35x36 cm, diä-Verlag, 19.80 Fr. Nr. 1112



Nocheinmal p.p.zahl Wahrscheinlich muss man in Deutschland heutzutage im Knast sitzen, um noch Literatur machen zu können.

P. P. Zahl: **Freiheitsstrichtäter.** 180 S., 10.80 Fr. Edition Nautilus. Nr. 1103



P. P. Zahl: **Die Glücklichen.** Roman, 525 S., 28 Fr. Rotbuch-Verlag. Nr. 1104

P. P. Zahl: **Alle Türen offen.** rb 178, 95 S., 8 Fr. Rotbuch-Verlag. Nr. 1105

P. P. Zahl: **Schutzimpfung.** rb 132, 62 S., 6 Fr. Rotbuch-Verlag. Nr. 1106

graphien von E. R. von Buettner. Format 35x36 cm, diä-Verlag, 19.80 Fr. Nr. 1112



Die Subrealistische Bewegung. Zur Kritik der politischen Ökologie. 170 S., Edition Nautilus, Hamburg, 12.80 Fr. Nr. 1108

«Die Welt hat die Ökologie zu ihrem neuen Zeitgeist gemacht. Die offiziellen Mächte möchten darin anders erscheinen, damit sie und alles mit ihnen bleiben kann, wie es ist. Für sie ist die Ökologie die Glaubensfrage des Geldes, wie sie für die Ökologen die Frage des Glaubens an sich ist.»
Die politische Ökologie kritisiert, ja geht's denn noch?! - Jawohl, es geht noch, es fängt erst richtig an: die Vermarktung der «Solartative». Man denke nur an die Suche mit der Sonnenenergie...
Kein Konzern mehr ohne eigene Forschungsabteilung dazu...
Die Ökologie ist offiziell geworden, jetzt wird alles besser...?!!
Wer lacht sich da nicht tot (und entgeht so der radioaktiven Verseuchung). Es ist eine Schande, dass kein Schwein dieses Buch kennt.

William S. Burroughs: **Blade Runner.** 96 S., eco, 12 Fr. Nr. 1111
In seinem Science-fiction-Drehbuch untersucht Burroughs die apokalyptische Krise der staatlichen Krankenfürsorge und die Geburt einer beharrlich-schöpferischen Untergrundmedizin. Das Werk ist 1979 entstanden und wird hier erstmals in deutscher Sprache publiziert.

saD enielk hubtoR Nr. 8 **Almanach 1980.** 72 S., randvoll, Rotbuch-Verlag, Berlin. Gratis zu jeder Buchbestellung.



W. Fritz und E. Lutz: **Kochen wie in Afrika. Rezepte aus 19 Ländern Afrikas.** 128 S., Oberbaum-Verlag, 12.80 Fr. Nr. 1101

Dieses erste Afrika-Kochbuch in deutscher Sprache präsentiert Rezepte aus 3 arabischen Ländern und 16 Ländern Schwarzafrikas. Dazu eine ausführliche Gewürzliste und Hinweise zur Beschaffung seltener Gewürze und Zutaten. Die meisten Rezepte liegen hier zum erstenmal schriftlich vor, da sie in Afrika mündlich überliefert werden. Gemeinsames Kochen und Essen ist in Afrika ein gesellschaftliches Ereignis innerhalb der Dorf- bzw. Familiengemeinschaft, darum eignen sich viele Gerichte besonders gut für Essen in grösserem Kreis.
Mit geringen Mitteln lassen sich vielfältige und für die afrikanische Küche charakteristische Geschmacksnancen erzielen.

Die Subrealistische Bewegung. Zur Kritik der politischen Ökologie. 170 S., Edition Nautilus, Hamburg, 12.80 Fr. Nr. 1108

«Die Welt hat die Ökologie zu ihrem neuen Zeitgeist gemacht. Die offiziellen Mächte möchten darin anders erscheinen, damit sie und alles mit ihnen bleiben kann, wie es ist. Für sie ist die Ökologie die Glaubensfrage des Geldes, wie sie für die Ökologen die Frage des Glaubens an sich ist.»
Die politische Ökologie kritisiert, ja geht's denn noch?! - Jawohl, es geht noch, es fängt erst richtig an: die Vermarktung der «Solartative». Man denke nur an die Suche mit der Sonnenenergie...
Kein Konzern mehr ohne eigene Forschungsabteilung dazu...
Die Ökologie ist offiziell geworden, jetzt wird alles besser...?!!
Wer lacht sich da nicht tot (und entgeht so der radioaktiven Verseuchung). Es ist eine Schande, dass kein Schwein dieses Buch kennt.

William S. Burroughs: **Blade Runner.** 96 S., eco, 12 Fr. Nr. 1111

In seinem Science-fiction-Drehbuch untersucht Burroughs die apokalyptische Krise der staatlichen Krankenfürsorge und die Geburt einer beharrlich-schöpferischen Untergrundmedizin. Das Werk ist 1979 entstanden und wird hier erstmals in deutscher Sprache publiziert.
«... Pflastersteine prasseln von den Dächern... Die Soldaten Christi stürmen Gebäude, in deren Treppenhäuser ihnen Wolken von Chlorgas entgegenwehen. Seinschleudern und Armbrüste verschissen Schwarzpulsgranaten, die mit Glasplättern und Narziensymbol versetzt sind. Lautlose Blausorgheschosse mit Zyankali und Botulismus-Pfeilen...»

François Höpflinger: **Das unheimliche Imperium. Wirtschaftsverflechtung in der Schweiz.** 3. überarbeitete Auflage, 350 S., eco, 26 Fr. Nr. 1113



Höpflingers Standardwerk über die «schweizerische Weltwirtschaft» mit all ihren internationalen Verflechtungen erscheint hier bereits in dritter Auflage, vollständig neu überarbeitet, mit den Zahlen und Daten von 1979.

Daniel Lukas Bäschlin: **Der aufhaltsame Zwang. Sinn und Wege des Widerstands gegen Kernenergie.** 340 S., Zyglogge, 34 Fr. Nr. 1110

Viele Menschen von heute setzen der Sinnentleerung des Daseins die grosse Verweigerung entgegen. Sie verhalten sich auch antiautoritär gegenüber dem Urwarter Marx. Sie erkennen, dass wir selber suchen und finden müssen.

Daniel Lukas Bäschlin
Der aufhaltsame Zwang

Sinn und Wege des Widerstands gegen Kernenergie

Als Sand im Getriebe eines unaufhalt-sam scheinenden Zwangs sind Widerstandsgruppen verschiedener Herkunft entstanden. Sie haben sich jenseits von «links» und «rechts» gebildet. Kernenergie ist der Hebel, an dem ihre Opposition ansetzt, sich festigt und zu einem Selbstverständnis gelangt. Sie ist das Symbol, an dem der Konflikt zwischen Lebensstandard und Lebensqualität ausbricht. Im Kern wächst der Widerstand aber zum Einstand für die nachhaltige Bewirtschaftung aller Güter unserer Erde.

Bestell-coupon



Ich bestelle folgende Buchtitel Nr(n):

Einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Name
Str.

Ich bezahle die Rechnung (inkl. Versandkosten) nach Erhalt der Bücher.

PLZ/Ort